

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Staningh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 7, Bienenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Verlags-Anzeigen
für die dreizehnpennige Beilage oder deren Raum 30 A

Kollegen! Bedenket der ausgesperrten Lithographen und Buchbinder!

Inhalt: Zeichen der Zeit. — Internationales aus der Gewerkschaftsbewegung. — Politische Umschau. — Maurerbewegung: Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen. — Aus der Schweiz. — Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. — Bericht. — Eingangsamt für das Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten. — Zentral-Krankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterkämpfe, Submissionswesen usw. — Aus anderen Berufen. — Generalverammlungen. — Politik und Gerichte. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

Zeichen der Zeit.

Ein reges Gewimmel herrscht gegenwärtig im Unternehmerlager. Die Sekretäre der unterschiedlichen Bezirksverbände reisen geschäftig hin und her, landauf, landab: Sendboten und Verkünder eines neuen Ausbeuterevangeliums. In die abgelegenen und bisher indifferentesten Bezirke bringen sie ein und prebigen den Zusammenschluß der wirtschaftlich Starken, um mit vereinten Kräften gegen die wirtschaftlich Schwächeren zu ziehen. Seit dem Jahre 1903 sehen wir einen gewaltig zunehmenden Eifer auf der Seite unserer Gegner. Man kann bei ihnen eine ähnliche Erscheinung beobachten wie sie am Ende der achtziger und am Anfang der neunziger Jahre bei uns zu finden war: ein Drängen und Suchen nach besseren Formen des Zusammenschlusses zur Erhöhung der Kampfs- und Werbekraft. Das Ziel liegt auch bei ihnen in derselben Richtung wie bei uns, eine auf gut abgegrenzte Lokal- und Bezirksorganisationen aufgebaute Zentralisation zu schaffen. In den meisten Berufsgruppen ist dies Ziel nahezu erreicht. Im Baugewerbe stehen von der Gesamtzahl der organisierten Unternehmer höchstens 1500 außerhalb des „Arbeitgeberbundes“, dem jetzt circa 9000 Unternehmer angeschlossen sind. Allerdings ist die Zahl derer, die gar keiner Organisation angehören, noch viel größer.

Neuerdings geht das Bestreben unserer Unternehmer dahin, der Zentralisation einen festeren Untergrund zu schaffen, indem man innerhalb der Bezirksverbände auf einen besseren Ausbau der lokalen Vereine steht. Eine ganze Anzahl der letzteren hat infolgedessen besondere Gruppen für die Unternehmer der Spezialberufe gegründet. Dadurch erfährt der Begriff des baugewerblichen Unternehmers eine bedeutende Erweiterung. So gehören z. B. der Unternehmerorganisation in Essen, außer den Inhabern von Maurerei- und Zimmererbetrieben, auch die Unternehmer der Baufachler-, Baufachwerker-, Bauglas-, Anstreicher-, Stukkateur- und Klempneregewerbe an und für alle hat man besondere Gruppen gebildet. Das ist zu beachten!

Für unsere örtlichen Organisationen wird es Veranlassung sein müssen, miteinander gute Fühlung zu halten, damit nicht einmal auf unserer Seite Zersplittertheit den geschlossenen Willen und festen Plan der Unternehmer gegenübersteht. Im übrigen aber zeigt uns diese Tätigkeit der Unternehmer, mit welchem Eifer gegenwärtig dort gearbeitet wird.

Bei der Auswahl ihrer Kampfmittel waren die Unternehmer noch niemals wäherlich und auch bei ihrer Agitation scheuen sie weder terroristische Mittel noch tendenziöse Unwahrheiten. Vor uns liegt ein mittels Maschinenchrift vervielfältigtes „Sendeschreiben des „Arbeitgeberverbandes“ zu Köln, das die Art der Unternehmerorganisation sozusagen typisch darstellt. Das Schreiben wendet sich an die unorganisierten Unternehmer im Bezirk Köln. Zuerst wird dort eine rührselige Note angeschlagen, indem man heulmetelt:

„Der Zustand ist heute derart, daß, abgesehen von den wenigen Orten, in denen Tarifverträge auf kürzere Zeit erträgliche Verhältnisse schaffen, ein einigermaßen friedliches und förderliches Einvernehmen zwischen den Meistern und Gesellen nicht mehr besteht.“

Das ist die unwürdige verlogene Phrase der Unternehmer, die jedes Bestreben der Arbeiter, ihre Existenzverhältnisse zu verbessern, den Unbeteiligten als „Störung des gewerblichen Friedens“ denunziert. Man weiß, wie oft ist von uns darauf hingewiesen, was die Unternehmer unter gewerblichem Frieden verstehen. Nicht einen Zustand ruhiger Arbeit, wo jeder Teil die Rechte des anderen respektiert und die eigenen Pflichten erfüllt, sondern einen solchen, wo das Streben der Unternehmer, immer größere Profite aus unserer Arbeit zu ziehen, keinen Widerstand findet. Wo es keine Rücksicht zu nehmen hat auf den Menschen im Arbeiter und seine Rechte, wo der Arbeiter nur Ausbeutungsobjekt ist. Das ist das Ideal unserer Unternehmer, von dem wir uns aber, dank unserer Organisation, immer weiter entfernen.

Wir wollen uns damit begnügen, hier eine kleine Blüttenlese aus dem Flugblatt der Kölner Baumeister auszubreiten. Im Grunde genommen sind es dieselben Tiraden, die seit Menschengedenken gegen die Arbeiterbewegung ins Feld geführt werden. Interessant sind sie weniger ihrer selbst wegen, als vielmehr darum, daß sie von Unternehmern kommen, die schon seit Jahren Tarifverträge abgeschlossen haben, bei denen also auch der „Serenitätspunkt“ nicht als Erklärungsgrund herangezogen werden kann. Es heißt dort:

„Die befohlenden Führer und Hege, deren Hauptzweck ja erreicht ist, wenn in den Arbeiter ein auch nur kurzes Gefühl der Zufriedenheit überhaupt nicht mehr aufkommt, nehmen dabei nicht die geringste Rücksicht darauf, ob das betreffende Gewerbe außer bei Verlust seiner Existenzfähigkeit die gestellten Forderungen bewilligen kann und ob nicht die Bewilligung einen hemmenden und verderblichen Einfluß auf die Wirtschaftlichkeit überhaupt ausüben muß. In neuerer Zeit tritt zudem der Charakter der reinen Lohnbewegung zurück hinter reinen Kraftproben und Nachfragen sozialdemokratischen Charakters. Der Arbeitgeber soll gezwungen werden, dem faulen und ungeschickten Arbeiter ebensoviele zu zahlen, wie dem fleißigen und tüchtigen — mithin eine Prämie auf die Dummheit und Faulheit.“ Einige Sätze weiter weist das Flugblatt darauf hin, „daß der Arbeitgeber bei Lohnkämpfen fast regelmäßig allein steht und völlig auf sich selbst angewiesen ist.“

Das soll gegen die Behörden gehen. Als ob diese noch mehr tun könnten. Man braucht nur an die Abtreibung der Versammlungslokale oder an die Verbote des Streikpostenfahrs zu erinnern, um diese dreiste Unwahrheit zu kennzeichnen. Kann man schließlich von der Polizei noch mehr verlangen wie abgehackte Arbeiterhände und „aufgelöste“ Streikbureau? Von den Aufgaben der Arbeitgeberverbände wird gesagt, daß sie ein Bollwerk gegen die immer anmaßender auftretenden Gewerkschaften sein sollen. Weiter bezwecken sie (die Arbeitgeberverbände), die Vertretung der Arbeitgeberinteressen gegenüber den Regierungen und Behörden. Endlich suchen sie neben einer Reihe anderer Zwecke die Unterstützung der Baumaterialienhändler zu gewinnen. Es leuchtet ein, daß eine starke Vereinigung der Arbeitgeber sehr wohl imstande ist, die wirtschaftlich doch auf sie an-

gewiesenen Händler zum Beitritt zu den Verbänden und zur Unterstützung bei Lohnkämpfen zu veranlassen. Eine von den Arbeitgebern bei Streiks oder Aussperrungen verhängte Materialsperrung ist aber das beste Mittel, um auch die Arbeitgeber indirekt zum Anschluß zu zwingen, die aus Eigensinnigkeit, Verstandlosigkeit oder in Verfolg kleinlicher Sonderinteressen der gemeinfamen Sache fernbleiben und die Gesundheit ihrer Kollegen benutzen wollen, um ihnen in den Rücken zu fallen.“

Gegenüber diesen Auslassungen, die natürlich nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sein sollten, ist es interessant, die Organe der Unternehmer über die „sittliche Verworfenheit“ des von den Arbeitern ausgeübten „Terrorismus“ zeternd zu sehen. In der Öffentlichkeit verurteilt man jeden Terror, besonders dann, wenn er von Arbeitern zu melden ist, und in den Geheimzirkularen wird er direkt anempfohlen! Das ist Unternehmermoral! Doch die soll uns weniger kümmern. Viel wichtiger ist die praktische Bedeutung dieser Agitation. Wichtig ist, daß sie schon älter ist, aber bei ihrer heutigen Intensität kommt ihr eine ganz andere Bedeutung zu, als früher. Die Unternehmer betreiben ihre Agitation auch mit „großen Mitteln“, einzelne „große Redner“ bereisen gerade so wie die „bezahlten Hege“ der Arbeiter das Land. So war der Schmiedehaus aus Essen neulich in Posen, um scharf zu machen. Der Organisator der Niederlagen, Herr Kummert aus Hamburg, plädierte in Halle a. d. Saale, die von den Bezirksverbänden angestellten Sekretäre sind unablässig in diesem Sinne tätig. Ohne Zweifel fällt ihre Agitation auf fruchtbaren Boden. Die Materialienhändler werden der Reihe nach zum Anschluß an die Unternehmerorganisation gezwungen und dadurch wird der Ring immer fester.

Den Unternehmern ist es besonders darum zu tun, die anderweitige Beschäftigung Streikender unmöglich zu machen. Dazu in erster Linie soll ihnen die Materialsperrung dienen; mittels der Materialsperrung sollen aber auch alle Unternehmer in die Organisation gezwungen oder sonst erwerbslos gemacht werden. Bei dem stark differenzierten Charakter des Baugewerbes fällt es ihnen zwar bedeutend schwerer als den Unternehmern anderer Berufe, aber mit der Zeit werden auch sie ihr Ziel erreichen. Ein Briefwechsel, den das hallische „Volksblatt“ kürzlich veröffentlichte, konnte zeigen, wie sehr die Unternehmer den abgereisten Streikenden nachspüren und wie sie deren Entlassung überall durchzusetzen verstehen. Warum sie das tun, ist ja sehr leicht zu erraten, sie wollen der Arbeiterorganisation den Kampf verteuern und damit möglichst erschweren. Daneben hoffen sie auch, daß sich manche der Abgereisten als „Arbeitswillige“ anbieten würden, wenn es ihnen unmöglich wäre, draußen Arbeit zu erhalten.

Für uns gibt es gegen das Bestreben der Unternehmer — da die herrschende Praxis die Berufserklärung von Arbeitern nicht bestraft — nur die Selbsthilfe. Es muß den Unternehmern unmöglich gemacht werden, auch nur wenige Streikbrecher aufzuziehen zu können. Jeder Streik muß gleich von seinem Anfang an so fühlbar sein, daß der Unternehmer gar keine Zeit hat, bis zur Ankunft von importierten Streikbrechern zu warten. Das wird umso besser gelingen, je weniger Unorganisierte es am

Orte und in der nächsten Umgebung gibt, je vollständiger der Unternehmer von allen Arbeitskräften entblößt ist und je weniger er Gelegenheit hat, seinen Bedarf nach solchen in der näheren oder weiteren Umgebung zu decken.

Unser Kampfmittel ist also auch in diesem Falle Agitation! Je weniger Unorganisierte übrig bleiben, umso stärker ist unsere Stellung und umso schwächer die der Unternehmer. Aber noch sind viele Tausende Berufscollegen völlig indifferent. Noch gibt es Tausende von Bauern, die sich als Streikbrecher gebrauchen lassen. Das sind die Hilfspolizei der Unternehmer, die ihnen in so vielen Orten ihre Willkürherrschaft sichern, die die von uns gebrachten Opfer wirkungslos machen. Bei denen muß unsere Arbeit immer wieder einsetzen. Aber auch sonst bietet sich uns noch viel Gelegenheit zur Werbearbeit. Obgleich die Zahl der Verbandsmitglieder nahezu 200.000 betragen wird, steht doch noch eine große Anzahl Maurer außerhalb jeder Organisation. Die Zahl der gesamten im Beruf tätigen Kollegen dürfte weit mehr als 300.000 betragen. Wenn wir nun auch den verschiedenen anderen Organisationen (Kosakisten, Christliche, alte Gewerke ufm.) rund 30.000 zurechnen, so bleiben doch noch reichlich 70.000, die bisher den Weg zur Organisation noch nicht gefunden haben.

Gerade jetzt ist es Zeit! Jetzt zur Zeit der Hochkonjunktur, wo nur ein ganz kleiner Teil der Kollegen ohne Beschäftigung sein dürfte, jetzt ist die beste Zeit zu erfolgreicher Agitation. Das Unternehmertum heult in diesen Zeiten Mißvergnügen ein, aber in vielen Orten profitieren die Kollegen nicht einen Pfennig von der günstigen Geschäftslage. Das kann den indifferenten Kollegen jetzt am besten klar gemacht werden. Sollten sie nicht so viel Interesse an eignen Wohlergehen haben, um zuzuhören?

Man sage den indifferenten Kollegen, wie das Unternehmertum am Werke ist, jeden Gluck der Arbeiter auf Lohn und Arbeitszeit auszunutzen, wie es zürst, um die mühsam errungene Stellung der Arbeiterorganisation wieder illusorisch zu machen, wie es beschließt, die Zeiten der trübsen Ausbeutung wieder herbeizuführen, wo sich der Arbeiter den erbärmlichsten Hungerlohn rüht in die Hand drücken lassen mußte und als ein Aas, als ein Mensch zweiter Klasse vor seinem Ausbeuter stand. Und dann sage man ihnen, wie das Unternehmertum in so vielen Fällen die Verträge einzelner Kollegen, ihre und ihrer Brüder Lage zu verbessern, mit Betrugsmaschinen, mit Verstellung geküßt hat. Das Schreckgeflüst muß den Kollegen sagen, wozu sie gehören: in die Organisation, in Reich und Glied mit ihren Klassen Genossen, um mit ihnen gemeinsam zu arbeiten und zu wirken für das Ziel: dem Arbeiter einen Platz an der Tafel des Lebens zu erringen.

Berichtigung.

In dem Bericht „Empor“ in Nr. 28 unseres Blattes, VI., zweite Seite, ist zu lesen: „an der Arbeit“ statt „ungetrübter“.

Es ist der Geist, der in dem Rechte
Der Arbeit ungetrübter lebt.

Internationales aus der Gewerkschaftsbewegung.

II.

Aus den Berichten der einzelnen Landesorganisationen ist mit greifbarer Deutlichkeit zu erkennen, welche Probleme das gewerkschaftliche Leben und Ringen eines jeden Landes beschäftigen. Während im deutschen und im österreichischen Bericht sich der organisatorische Aufbau der Gewerkschaften und die Entwicklung ihrer Leistungen und Kämpfe im allgemeinen wieder spiegeln, ist der englische, der dänische und der norwegische Bericht von Arbeitslofigkeitsfragen erfüllt; der schwedische und ungarische Bericht sind durch die in diesen Ländern besonders heftig aufgetretenen Lohn- und Klassenkämpfe in Anspruch genommen und in den Berichten von Bulgarien und Italien zudem, es von den durch Spaltungen in der politischen Arbeiterbewegung hervorgerufenen inneren Kämpfen.

Den deutschen Bericht können wir wohl an dieser Stelle übergehen, da er für die Leser unseres Organs nichts Neues enthält.

Der englische Bericht wird völlig von der Beschreibung des neuen Arbeitslofigkeitsgesetzes vom Jahre 1905 beansprucht, dessen Zweck die Schaffung einer Organisation zur Bekämpfung von Arbeit und Unterdrückung von Beschäftigten ist. Das wichtigste für die Dauer von 3 Jahren erlassene Gesetz sieht die Einweisung von Arbeitslosen in die Gewerkschaften, von denen wenigstens ein Mitglied eine Frau sein muß, und einer Zentralbehörde für London vor; es ermächtigt Arbeitskolonnen zu errichten und zu diesem Zwecke Land zu erwerben. Ein Urteil über die Wirkungen des neuen Gesetzes kann der Bericht noch nicht fällen; er schließt mit der Konstatierung, daß die sonstigen Faktoren für Arbeiterbeschäftigung, als Immorale Nachfrage, Unternehmer und gewerkschaftliche Nachfrage, allemal sehr wenig in Anspruch genommen wurden und daß die meisten Arbeiter durch Ansehen in den Fabriken und Werstätten Beschäftigung finden, wobei ihnen häufig die Empfehlung dort schon arbeitender Kameraden zu Hatten komme. Ueber die Arbeitslofigkeitsfrage und über das Streikverbot der Gewerkschaften sagt der englische Bericht nichts. Jedoch wer-

den unsere Leser diese Bude kaum empfinden, da wir erst kürzlich in zwei längeren Artikeln die englische Arbeiterbewegung besprochen und dabei auch die zahlreichsten Nachrichten über ihre Kämpfe gebracht haben.

Der holländische Landesbericht gibt allgemeinere Nachrichten über die Arbeitslofigkeit, die der englische Bericht leider vernachlässigt. Der Tagesstand der Arbeitslofigkeit schwankte in allen Organisationen zusammen zwischen 5764 im Juni und 18.214 im Januar 1904. Die Minimal- und Maximalzahlen vom Jahre 1903 waren 4672 im Mai und 17.425 im Januar. Der Höchststand war der letzte Monatsstag. Ein Vergleich der auf die einzelnen Gewerkegruppen entfallenden Hiffern beider Jahre ergibt, daß bis Juli 1904 die Arbeitslofigkeit im Bauwesen größer war als im Bergbau, dann aber zurückging, während die gegenteilige Bewegung in den Industrieberufen bemerkbar war. Die Arbeitslofigkeit der ungelerten Arbeiter war dagegen durchweg geringer als im Vorjahre. Die Arbeitslofigkeitsausgaben wiesen insgesamt im Jahre 1904 die geringe Steigerung von 366.053 auf 382.734 Kronen auf. Indes werden diese Hiffern als Mindestzahlen bezeichnet, da auch die Preissteigerungen häufig besondere Unterzahlungen gaben.

Die amtliche Statistik bezeichnet für 1903 (für 1904 fehlen noch die Angaben) 60 Arbeitslosenstellen.

Aus den in letzter Zeit mehrfach erfolgten Spendenaufrufen wegen Aufforderungen zu Spenden usw. zu entnehmen, hat die Landeszentrale, auf ein juristisches Gutachten gestützt, für die Gewerkschaften eine besondere Anweisung herausgegeben, die den Zweck verfolgt, die gewerkschaftlichen Spenden ebenso wirksam, wie die Beiträge des Unternehmertums und der Gewerkschaften zu machen. Hinsichtlich der Arbeitslofigkeitsfrage wird die Erlangung direkter Staatshilfe für die Arbeitslosenstellen der Gewerkschaften für die nächste Zeit erwartet. Die Einführung des Arbeitslofigkeitsgesetzes soll die Regierungspartei im Parlament unterstützen, wenn er sich auf ein besonders gesundheitsgefährliches Gewerbe beschränkt. Im die Probe auf ein Beispiel zu machen, soll zunächst der Arbeitslofigkeitsgesetz für die Arbeiter in den Papierfabriken gefordert werden. Die Unfallversicherung soll nach den Verfügungen der Regierung auf die Arbeiter ausgedehnt werden. Der Bericht erwähnt ferner, daß die Bekämpfung der Arbeiterlofigkeit auf gesetzlichem Wege angebahnt wurde, und daß eine Revision der Gewerkschaftsorganisation in Vorbereitung begriffen sei.

Der schwedische Bericht teilt zunächst mit, daß in Schweden, im Gegensatz zu Dänemark und Norwegen, infolge günstiger Konjunktur reichliche Arbeitslofigkeit vorhanden war, was sehr zur Entwicklung der Gewerkschaften beitrug. Die letzteren wurden auch durch die stets erneuerten Angriffe der organisierten Unternehmer nicht gehemmt, sondern noch mehr gestärkt. Nur der Streikbewegungen steht bereits ein schwedischer Arbeiterbund, der einige Tausend Mitglieder zählt, bereitet ihnen einige Schwierigkeiten, ohne ihnen jedoch ernstlich zu schaden. Von Bedeutung ist die Organisation der Selbstarbeiter, die sich zentralisiert haben. Der Landesorganisation neu angegeschlossen haben sich fünf Verbände mit 19.087 Mitgliedern. Außerdem der Zentrale haben noch sieben Verbände mit 19.708 Mitgliedern, von denen einer (der Brauer) neuerdings bereits den Anschluß begehrt hat. Das Berichtsjahr war sehr kampfreich. Die amtliche Statistik zählte 196 Kämpfe in 656 Betrieben mit 13.500 beteiligten Arbeitern, davon 11 Ausperrungen. 196 Konflikte entstanden durch Lohnfreizeiten.

Die Landesorganisation veranlaßte A. 204.240 an Streikunterstützung, zu deren Deckung Einnahmen in Höhe von A. 773 und A. 889 pro Mitglied erhoben wurden, während die angeschlossenen Gewerkschaften A. 782.869 Streikunterstützungen veranlaßten.

Daß diese Kampfkraft der schwedischen Arbeiter den herrschenden Klassen ein Grauel ist, versteht sich am Bande. Es wurde denn auch mehrfach versucht, durch Gesetzesentwürfe die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften einzuschränken, von denen aber keiner zur Annahme gelangte. Auch die Regierung bereitete sich an diesen Versuchen durch Vorlage eines Entwurfs, der Gefängnisstrafe androhte für grundlose Arbeitsverweigerung, falls es dabei zur Gefährdung von Leben und Gesundheit von Personen oder zu Sachschädigungen komme. Während der Beratung dieses Entwurfs stand die organisierte Arbeiterkraft zum Generalstreik bereit, um im Falle seiner Annahme die Regierung zur Verjagung der Gesetzgebung zu zwingen. Aber der Entwurf wurde mit knapper Mehrheit abgelehnt. Die Gefahr einer Ausnahmebewegung besteht indes, solange fort, bis die Arbeiterkraft durch das allgemeine Stimmrecht einen größeren Einfluß auf die Landesgesetzgebung besitzt.

Der norwegische Landesbericht teilt mit, daß das Jahr 1904 in Norwegen im Zeichen des wirtschaftlichen Niederganges stand und besonders die Bauwerke von starker Arbeitslofigkeit betroffen wurden. Die Gesamtzahl der hierdurch betroffenen Arbeitskräfte betrug 269.499, der verlorene Arbeitsverdienst auf 948.651,55 Kronen veranschlagt.

Die Arbeitszeit in Norwegen variiert zwischen 3 und 10½ Stunden, sie beträgt im Durchschnitt etwa 9½ Stunden. Der Durchschnittslohn von Kr. 3.40 gilt nur als Tagesverdienst, ohne Bezugnahme auf den Arbeitslofigkeitsfall. Mit realistischen Angriffen der herrschenden Mächte hat auch die norwegische Arbeiterkraft zu rechnen. Wenn auch das Soziallofigkeitsgesetz von 1903 nicht zu Hatten kam, so sind doch die Juristen fortgesetzt bestritten, die Befugnisse der gewerkschaftlichen Sparten unter das Streikgesetz zu bringen.

Der Bericht der österreichischen Gewerkschaftskommission zeichnet sich diesmal durch eingehendere statistische Nachweisungen der Stärke und Leistungen der Gewerkschaften aus. Diese Statistik läßt einen ansehnlichen Aufschwung der österreichischen Gewerkschaften erkennen, die von 254.665 auf 329.121 Mitglieder stiegen. Mit den 18.850 in allgemeinen Gewerkschaften und Bildungvereinen organisierten Arbeitern ist das zweite Hunderttausend Mitglieder bereits überschritten. Besonders erfreulich ist das starke Wachstum der weiblichen Mitgliedschaft. Ein Vergleich der Zahlen der Organisierten mit denen der Berufsangehörigen ergibt, daß die Bauarbeiter und Eisenarbeiter einseitig der Arbeiterkraft zu 73,25 pSt., die Gasarbeiter zu 33,16 pSt., die Gutmacher

zu 20,86 pSt., die Eisenbahner zu 20,47 pSt. und die Lithographen zu 10,28 pSt. organisiert sind. Bei 9 Berufen schwankt das Organisationsverhältnis zwischen 10–20 pSt. Der Gesamtdurchschnitt wird auf etwa 8,51 pSt. angegeben. Die Jahreserinnahmen und Ausgaben der Gewerkschaften sind etwas zurückgegangen, von Kr. 19.01 pro Kopf in 1903 auf Kr. 17,94 in 1904. Dementsprechend weist auch der Vermögensbestand eine Abnahme von Kr. 24,62 in 1903 auf Kr. 23,32 in 1904 auf. Diese Abnahme ist indes vorwiegend auf das plötzliche Anwachsen der Mitgliederzahl zurückzuführen.

Der Bericht teilt ferner mit, daß das österreichische Arbeitslofigkeitsgesetz nunmehr 20 Jahre lang besteht, ohne die Arbeiterkraft zu befriedigen. Das einzige Ergebnis der Sozialpolitik des Berichtsjahres war die Umbenennung der Sonntagsruhe auf das Sonntagsruhegesetz. Das im Dezember 1904 vom damaligen Minister Körber vorgelegte Programm der Ausgestaltung der Arbeiterversicherung ist über das Stadium der Begutachtung noch nicht hinausgekommen. Wichtig war die Entscheidung des obersten Gerichtshofes, wonach die Anwendung schwarzer Listen gegen Arbeiter des Unternehmertums zum Schadenersatz verpflichtet. Dadurch ist dem Unternehmertum der Gebrauch dieser schmutzigen Waffe sehr erschwert worden. Im übrigen betont der Bericht den engen Zusammenhang zwischen der gewerkschaftlichen und der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, der ein harmonisches Zusammenarbeiten der Gewerkschaften untereinander und die Befähigung des Solidaritätsgefühls in der Arbeiterbewegung gewährt.

Da auch vor kurzer Zeit der Bericht der Gewerkschaftskommission für das Jahr 1905 herausgekommen ist, so seien die wesentlichen Angaben auch in diesem Zusammenhang erwähnt. Danach hat das Jahr 1905 mit einem hocherfreulichen Aufschwung sowohl bezüglich der Mitgliederzunahme als auch der Vermögenszunahme abgeschlossen. Mehr als 244.000 neue Mitglieder wurden den Gewerkschaften zugeführt, ausgetreten sind rund 110.000; so daß sich ein reiner Zuwachs von 133.000 Mitgliedern nachweisen läßt. Die Rentnerverbände gewinnen denn auch immer mehr an Einfluß, die Kolonialvereine gehen zurück. Die ersten haben sich im Jahre 1905 um zwei vermehrt, während die Kolonialvereine von 121 auf 100 gesunken sind. Die Zahl der Ortsgruppen der Zentralverbände stieg von 2108 auf 2964. Die Gesamtmitgliedszahl der Gewerkschaften betrug 323.000 gegen 189.121 im Vorjahre. Besonders erfreulich ist die Zunahme an weiblichen Mitgliedern, die 15.847 oder 11,75 pSt. betrug; die Gesamtzahl der weiblichen Mitglieder war Ende 1905 auf 28.492 gestiegen. Verlust an Mitgliedern haben nur sechs kleinere Organisationen aufzuweisen.

Angaben über die Berichtsjahre ebenso von politischen wie von wirtschaftlichen Kämpfen erfüllt. Naum ein Beruf blieb den Kämpfen unberührt. Beim Landessekretariat waren 325 Kämpfe gemeldet, an denen 81.472 Arbeiter teilnahmen. 47 pSt. der Streiks endeten mit vollem Erfolg, nur 19 pSt. blieben erfolglos. Im allgemeinen wurden die Kämpfe am 10–15 pSt. erzielt und die Arbeitszeit um ½ bis 1 Stunde vermindert. Der bedeutendste dieser Kämpfe ist der von der Regierung gewaltsam unterdrückte Eisenbahnerstreik, der trotz seines unglücklichen Ausgangs dazu beitrug, die Eisenbahner der modernen Arbeiterorganisation anzuschließen. Der Bericht schließt dann die fortgesetzten vereinten Bemühungen von Unternehmertum und Regierung, die Arbeiterorganisationen zu hemmen, den Streik der beiden Streikverbänden, über den wir eingehend berichtet haben, die Erklärung der Eisenbahnergewerkschaft, die nach einem förmlichen Protest der gesamten Arbeiterkraft zurückgezogen wurde, die Nichtgenehmigung gewerkschaftlicher Statuten u. a. m. Das alles konnte nicht verhindern, daß die Gewerkschaften sich zusehends vermehrten und Ende 1905 bereits 12,72 pSt. der industriellen Arbeiter Ungarns organisiert hatten, wobei allerdings zu beachten ist, daß sich die ungarische Industrie fast völlig auf Budapest beschränkt. Der zweite Gewerkschaftskongress (25. September 1904) vertrat bereits 50.000 organisierte Arbeiter. So kann gesagt werden, daß das ungarische Gewerkschaftstum die kulturelle Arbeit der Gewerkschaften nicht zu hemmen vermochte.

Politische Umschau.

Massenrechtsdiskussion in neuer Auflage.

Die Diskussion über Möglichkeit und Zweckmäßigkeit eines Massenstreiks zur Eroberung oder Verteidigung politischer Rechte, die im vorigen Jahre zu scharfen Auseinandersetzungen innerhalb der sozialdemokratischen Partei führte, ist durch einen eigenartigen Umstand wieder aufs neue entzündet worden, und zwar durch einen Artikel der „Einigkeit“, worin u. a. dem Parteivorstand vorgeworfen wird, er verstoße, im Gegensatz zu dem Mittelständischen Rat und der vom Senar Parteitag angenommenen Resolution, einen politischen Massenstreik zu hinterstreben.

Die „Einigkeit“, das Organ der lokalistischen und „anarcho-sozialistischen“ Gewerkschaften — das Blatt sollte sich richtiger „Anarchist“ nennen — führt ihre Behauptungen auf ein Protokoll über eine im Februar d. J. abgehaltene Sitzung der Vorstände der Zentralverbände, woraus sie folgert: 1. Der Parteivorstand hat nicht die Pflicht, den politischen Massenstreik zu propagieren, sondern vielmehr, soweit es ihm möglich ist, einen solchen zu verhindern.

2. Wenn dennoch ein solcher Streik ausbrechen sollte, so müßte derselbe von der Partei gestützt werden und die Gewerkschaften hätten sich offiziell nicht daran zu beteiligen.

3. Für den Fall eines solchen Streiks sollten die Gewerkschaften ihrer Bewegung nicht in den Hatten fallen.

4. Überlo dürfte die Gewerkschaftspropaganda in diesem Falle nicht gegen die Bewegung wirken.

5. Die Unterdrückung der Streikenden und die Kosten für die Folgen eines solchen Streiks zu tragen, müßte Aufgabe der Partei sein. Die Mittel müßten unter Aufsicht aller Genossen, eventuell durch allgemeine Sammlungen aufgebracht werden.

6. Wenn Ausperrungen und Streiks als Folgen dieses Streiks zurückbleiben sollten, so wäre zu empfehlen, daß die Gewerkschaften für die Unterstützung eintreten.

Diese sechs Thesen sind der Konferenz von dem Genossen Silberhauß vorgelesen und als Ergebnis einer Sitzung des Parteivorstandes mit der Generalkommission bezeichnet worden. Die Generalkommission ist vom Parteivorstand ausdrücklich erwählt worden, diese Thesen den Vorständen der Zentralverbände zur Begutachtung vorzulegen. In der Konferenz der Vorstände sind die Thesen in weitestgehender Weise besprochen und bis auf einen Punkt anerkannt worden.

Wie dies Protokoll, das nicht für die Öffentlichkeit bestimmt war, in die Hände der „Einigkeit“ gekommen ist, wird wahrscheinlich unaufgeklärt bleiben; den zuständigen Gewerkschaftsvertretern und dem Parteivorstand ist das Protokoll am 9. Mai überreicht worden, so daß der letztere gerade nicht überfragt zu sein braucht. Es ist gewiß berechtigt, wenn der „Vorwärts“ von Infamie und Genosse Bebel von plumpen Substitutionsen in Bezug auf die Veröffentlichung der „Einigkeit“ reden, freilich nur dann, wenn man das Blatt als zur Partei gehörig betrachtet. Aber nun auch noch anzunehmen, daß die Verhandlungen auf der Konferenz der Vorstände und über die Verhandlungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission — zu einer solchen Entstellung liegt unseres Gedächtnisses gar kein Anlaß vor. Es geschieht aber; verschiedene Parteiorgane schließen schon Wähe, die aber wahrscheinlich weder den Parteivorstand noch die Generalkommission und die Gewerkschaftsvorstände treffen werden.

Eine andere Episode ist das große Mißverständnis, das — wie schon so häufig — bei den Verhandlungen obgewaltet haben soll. Als bald nach dem erwähnten Artikel der „Einigkeit“, veröffentlichte Genosse Bebel im „Vorwärts“ eine Erklärung, die darin gipfelt:

„Ich konstatiere, daß das in dem Protokoll über die Konferenz der Zentralverbände wiedergegebene Referat des Genossen Silberhauß über die Verhandlungen zwischen Generalkommission und Parteivorstand voll von Mißverständnissen ist und namentlich die von mir während der Verhandlungen festgestellten sechs Punkte, die Silberhauß dem Sinne nach wiedergegeben haben will, stark entstellt wiedergegeben sind.“

Es bedarf nicht erst der Versicherung, daß sich meine Rede ausschließlich der formulierten sechs Punkte ganz im Sinne meines Jener Referats und der dort angenommenen Resolutionen hielt, andernfalls wäre mein Verhalten nicht eine unbegreifliche und unbegründete Selbstbeschränkung gewesen, es würde auch seitens meiner mitanwesenden Kollegen aus dem Parteivorstand eine entsprechende Zurückweisung erfolgen haben.“

Dem gegenüber konstatiert die Generalkommission, daß in der Sitzung mit dem Parteivorstand am 16. Februar die Sache oder sogenannten Thesen von dem Genossen Silberhauß während der Ausführungen des Genossen Bebel niedergegeschrieben wurden. Silberhauß verlas sodann diese Thesen und es wurden von dem Genossen Bebel einige Monita gemacht, die Berücksichtigung fanden. Darauf las Genosse Silberhauß die Thesen nochmals, und nach dieser endgültigen Feststellung wurde den Vertretern der Generalkommission der Auftrag, die Thesen, wie sie nun selbstegelegt waren, der Konferenz der Vorstände zur Beratung zu unterbreiten. Die Sache fand in dem Protokoll über die Beratungen der Konferenz so wiedergegeben, wie sie in der Sitzung am 16. Februar festgelegt wurden.“

Hieran reihen sich weitere Erklärungen des Parteivorstandes und der Generalkommission, wodurch aber das Mißverständnis nicht beseitigt worden ist.

Auf die Sache selbst zurückzukommen, verlohnt sich jetzt nicht. Wahrscheinlich werden wir auf dem nächsten Parteitag Weiteres hören.

„Erschaffung.“ Ein unglaubliches Urteil hat am Montag das Landgericht in Leipzig gegen einen Gewerkschaftsbeamten gefällt. Eine infolge von Differenzen mit einem Unternehmer nötige gewerkschaftliche Tätigkeit wurde als Erschaffung angesehen und darauf eine mehrwöchige Gefängnisstrafe verhängt. Die neueste Justizaktion im Klassenstaate richtete sich gegen den Redakteur des „Steinarbeiter“, Staudinger in Leipzig, der zugleich Vorstandsmitglied des Steinarbeiterverbandes ist. Folgender Tatbestand bildete die Grundlage dieses Prozesses: Die Firma Nathan Schall in Streßlen bei Breslau hatte im Sommer 1905 den Steinarbeiter-Verein, den Vertrauensmann der Filiale des dortigen Steinarbeiterverbandes — wegen „sozialdemokratischer Agitation für seinen Verband“ entlassen, jedoch später wieder eingestellt. Im Jahre 1906 erstattete B. Anzeige gegen die Firma wegen Verletzung einer Bundesratsverordnung und machte seine eideschwurigen Aussagen darüber vor dem Schöffengericht am 7. Februar 1906. Um 3 Uhr war die Verhandlung zu Ende und schon um 4 Uhr wurde Natha entlassen, weil Herr Schall seinen Denunzianten in seinem Betriebe dulden könne. Eine ungeheure Aufregung bemächtigte sich nun der 400 Arbeitsskizzen des H. Staudinger, der sich auf einer Agitationsreise in Schleßen befand, eilte nach Streßlen, um vermittelnd einzugreifen. Zwischen Staudinger und dem Unternehmer Schall fand nun eine zweieinhalbstündige Unterredung statt. Ueber diese Unterredung machte Staudinger in Versammlungen sowohl als auch im Verbandsorgan, dem „Steinarbeiter“, Mitteilung, und behauptete darin, daß Schall zuerst für Natha Geld geboten hätte, damit dieser sich eine Existenz gründen könne, da er ja Protokoll sei. (Hervorgehoben zu werden verdient, daß Natha, der in Streßlen schon wieder Arbeit gefunden hatte, von seinem neuen Chef auf Wunsch des Herrn Schall entlassen wurde.) Als Staudinger das Anbieten an Natha abwies, soll ihm der Unternehmer Geld geboten haben, damit er die Sache aus der Welt schaffe. Ferner hatte Staudinger publiziert, daß Natha deshalb entlassen worden sei, weil er vor Gericht die Wahrheit gesagt habe.

Nach acht Monaten reichte Schall die Verleumdungsanzeige gegen Staudinger ein, aber nicht mit einem einzigen Worte war daraus zu entnehmen, daß er sich in jener zweieinhalbstündigen Unterredung durch St. bedrückt gefühlt habe. Also nicht Schall, der sich in jenen acht Monaten gar nicht bedrückt gefühlt hatte, sondern der Staatsanwalt! Er hob die Anklage wegen Verleumdung der Erschaffung.

In der heutigen Verhandlung vor der IV. Staatskammer des Leipziger Landgerichts wußten sich die Zeugen Schall und sein Begleitiger keiner der Einzelheiten jener zweieinhalbstündigen Unterredung zu entsinnen, das wußten aber beide ganz genau, daß Staudinger von Gegenmaßnahmen gesprochen habe. Der Gauleiter lobte seine Entschlossenheit, daß bei der Verhandlung, die er zwei Tage nach jener Unter-

redung des Genossen Staudinger mit dem Unternehmer Schall gehabt hatte, dieser ihm den Genossen St. als einen sehr vernünftigen, friedlichen Menschen geschildert, der sogar das vom Gauleiter herausgegebene Flugblatt beurteilt habe.

Der Staatsanwalt baute sein Plaidoyer trotzdem nur auf den Aussagen des Unternehmers und seines Proturisten auf. Der Angeklagte habe von Gegenmaßnahmen gesprochen. Dem Angeklagten lag daran, dem gemäßigten Natha wieder zu seiner Stellung zu verhelfen, ihm eine sichere Existenz und damit einen rechtswidrigen Vermögensvorsprung zu verschaffen. Der Angeklagte habe, indem er von Gegenmaßnahmen gesprochen, bei dem Unternehmer den Glauben erweckt, daß ihm der Streit angedroht würde. Damit sei der Tatbestand der versuchten Erschaffung erfüllt, und er beantrage deshalb die Verurteilung im vollen Umfange auch noch wegen Verleumdung in zwei Fällen. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Gübler, wies auf die allgemeine Bedeutung dieser Verhandlung hin, sowie darauf, daß der Staatsanwalt die Aussagen der beiden Arbeiter und Entlassungszeugen völlig unbeachtet gelassen habe. Wenn solche Verhandlungen, wie sie zwischen Staudinger und Schall stattgefunden haben, als Erschaffung bestraft werden könnten, dann könne kein Gewerkschaftsbeamter mehr verhandeln und vermittelnd eingreifen.

Trotz alledem beurteilte das Gericht den Genossen Staudinger wegen versuchter Erschaffung und Verleumdung zu 1 Monat und 2 Wochen Gefängnis. Die Verurteilung wegen versuchter Erschaffung begründete das Gericht damit, daß der Angeklagte die Entlassung des B. erreichen wollte und dabei mit Gegenmaßnahmen gedroht habe. Der Angeklagte habe gewußt, daß B. auf Wiedereinstellung kein Recht habe.

Dieser Prozeß stellt noch den gegen den Maurer Duda in Schätzen, der unter dem Vorwand des benötigten Promissols vor einigen Jahren zum Austrag kam. Auch da handelte es sich um streikende Arbeiter, die dem Unternehmer den Streik kündigten, wenn er die Lohnabgabe nicht rückgängig machte. Dort ließ sich allerdings nicht leugnen, daß die Maurer mit großer Energie ihrer Forderung mit Verurteilung auf einen eventuellen Streik Geltung verschafft hätten. Hier hat es sich aber um eine geordnete Verabredung gehandelt, in der Gründe und Gegengründe ins Feld geführt wurden. Und das soll Erschaffung sein! Verschreit die Justiz im Klassenstaate weiter diesen Weg, wird der Ausbeutungsfreiheit der Unternehmer in erheblichem Maße Vorbehalt geleistet, die gewerkschaftliche Tätigkeit wird nur noch mit größter Vorsicht ausgeübt werden können. Ja, es wird gerade derjenige Keil gewerkschaftlicher Betätigung unterbunden, auf den auch bürgerliche Sozialpolitiker den größten Wert legen: Die Vereinbarung zur Vermeidung des Kampfes, die Verhandlung mit dem Unternehmern.

Auf neue hat sich hier offenbar, wohin die heilige Justiz steuert. Das Rechtsempfinden des Volkes muß durch solche Urteile schwer verletzt werden, die Arbeiterbewegung wird dadurch aber in keiner Weise aufhalten, man wird dadurch vielmehr Hunderte von Arbeitern aufreizen und ihnen zeigen, was sie heute von Staat und Rechtspflege zu erwarten haben. Den Vorteil solcher Urteile haben also auch wir, die Arbeiterbewegung, der jedes Unrecht im Klassenstaate zu gute kommt.

Die abgehandelte Hand in Breslau hat nun den ersten Akt des gerichtlichen Nachspiels erlebt. Für den bei dem Tumult vor einer Breslauer Maschinenfabrik am 19. April durch Abhängen der linken Hand verletzten Arbeiter Biemals hat Justizrat Dr. Mamroth im Auftrage der Generalkommission des Vereines eine Schadenersatzklage auf Grund des sogenannten Tumultgesetzes vom 11. März 1860 gegen den Breslauer Magistrat erhoben. Es wurde beantragt, die Stadtgemeinde Breslau solle an Biemals a) 6108, b) eine lebenslängliche, vierteljährlich im Voraus zu entrichtende Rente, und zwar vom 19. Juni 1906 bis 19. Juni 1911 in Höhe von vierteljährlich 219,75 und vom 19. Juni 1911 in Höhe von vierteljährlich 807,50 zahlen. Weitere Ansprüche wegen etwa später entstehenden Heil- und Kurkosten wie auch zur Beschaffung einer künstlichen Hand bleiben vorbehalten. Der Vorfall selbst ist im „Grundstein“ bereits früher geschildert. Es kann nicht bestritten werden, daß Biemals in einem Hause, also als gänglicher Unbediensteter, von einem von Berufserwerb besessenen Güter der öffentlichen Ordnung zum Krüppel geschlagen wurde. Der Magistrat von Breslau hält den Anspruch des Klägers an sich nicht für unberechtigt, da aber die Breslauer Polizei nicht sticht, sondern staatlichen Charakters, die Sachlage zudem wenig geklärt sei, so wurde Verurteilung beantragt. Aus den Ausführungen des klägerischen Anwalts ging die Tatsache hervor, daß 80 Personen in Anklagezustand versetzt worden sind wegen Auftrufes durch Teilnahme an dem Tumult, für den übrigens die Polizei den überreichlichen Teil der Schuld zu tragen hat. Darunter befinden sich alle die Personen, welche Verletzungen erlitten haben — auch Biemals! Justizrat Mamroth hatte, weil der Täter unter den Schülern unentbehrlich blieb, weil der Staatsanwaltschaft die Eröffnung eines Verfahrens gegen Unbekannt beantragt: alle bei dem Tumult in Aktion getretenen Schüler sollen berechtigt werden. Jetzt hat nun der Staatsanwalt dem Verteidiger wissen lassen, daß die Bemühungen nach Ermittlung des Handabdeckers erfolglos gewesen seien. Die eideschwurliche Vernehmung aller Schüler hat er abgelehnt, weil es prozessual unzulässig sei; denn in diesem Verfahren gegen Unbekannt sei jeder Schüler als Beschuldiger anzusehen. — Hoffentlich wird der Staatsanwalt beim nächsten Ordensfest nicht übergangen werden.

Der Präsident des Reichsversicherungsamtes Gabel ist an einer Blinddarmentzündung gestorben. Der Tod dieses Mannes bedeutet für die Arbeiter keinen Verlust. Sein Vorgänger, der Dr. Bödiker, fand gerade in Arbeiterkreisen viel Sympathie und Anerkennung und wurde durch sein unparteiisches, wahrhaft soziales Wirken viel von dem Vertrauen bei, das die Arbeiter der obersten Spitze unserer Versicherungsgesetzgebung entgegenbrachten. Bei Gabel schwand dieses Vertrauen bald. Unter seiner Leitung fand das Ansehen des Reichsversicherungsamtes von Jahr zu Jahr. Ernannte die Arbeiter aus den Bemühungen der früheren Leitung das Streben nach sozialer Gerechtigkeit, wirklicher Menschlichkeit und wohlwollender

Unterstützung der Arbeitsinvaliden, so drängte Gabels Leistung der Arbeiterklasse das Empfinden von Jahr zu Jahr stärker auf: das Reichsversicherungsamt durchwegs ein arbeiterfeindlicher, bureaukratischer, engstirniger, antisozialer Geist, der salbungsvolle Worte, aber nicht soziale Gerechtigkeit für die Arbeiter betätigt. Gewiß ist der Verstorbenen an diesem Niedergang des Ansehens des Reichsversicherungsamtes nicht allein schuld, aber Gabel wäre es, bei der Meldung von seinem Tode zu verschweigen, daß die Arbeiterklasse den Tod Gabels nicht zu betrauern hat.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Mauern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hansestädte:

Hamburg (Bauarbeiterstreik), Cuxhaven (Streik), Sielkade und Umgegend (Differenzen), Dicksdorf b. Lübeck (Sperre über Schmidt in Kasdorf);

Schleswig-Holstein:

Barmstedt (Sperre über Rathjens in Hemdingen), Itzehoe (Sperre über Bretholz);

Mecklenburg:

Schwerin (Bauarbeiterstreik), Sülze (Sperre über Holldorf), Güstrow, Neubuckow (Streiks), Lago (Sperre über Korf), Kitz (Aussperrung), Dassow (Differenzen);

Pommern:

Gollnow (Sperre über Küster), Stralsund (Streik), Gütlin (Sperre über H. Schütter), Demmin, Greifswald (Aussperrungen), Gützkow (Sperre über Peters);

Ost- und Westpreussen:

Könitz (Aussperrung), Memel, Braunsberg (Streiks);

Posen:

Rawitsch (Sperre über Pustal);

Brandenburg:

Wittenberge (Aussperrung), Belgitz, Dahme i. M., Sommerfeld, Cüstrin (Streiks), Trebitz (Sperre über Hamann), Finsterwalde (Differenzen), Gaben (Bauarbeiterstreik), Strasburg i. d. U. (Sperre über R. Henschel), Berlin (Streik der Backofenmaurer), Alt-Carpe (mehrere Sperren);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Ammerdorf (Sperre über Friedrich und Reichardt), Gardelegen, Merseburg (Streiks), Bernburg (Aussperrung), Stassfurt und Umgegend (Differenzen), Mühlberg a. d. Elbe (Sperre über Goldschmidt);

Königr. Sachsen:

Leipzig (für Maurer sind gesperrt die Firmen Marien & Kunze, Bahnhofsbauten, Karl Wilhelm Thormann, Leipzig-Anger, Wiebelstr. 8, M. Klenke in Möckern, Hallesche Strasse, Bernh. Schammelt, Ecke Bayerische und Hardenbergstrasse, Otto Dietze, Wahren, Hallesche Strasse, F. Bieber in Leipzig-Gohlis, Ecke der Bleichert- und Kaiser Friedrichstrasse, Willy Schöbel in Stötteritz, Bau Leipzigerstrasse, Deozo in Oetzsch b. L., Dorf- und Städtelenerstrassen-Ecke, für Rabbitzputzer die Gips- und Zementbaugesellschaft, Bröndelstrasse und Heinrich Walter in Leipzig-Lindenau), Wurzen (Sperre über Lehmann in Püchau), Hirschberg, Reichenau, Nossen, Hainichen (Aussperrungen), Zwickau, Grossschärdorf, Reichenbach i. V., Zittau, Ortmittelschau, Bautzen, Freiberg, Mülau, Netzschoke (Streiks), Weissensfeld, Zeitz, Limbach (mehrere Sperren), Schneberg (Sperre über Brettschneider), Plauen (Sperre über Mönnel), Penig (Sperre über Hellriegel und Zöllner);

Hannover, Oldenburg und Lippe:

Visselhövede (Sperre über Cohrs und Köster), Emden, Münden (Zimmererstreiks), Nienburg a. d. Weser, Hildesheim, Aurich, Oldenburg, Peine (Streiks), Verden (Aussperrung), Brake, Harburg, Lüneburg (Bauarbeiterstreiks), Osterode a. H. (Sperre über Kirchhof);

Braunschweig:

Schöningen (Aussperrung), Braunschweig (Streik);

Thüringen:

Erfurt (Sperre über Wagner), Gera (Sperre über Hirsch), Arnstadt (Sperre über Panst und Papst), Schmalkalden, Gotha, Suhl, Rudolstadt (Streiks), Sonneberg (Sperre über F. Schmidt);

Rheinprovinz und Westfalen:

Düren (Aussperrung), Remscheid (Sperre über Panst), Kronberg (partieller Streik), Minden (Bauarbeiterstreik), Rheyt (Sperre über Hermann und Fischer), Barmen-Eilberfeld (Streik);

Bayern:

München - Fürth (partieller Streik), Alzenau, Bayreuth, Burglarnbach, Landshut, Augsburg (Streiks);

Hessen:

Mühlheim-Dietesheim, Borsdorf, Dillenburg (Streiks), Schwanheim a. M. (partieller Streik), Marburg (Bauarbeiterstreik);

Baden-Pfalz, Elsaß-Lothringen:

Gebweiler, Hasloch, Schifferstadt, Grünstadt (Streiks), Schweizingen (Sperre über S. Umhey und J. Fackel & Co.), Freiburg (partielle Aussperrung), Mundenheim (Sperre über Fabrik Giulini), Rheingönheim (Sperre über Scherf);

Württemberg:

Ulm, Neu-Ulm (Streik der Maurer und Zementputzer), Tübingen (Streik), Stuttgart (Gipsstreik), Singen (Sperrn über Schmal und Schwetzer);

Fliesenleger:

Kürnbach (Sparr über Ayrer).

Oesterreich:

Olmütz, Pilsen, Aussig (Streiks).

Schweiz:

Zürich, Lausanne, Neuchâtel (Streiks).

In **Sa. a. S. E.** werden zu sofortigen Eintritt 50 nöthigste Maurer gesucht. Zu melden bei Wulf, Oststraße.

Nachmals: Ein Skandal.

Auf unseren Hinweis in Nr. 26 auf das unsolbarte Verhalten der Stukkatoren beim Streik unserer Kollegen in Regensburg hat der Vorstand der Stukkatoren Veranlassung genommen, die Sache zu untersuchen. In einem Schreiben an den Vorstand unseres Verbandes ward das Ergebnis dieser Untersuchung mitgeteilt. Die Nr. 27 des „Stukkatoren“ bringt außerdem einen längeren Artikel über die Angelegenheit, dessen lausliche Mitteilungen über die Vorverurteilung in Regensburg mit dem Inhalt dieses Briefes im wesentlichen übereinstimmen. Danach hat am 20. Juni bereits eine Sitzung in Regensburg stattgefunden, an der sowohl Stukkatoren und Streikende aus Regensburg als auch der Bauvorstand der Markt-Maurer und seitens der Stukkatoren der Genosse Eger-Mannberg teilnahmen. In dieser Sitzung bestritten die angegriffenen Stukkatoren lebhaft jede Schuld. Da so keine Klarheit zu schaffen war, ward man sich einig, am Ort und Stelle, d. h. auf den Bauten, selbst nachzuprüfen, was Wahres an den Vorwürfen sei. Ueber diese Untersuchung schreibt nun der „Stukkatoren“:

„Das Ergebnis aber war, daß überhaupt nur zwei Bauten in Frage kamen, wo es zweifelhaft sein konnte, ob sie als Streikarbeit zu betrachten seien oder nicht. Angefangen waren die Arbeiten von den Maurern in keinem der beiden Bauten. Der eine Bau ist dem Stukkatorenmeister schon vor dem Streik übertragen, wie dieser übrigens schon vor dem Streik die ganzen Putzarbeiten übernahm. Festgestellt wurde weiter, daß Maurerarbeiten von unseren Kollegen nicht verrichtet wurden. Den anderen Bau gab der Unternehmer zu, während des Streiks übernommen zu haben. Wenn ihm die Leute an diesem Bau entzogen würden, könne er sie an andere in dieser Hinsicht einwandfreie Arbeiten stellen.

Als den Maurern sowie dem Kartellvorstandenden der ganze Sachverhalt klargestellt war, mußten sie selbst zugestehen, daß sie ohne nähere Prüfung alles für bare Münze genommen hätten, was irgend ein Schwäger ihnen aufhängte. Nichtiger und dem Organisationsprinzip entgegenstehend wäre es jedenfalls gewesen, die Maurer hätten, anstatt solchen Erzählungen ohne weiteres Glauben schenkend, unsere Kollegen als Streikbrecher zu erklären, die Angelegenheit dem Kartell früher unterbreitet, dann würde die Arbeit auf den fraglichen Bauten gleich zu Anfang geruht haben; so sind sie selber nahezu fertiggestellt worden.

Nun sind ja einige Fälle zu verzeichnen, in denen Streikarbeit vorliegt, aber die diese Arbeiten ausführenden sind nicht in unserem Verbande organisiert, ebensowenig arbeiten sie bei den Unternehmern, für welche die Mitglieder unseres Verbandes tätig sind. Ferner haben die Maurer aus ihren eigenen Reihen Streikbrecher zu verzeichnen, welche die Putzarbeiten dort ausführen, wo sie als Streikarbeit von unseren Kollegen verweigert wurden.“

Der „Stukkatoren“ hält diesen Bericht für wahr und steht darum nicht an, unsere Notiz für eine „Entgegnung“ zu halten, der sich dann noch eine „Tatlosigkeit“ anreicht, indem wir auch der Vorurteilung unsere Erwähnung getan haben. Wir müssen den Vorwurf der Entgegnung und Tatlosigkeit ablehnen, ebenso wie wir auch das vom „Stukkatoren“ veröffentlichte Ergebnis der Untersuchungen ablehnen müssen. Nach unseren neueren Informationen sind unsere Vorwürfe in jeder Hinsicht berechtigt, unser Gewährsmann hält seine Behauptungen vollständig aufrecht. Lediglich ging ja auch aus unserer ersten Notiz hervor, daß wir keineswegs sofort beim ersten Bekanntwerden der Vorgänge ins Horn gehoben haben. Wir haben vielmehr die erste Nachricht eine volle Woche lagern lassen und dann erst auf Grund neuer Nachrichten, die die erste in jedem Punkte bestätigten, Stellung genommen. Wir haben uns dabei durchaus nicht im Borne übereilt, wie uns der „Stukkatoren“ als mildernden Umstand zurechnen will, sondern bewahrt eine scharfe Form gewahrt, weil wir uns nur davon Erfolg versprechen konnten.

Einspruch müssen wir dagegen erheben, daß es jetzt so hingestellt wird, als hätte uns die Regensburger Streikleitung falsch berichtet. Wäre wirklich alles schon und gut gewesen, warum heißt es dann in der Erklärung der Stukkatoren (wenn die Maurer gleich bei den Stukkatoren Beschwerde geführt hätten): „dann würde die Arbeit auf den fraglichen Bauten gleich zu Anfang geruht haben; so sind sie selber nahezu fertiggestellt worden.“ (V) Diese Worte beweisen doch, daß tatsächlich Gründe zur Beschwerde vorlagen, und zwar solche, daß sie sogar

von den Stukkatoren anerkannt werden müssen, und das will allerseits bezeugen.

Da es uns nur darum zu tun war, den Staub auf in Regensburg zu heben, so lassen wir die anderen Neuerungen des „Stukkatoren“ auf sich beruhen.

San. a. S. E. In **St. a. S. E.** ist noch keine Änderung in der Ausperrung eingetreten.

Der Bauarbeiterstreik in **S. a. S. E.** in **R.** dauert unverändert fort; die Unternehmer haben sich anscheinend auf einen langen Kampf eingerichtet. Da auch die Maurer in großer Anzahl auswärts arbeiten, haben sich die Innungsmeister schon eine Anzahl Lehrlinge aus Kostof kommen lassen, um die dringenden Arbeiten fertigzustellen. Auch Italiener, die der Oberherrschaft Meier in Belgien bei Ennoien beschäftigt, hat man bereits versucht, für die Streikarbeit zu gewinnen. Bis jetzt jedoch ohne Erfolg.

In **S. a. S. E.** sind die Unternehmer unausgesetzt tätig, um Ersatz für die Streikenden zu beschaffen. In der letzten Woche ist es ihnen nun gelungen, circa acht Maurer aus der Besten Gegend heranzuführen. Da es bisher gelungen ist, die herangezogenen „nützlichen Elemente“ immer gleich wieder abzugeben, scheinen die letzten zu den sogenannten Streikbrechern zu gehören; denn sie erklärten der Streikleitung, sie wüßten warum es sich handelt und würden nicht abtreten. Auch der Dresdener Unternehmer, der die Ausführung eines Spornsteins an einem Fabrikneubau übernommen hat, tritt als Helfer in der Not auf. Er hat nämlich die Maschinenfundamente von den Schützener Unternehmern übernommen und dazu bereits Maurer aus Dresden herangezogen. Nachdem ihnen die Sache klar gemacht worden war, reisten sie jedoch wieder ab. Hoffentlich gehen nicht noch mehr Kollegen auf den Reim. In der letzten Stadtverordnetenversammlung am Dienstag voriger Woche wurde von einigen Vertretern darauf hingewiesen, ob es nicht im Interesse der Bevölkerung liege, wenn der Magistrat versuche, eine Einigung der Parteien herbeizuführen. Die Mehrheit stimmte diesem zu, und nun sind auch bereits mit den Streikenden Unterhandlungen angeknüpft; ob sie damit einberathen sind, daß auf diesem Wege eine Einigung herbeigeführt wird, die Streikenden haben sich dafür entschieden. Ob nun auch die Unternehmer das Bedürfnis haben, auf diese Weise Frieden zu schließen, ist bis jetzt noch nicht bekannt geworden. Merktel sei noch, daß von dem Herrn Senator Kluge gleich zu Beginn des Kampfes versucht wurde, eine Einigung herbeizuführen. Die Unternehmer lehnten damals aber rundweg ab.

In **S. a. S. E.** ist die dringende Arbeit ein Schloßbau, der in Hofenbach bei Wismar aufgeführt wird. Diese Arbeit hat der Unternehmer Demeß aus Neubrandenburg übernommen. Die Aufsicht und Leitung des Baues soll in den Händen eines hiesigen Architekten namens Brandt liegen. Dieser Herr jetzt nun alles in Bewegung, um den Bau fertigzustellen. Angehört soll der Neubrandenburger Unternehmer abgesandt sein, wenigstens wird dieses den Kollegen, die dafür angeworben wurden, von dem Architekten gesagt. Es ist aber nicht so, und wenn es so wäre, so dürfte diese Arbeit trotzdem nicht gemacht werden. In der vorigen Woche war es sogar gelungen, einen Obdiesor Unternehmer für diese Arbeit zu gewinnen. Er war denn auch Montag, den 2. Juli, mit einer Anzahl Kollegen unterwegs. Nachdem ihnen der Sachverhalt unterbreitet wurde, haben sie es jedoch vorgezogen, wieder umzukehren. Falls wieder Maurer für Mecklenburg in den Zeitungen gesucht werden, tun die Kollegen gut, sich erst vorher genau zu erkundigen, ob dort auch alles in Ordnung ist. Auch in der Provinz Posen sollen Agenten tätig sein, um Maurer für Neubrandenburg anzuwerben. Gelang es doch in Kostof bereits, einen Trupp abzugeben. Streikbrecher sind bis jetzt drei zu verzeichnen.

In **S. a. S. E.** forderten die Kollegen 40 3 Stundenlohn und 3 3 Randgeld für einen Kilometer. Die Unternehmer haben nun eine sofortige Lohnerhöhung von 35 auf 37 3 am Orte und für Randarbeit 39 3 geboten. Vom 1. Januar 1907 ab soll der Stundenlohn 38 3 betragen. Das Randgeld für alle Arbeiten, die zwei Kilometer vom Orte entfernt liegen, pro Kilometer 3 3, jedoch nicht über 20 3 pro Tag. Diese Bedingungen, sollten sich zum 1. Januar 1909 gültig sein. Die Kollegen haben sich nun mit 37 resp. 39 3 zufrieden gegeben. Alles übrige haben sie rundweg abgelehnt. Da die Unternehmer hiergegen bis jetzt noch keinen Einspruch erhoben haben, scheinen sie ja auch hiermit zufrieden zu sein.

San. a. S. E. Die Durchführung der gestellten Forderungen in den ländlichen Bezirken ist noch nicht abgeschlossen. Im Bezirk **S. a. S. E.** hat es mit der Durchführung keine Not, während der Bezirk **S. a. S. E.** durch die Interesselosigkeit der Kollegen unser Schmerzenskind geworden ist. Von 70 durch Hausagitation bestellten Kollegen erschienen doch 11 mit teilweise einfindiger Verpöschung zur Versammlung. Im Bezirk **S. a. S. E.** waren nach einer in der Zeit vom 17. bis 24. Juni d. s. aufgenommenen Statistik 87 Arbeitsstellen vorhanden. Dabei kamen 83 Unternehmer in Frage. Drei Arbeiten wurden in eigener Regie ausgeführt (Gutsbesitzer). Beisitzig wurden 15 Potiere, 169 Gefellen, 61 Arbeiter und 30 Lehrlinge. Hierunter waren organisiert 7 Potiere, 123 Gefellen und 40 Arbeiter. Im dem Stettin nächstgelegenen Randbezirk waren 59 Gefellen in Arbeit. An Arbeitern erschienen hier: 2 Gefellen 55 3, 17: 32 3, 5: 45 3, 1: 42 3, 28: 40 3, im Durchschnitt 45 3. Von den 116 im weiteren Bezirk Arbeitenden erhielten 22: 40 3, 2: 88 3, 54: 87 3, 28: 87 3, 5: 85 3, 4: 30 3, im Durchschnitt 57 3 pro Stunde. Mit wenigen Ausnahmen waren die Löhne kaum höher, darum auch vielfach die Abneigung gegen die kürzere Arbeitszeit. Räume von 170 m Lichter Höhe waren nicht die schlechtesten. Auf vielen Gütern stehen freilich Ziegelhüttenwohnungen. Stätten für Arbeiter als menschlichen Wohnungen. Darum hält es so schwer, den Reuten klarzumachen, daß ein menschenwürdiges Quartier ist. Die einzigen Aufwendungen der Unternehmer bestehen in der Miete für die Arbeiter und im Befahren des Lagerhofes. Nur vereinzelt werden Strohhäuser auf einer guten Lagerstätte geliefert. Meist liegt das Strohhäuser auf dem Fußboden und dieser ist meist Lehmerne oder Steinplatten.

Die Situation in Greifswald war am Schlusse der letzten Aussperrungswoche unverändert. Die Greifswalder

Kollegen sehen ihren Mann; bis auf einige ältere Kollegen sind alle abgerichtet. Sonntag, den 1. Juli, traf der zweite Trupp Streikbrecher ein. Es gelang unter vielen Schwierigkeiten, 16 Mann von diesem letzten Trupp, der circa 20 Mann zählte, abzulassen, so daß nun von den 120 eingetroffenen Wänden 98 Mann zurückgeblieben worden sind. Die hier verbliebenen sind meist jüngere Kräfte, die von den Meistern recht gern genommen; hoffentlich werden sie sich derartig den Meistern bewähren, daß sie für immer genug haben. Es werden diesen Wänden Stundenlöhne von 45 3 bis 50 3 gezahlt, während der Lohn für die einheimischen Gefellen bisher 40 3 betrug. Die Ausgesperrten können also ebenso überjagt und zurechtgewiesen dem kommenden entgegenstehen wie bisher, auch wenn die Aussperrung noch einmal solange dauern sollte, als sie schon gedauert hat.

San. a. S. E. In **Br. a. S. E.** (Ostpr.) haben in letzter Woche Verhandlungen durch Vermittelung des Bürgermeisters stattgefunden. Sie haben kein Resultat erzielt; denn Herr Buttermann, der der Kasse von den Bräunberger Unternehmern ist, hatte sich schon einige geistige Waffen von Hause und einige Italiener von Sandmann aus Königsberg geholt, wozu der Zentralverband und die unabhängigen Maurer beauftragt werden sollten. Besonders liegt dem Buttermann der Zentralverband im Magen, was er durch Schimpfen in der Sitzung bewies. Das war so das ganze Resultat, welches die Sitzung hervorbrachte. Irrend etwas sozialpolitisches Verständnis hatten auch die anderen Unternehmer nicht, so daß unter diesen Umständen das Ende des Kampfes noch nicht abzusehen ist. Vielleicht bringt der Kampf auf der Zeit etwas mehr Licht in die Köpfe der Unternehmern, wodurch sie dann anderen Ideen zugänglich werden. Die Macht der Organisation hat schon so manchen kuriert, warum soll sie den Bräunberger Unternehmern nicht auch helfen? Für unsere Kollegen steht der Kampf sehr gut, sie sind alle bis auf ein hartes Dugend anderweitig in Arbeit, ebenso sind alle, die bis jetzt zugereist sind, anstandslos wieder abgefahren, so daß die Unternehmer kein das Nachsehen hatten.

San. a. S. E. Der Streik der Berliner Bademaurer steht günstig. Voraussichtlich kommt es zu Verhandlungen vor der Lichterherkunftskommission. Ihre Forderung lautet: Abends nicht auf 70 3 sondern auf 90 3 Stundenlohn.

San. a. S. E. Am 3. Juli ist der Streik in **G. a. S. E.** berg, der acht Wochen dauerte, aufgehoben worden. Ganz erfolglos ist es infolgedessen nicht verlaufen, als die Unternehmer gezwungen wurden, den Lohn von 32—33 auf 36 3 zu erhöhen; jedoch gelang es nicht, auch den anderen Forderungen Geltung zu verschaffen. Es wäre gelungen, mehr zu erreichen, wenn wir nicht durch eine große Anzahl böhmischer Maurer aus der Umgegend von Sudomisch und Schönbach-Griffau verraten worden wären. Hoffentlich zeigt dieser Kampf den **G. a. S. E.**-Badenburger Kollegen, wo sie in nächster Zeit mit der Agitation einzusetzen haben; denn ausgebeugt muß diese Scharte über kurz oder lang werden. Zu gleicher Zeit wurde auch der Streik in **S. a. S. E.** aufgehoben; jedoch ist hier ein voller Erfolg zu verzeichnen: der Lohn wurde von 30 auf 35 3 erhöht und die Arbeitszeit auf zehn Stunden vergrößert.

San. a. S. E. In **S. a. S. E.** fand am 5. Juli eine Versammlung der streikenden und ausgesperrten Bauarbeiter des ganzen Bezirks statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht über den Stand der Bewegung; 2. die modernen Interessenkämpfe zwischen Kapital und Arbeit. Kollege Müller schloß in kurzen Worten den bisherigen Verlauf dieses Kampfes und führte folgendes aus: Als die Unternehmer sahen, wie die meisten Kollegen den Bittauer Stand von den Finken schüttelten, suchten sie dieser Tatsache entgegenzutreten, indem sie einige hundert schwarze Listen drucken ließen, die sie nach Greifswald, Rügen und an sämtliche Fabriken des Kreises versandten. Der Erfolg dieser Aktion ist äußerst fähig. Nur in Greifswald hat sich ein Baugewerksmeister gemeldet, der den Namen der Bittauer Schmarmschleier folgen zu lassen. Ausgesperrt wurden dort 25 Kollegen, von denen 16 sofort wieder abhampfen. In anderen Orten, von denen 16 schwarze Listen eintrafen, erklärten die dortigen Unternehmer, sie seien froh, daß sie solche Streiter hätten. Die Bittauer Unternehmer sprangen das Gerücht aus, daß der Vorstand des Maurerverbandes für die nächsten fünf Jahre kein Geld mehr bewilligen würde. Ja, es machte sich schon jetzt ein Geldmangel bemerkbar, da eine sehr große Zahl Maurer zur Abreise gezwungen wurde. Die Zahl dieser „gezwungenen“ Abgereisten ist aber auch ganz bedeutend, trotz der schwarzen Listen. Von 642 in die Streiklisten eingetragenen Maurern des ganzen Kreises sind bisher 468 abgereist bzw. anderweitig untergebracht. Ueber den zweiten Punkt referierte der erste Vorsitzende des Zentralverbandes der Maurer, Kollege Bömelburg. In erwartungsvoller Stille lauschte die Versammlung den Ausführungen des Referenten. Er führte folgendes aus: Durch die moderne einseitige Wirtschaftsweise ist es dahin gekommen, daß eine bestehende Klasse auf Kosten der Arbeiter ein sorgenfreies Dasein führt. Um diese ungesunden Verhältnisse wenigstens einigermaßen zu mildern, schlossen sich die Arbeiter in den letzten Jahrzehnten zusammen, um sich eine bessere Lebenshaltung zu erringen. Die Kämpfe, die damals geführt wurden, waren äußerst schwierig, da es einerseits an Geldmitteln mangelte, andererseits die Arbeiter der Organisation schwer zugänglich waren. Die Arbeiterschaft hand zu dieser Zeit noch auf einem geistig niedrigen Niveau. Dies traf ganz besonders auf die Maurer zu. Durch die kulturelle Entwicklung ist aber Wandel geschaffen worden. Die frühere Trägheit, Gleichgültigkeit machte erheblichen Bedürfnissen Platz. Der Arbeiter von heute weiß sich, will er als unabhängig leben, besser stellen. Er muß höhere Wohnungsmiete zahlen und Lebensmittel für den doppelten Preis wie früher einkaufen. Durch diese Lasten ist er vor der Alternative gestellt, entweder elend zu verkommen oder sich zu koalieren. Klein war am Anfang die Zahl der Kämpfer, gering waren die Mittel. Auch hand ihnen wenig Erfahrung zur Seite und doch haben sich heute die Gewerkschaften zu einem Machtfaktor entwickelt. Die Gewerkschaft der Maurer kann am Schlusse dieses Monats auf eine Auflage des „Grundstein“ von 200700 Exemplaren zurückzukehren. Ueberall wird es Licht, und so auch hier in **S. a. S. E.**. Dreimal, führte Bömelburg aus, haben die Bittauer Kollegen den Kampf gewagt. Das erste Mal ging es noch nicht recht, das zweite Mal schon besser und das dritte Mal werden die Kollegen den Herrenstandpunkt der Unternehmer brechen. Gelangt dies nun noch nicht, so wird der Kampf zum vierten Male gewagt. Es wirkt geradezu lächerlich, wenn die hiesigen Unternehmer mit kindlicher Naivität immer wieder

herbeirufen, das Geld lange nicht, aber, es werde schon einmal alle werden. Durch diese Äußerungen dokumentieren die Unternehmer, daß sie das Wesen der Organisation nicht kennen. In den Köpfen der Maurer ist es nach langem Dunkel hell geworden, aber die Köpfe der Unternehmer sind noch in Dunkel gehüllt. Sie begreifen es nicht, daß das Alle gefahren ist und ein neues Leben daraus hervorbricht. Ich kann erklären, fuhr Bismarck fort, daß Geldmittel zur weiteren Fortführung des Kampfes zu jeder Zeit zur Verfügung stehen. Wenn die Rittauer Kollegen es wünschen, wird der Kampf fortgesetzt und nicht eher abgebrochen werden, bis diese Proben gestiftet werden. Wir, die wir die Politik bauen, wollen nicht mehr als Geldes geben, wir wollen Anteil haben an den Früchten unserer Arbeit; wir fordern mehr Lohn, auch hier in Jütland. Die schaffenden Arbeiter sind ja trotz ihrer „Geldlosigkeit“ in ihren Lebensbedürfnissen beschaffen. Dies kommt auch hier bei der Forderung von 88 $\frac{1}{2}$ pro Stunde zum Ausdruck. Aber die Unternehmer werden nicht umhin können, sich den Verhältnissen anzupassen und in absehbarer Zeit höhere Löhne zu zahlen. Zum Schluß betonte Bismarck: Dieser Kampf wird solange geführt werden, wie diese die Kollegen an Orte für gut befinden. Sollte der Kampf dieses Jahres noch zu keinem Resultat führen, nun so werden wir uns das nächste Jahr wieder sprechen. Im Schlußsatz wird es auch dann nicht fehlen. Die Herren wissen, daß wir in lauren Zeiten leben. Brauchen sie doch selbst mehr Mittel zu ihrer Lebensführung. Würden sie diese Lasten vom Standpunkte der Menschlichkeit betrachten, so würden sie unsere Forderung bewilligen. Redner empfahl den kämpfenden Kollegen, sich nie in den bläserigen Weisen wieder zu lassen und schließt seine Ausführungen mit folgenden Worten: „Kollege Müller erklärte noch, daß wir im Frühjahr mit 88 $\frac{1}{2}$ für dieses Jahr zufrieden gewesen wären, nach Lage der Sache wird aber unsere Forderung von 88 $\frac{1}{2}$ hochgehalten. Auch der Fall Punkt wurde berührt. Hier zeigt sich, daß die Solidarität der Unternehmer untereinander viel zu wünschen läßt. Dem Unternehmer Punkt wurde der Vorwurf gemacht, daß er die Arbeiter entzogen und dem Baumeister Koller resp. dem Arbeitgeberverband übertrug. Während Punkt in Etide gelassen wurde, wurden die größten Anstrengungen gemacht, dem Baumeister Koller Streikbrecher zuzuführen. Dem Innungsmeister ist es bloß darum zu tun, ihre Konkurrenten oder mißliebigen Kollegen aus dem Felde zu schlagen. Aber die letzteren sind mit Mühe gelagert, ja sie arbeiten teilweise selbst als Streikbrecher bei ihren Konkurrenten.“

Gau Dresden. Der Streik in Königsbrunn ist aufgehoben. Am 28. Juni fand eine Verhandlung zwischen den Parteien statt. Die Unternehmer lehnten die Einführung der geschnittenen Arbeitszeit mit der Begründung ab, daß im Bezirk zu wenig Arbeiter vorhanden sei, nach der Ernte sei es ganz damit vorbei. Weiter wäre es nicht angängig, im Sommer zehn Stunden zu arbeiten, weil doch im Frühjahr und im Herbst sowieso verkürzte Arbeitszeit bestände. Was den Lohn anbelangt, so gebenden die Unternehmer 30 $\frac{1}{2}$ Minimallohn an. Das Angebot ist ziemlich mager ausgefallen, aber trotzdem haben sich die Streikenden damit zufrieden gegeben, da ein Teil drängte förmlich, die Arbeit wieder aufzunehmen. Kollegen! Mehr Mut und Einigkeit hätte Euch Euren Ziele weit näher geführt. Nehmt dies als Lehre des Kampfes.

In **Wobersdorf** dauert der Streik fort. Eine Versammlung, die am 1. Juli tagte, beschloß, bei den Unternehmern anzufragen, ob sie sich der Forderung gegenüber noch ablenken verhalten. Die Antwort lautete, der Streik sei unbedeutend, und solange der Streik dauere, würde nichts zugelegt; sonst würde es den Ansehen erwecken, als sei es eine Folge des Streiks, und das müsse auf alle Fälle vermieden werden. Unterhandlungen waren ausgeschlossen, außerdem man werde sich an den Arbeitgeberverband in Bamberg. Seitens des Bauvorstehenden ist ein diesbezügliches Schreiben an den Vorsteher des Arbeitgeberverbandes gerichtet worden; man darf nun gespannt sein, was folgen wird. An eine Auflösung des Streiks ist nicht zu denken; es liegt auch kein Grund dazu vor. Zu unterbreiten sind vorläufig noch acht Mann; alle übrigen sind abgereist oder haben andere Beschäftigung gefunden. Drei Mann sind allerdings wieder zu ihrem Meister gelaufen, aber diese werden samt den in Arbeit Verbliebenen und den paar Fabrikarbeitern, die man an die Mauer kommmandiert hat, an dem Ausgange des Streiks nicht viel ändern, zumal jetzt wieder neue Arbeiter in Angriff genommen werden müssen.

In **Freiberg** dauert der Streik ununterbrochen fort. Mehr 140 Maurer sind abgereist, circa 70 arbeiten zu den neuen Bedingungen. Streikende gibt es daher nur so viel, wie zur Führung des Streiks notwendig sind. Allerdings arbeiten bei elf Unternehmern noch rund 100 Maurer, davon 51 Streikbrecher. Da aber in der nächsten Woche zwei große Bauteile und elfte Wohnhäuser angefangen werden, so zu hoffen ist, daß unsere Forderungen anerkannt werden, so wird den elf Baugemeinden schnell. Unsere abgereisten Kollegen denken nicht daran, zurückzukehren. Von den Zugereisten hat noch kein halbes Duzend die Arbeit aufgenommen, so daß trotz der immerhin hohen Zahl von Streikbrechern der Streik außerordentlich günstig liegt.

In **Offen** dauert der Streik ebenfalls fort. Hier waren unsere Kollegen ausgesperrt. Nachdem die Unternehmer die Aussperrung fast hatten, sollte es mit dem alten Lohn wieder losgehen. Dage hatten unsere Kollegen aber keine Lust. Im Gegenteil: die hatten ausgesperrt waren, legten sie auf ein Mann nun auch nach die Arbeit nieder. Auch hier sind nur noch 60 Streikende vorhanden. Die übrigen sind abgereist und in anderer Arbeit.

Gau Leipzig. In **Rudau** hatten die Kollegen bekanntlich am 22. Juni ein Schreiben an den Arbeitgeberverband gerichtet und darin angefragt, ob er gewillt sei, auf der Basis der Forderungen zu verhandeln, bisher ist aber eine Antwort noch nicht eingetroffen. Die Streikenden glauben, daß die vielen Feinde und wütenden Unternehmer gern verhandeln würden, daß aber dem einige Oberscharführer im Wege stehen. Wie lange noch?

Gau Mecklenburg. Die Situation in **Wernburg** ist unüberändert. Haben die abgereisten Kollegen brauchen stand, kann bürsten die Unternehmer sehr bald zu der Einsicht kommen, daß sie sich sehr berechnen haben.

Der Streik in **Wardelen** dauert ebenfalls unüberändert fort. Die über den Unternehmer Frenzel be-

hängte Materialsperrte ist an dessen Geldbeutel abgeprallt, so daß die Gardelegen Lieferanten jetzt die Rolle der Streikenden übernehmen spielen müssen. Die Zahl der Streikenden wird durch die Arbeit bei Frenzel vom Tag zu Tag geringer.

In **Ordnitzburg** ist die Bewegung nun auch in ein ernstes Stadium gekommen. Die Unternehmer wollen den Lohnschuß um 2 $\frac{1}{2}$ erhöhen, verlangen aber Vertragsabschluss bis zum 24. Juli 1906. Das Angebot lehnten die Kollegen einstimmig ab und beauftragten den Zweigvereinsvorstand, nunmehr ernstere Maßnahmen einzuleiten.

Gau Erfurt. Am 6. Juli hielt die Radstelle **Gotha** eine kombinierte Versammlung der streikenden Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter ab, in der der Verbandsvorstand, Kollege Bismarck, über den Streik referierte. Von den Maurern traten 267 Mann in dem Streik, davon sind 153 abgereist. Kollege Bismarck beschloß sich mit den Erklärungen des diesigen Streiks. Vor allen Dingen verzichte er entschieden das Zwischenspielen der Polizei, die doch auch weiter nichts als streuliche Gesellen seien. Das Konfizieren der Polizei mit den Meistern nüge nichts, sondern wirke nur schädlich. Zu verhandeln hätten nur die Kommissionen der Gesellen und Meister. Wir seien nicht in der Lage, dem Wunsch der Meister nachzukommen. Neue Steuern und die Erhöhung der Lebensmittelpreise bedingen höheren Lohn. Wir sind es auch uns und unseren Kindern schuldig, höhere Löhne zu fordern, damit wir als Menschen leben können. Wenn die Unternehmer gewillt sind, zu verhandeln, so ist die Kommissionen bereit, mit ihnen in Unterhandlung zu treten. Es wurde hierauf gemäß dem Wunsch der Polizei, den nutzlosen Kampf abbrechen, eine geheime Abstimmung vorgenommen, die zum Schreden der Polizei folgendes Resultat ergab. Von 208 am Orte anwesenden Streikenden waren 188 für die Fortsetzung des Streiks, 15 für bedingungslose Aufnahme der Arbeit. Daß die anwesenden Polizei für Aufnahme der Arbeit stimmen, nehmen wir ihnen nicht übel, da sie sonst auf eine schiefe Ebene bei den Meistern gekommen wären, doch können die 15 Mann an unserer Position nichts ändern; denn die Lage wird alle Tage günstiger und der Kampf wird weiter geführt werden, bis es dem Unternehmer beliebt, uns als gleichberechtigte Partner und unsere Lohnforderung anzuerkennen.

Gau Nürnberg. In **Fahrenz** ist in dem Stand des Streiks in der letzten Woche eine Änderung nicht eingetreten. Die Situation ist für uns noch ebenso gut als bei Beginn des Streiks.

In **Burgersbach** haben zwar Unterhandlungen stattgefunden, die aber bisher noch zu keinem Resultat führten. Die Arbeiten drängen sehr, weshalb die Unternehmer überall die Mür bereiteten, die Forderung sei bewilligt, um auf diese Weise Maurer zu bekommen, was aber bisher nicht gelungen ist und auch nicht in Erfüllung gehen wird, bevor die Forderung bewilligt ist.

In **Goßa** a. S. sind alle Kollegen bis auf vier abgereist oder arbeiten zu den neuen Bedingungen, weshalb für uns die Situation außerordentlich günstig ist. Die Unternehmer hatten zwar beschloßen, vor dem 1. Oktober keinen streikenden Maurer anzustellen, sie scheinen aber ihren Beschluß nicht aufrecht erhalten zu können, denn man sucht Unterhandlungen mit uns anzubahnen, die man vor 14 Tagen durch dem Gewerbegericht noch ablehnte. Es heißt schon viel, wenn in Hof die Unternehmer unter Führung eines liberalen Gemeindebevollmächtigten mit uns Unterhandlungen eingehen, so sie aber bei dem Herrenstandpunkt der Unternehmer zu einer Einigung führen, läßt sich noch nicht sagen. Kurz vor Schluß der Debatte ging uns die Mitteilung an, daß der Streik beendet ist.

In **Kürnbürg** haben die Unternehmer die Taktik der Aussperrung eingeschlagen, aber nur für organisierte Maurer und Bauhilfsarbeiter. Dieser Beschluß wurde von den Herren am 3. Juli gefaßt und am 4. Juli, Abends, wurde nach einer vorausgegangenen Umfrage eine Teil der organisierten Kollegen ausgesperrt; mit der übrigen wollten will die Unternehmer ihre dringenden Arbeiten fertigstellen, und dem Beschluß des Arbeitgeberverbandes war man formell nachgegeben. Aus der Einsperrung der Aussperrung ist für jeden ersichtlich, daß die Unternehmer den Beschluß mit Widerwillen ausführen. Wir sind aber den Herren zu Hilfe gekommen und haben es für taktisch richtig gehalten, bei allen Unternehmern, die sich an der Aussperrung beteiligten, die Arbeit einzustellen, und so steht ein großer Teil der Bauteile still. Genauere Zahlen lassen sich 3. Juli noch nicht angeben, da in der ersten Woche des Kampfes die Dinge sich täglich geändert haben. Einige Unternehmer, auf die der Zahl, haben die Forderung im Laufe der Woche bewilligt, andere haben erst in der letzten Tage ausgesperrt und eine andere Teil mußte von uns aus taktischen Gründen gesperrt werden. Ende dieser Woche wird wohl auf der ganzen Linie der Kampf erdbannt sein. Die Situation ist für uns günstig, und wenn jeder Kollege auf dem Posten ist, so ist uns ein Sieg sicher; wohl aber wird der Kampf mehrere Wochen dauern.

In **Kegnsburg** haben in der letzten Woche auf Veranlassung des ersten Bürgermeisters Unterhandlungen stattgefunden, die zu einem Arbeitsvertrag führten; er bietet uns jedoch nicht alles, was gefordert wurde. Der Mindestlohn der bisher 30 $\frac{1}{2}$ pro Stunde betrug, wird sofort auf 38 $\frac{1}{2}$ a. m. 1. April 1907 auf 40 $\frac{1}{2}$ und am 1. April 1908 auf 42 $\frac{1}{2}$ pro Stunde erhöht. Der Mindestlohn für Junggesellen betrug bisher 32 $\frac{1}{2}$ und wird in der gleichen Weise erhöht. In beiden Fällen müssen aber alle jene Maurer zu den bisher bezogenen Löhnen 8 $\frac{1}{2}$ Lohnzulage pro Stunde erhalten. Für Ueberstunden, Nacht, Sonntags-, Ueberland- und dergleichen Arbeit werden Zuschläge gewährt. Der Vertrag selbst wollten die Unternehmer aber auf fünf Jahre ausgedehnt wissen, worauf wir unter keinen Umständen eingehen konnten; wir ließen uns schließlich auf einen dreijährigen Vertrag ein, bei der Unternehmer nach dem zweiten Jahre eine Verlängerung der Arbeitszeit auf neunzehnhundert Stunden, wobei aber zehn Stunden bezahlt werden, eingingen. Eine Verlängerung der Arbeitszeit war in unserer Forderung nicht enthalten. Wenn auch nicht die ganze Forderung erreicht ist, so ist

das Erreichte aber immerhin für eine junge Organisation ein schöner Erfolg, zumal in der steinigten Oberpfalz. Ueber das Verhalten der Sturktaxe und den Artikel der letzten Nummer des „Stutteler“ werden wir uns in der nächsten Woche äußern.

In **Kürnbürg** kam in der letzten Woche vor dem Gewerbegericht gleichfalls eine Einigung zu Stande, die aber etwas ungünstiger als in Regensburg ausgefallen ist, besonders deshalb, weil ein Minimallohn nicht zu erreichen war. Der Vertrag sichert uns lediglich eine Lohn-erhöhung von 5 $\frac{1}{2}$ pro Stunde in zwei Abteilungen zu, wovon 3 $\frac{1}{2}$ sofort, die übrigen 2 $\frac{1}{2}$ am 1. April 1907 gewährt werden müssen. Um eine sichere Grundlage zu haben, werden uns die Lohnlisten der Unternehmer auf Verlangen ausgedehnt. Auch erkennen die Meister gegen- seitig die Lohnlisten an. Daß nicht mehr erreicht werden konnte, hat seinen Grund darin, daß die Zahl der Streik- brecher immer größer wurde und auch ein großer Teil der streikenden Kollegen seine Pflicht nicht mehr so erfüllte, wie es in Anbetracht der Situation nötig gewesen wäre. Die Kollegen von Würzburg und Umgebung werden aber jetzt der Kampf gegen den größten Feind, den Antifertigkeits- ismus, aufnehmen müssen. Und dann läßt sich das Ge- schaffene nicht nur erhalten, sondern später auch noch mehr erreichen.

In **Samberg** haben unsere Kollegen in der letzten Woche an die Unternehmer gleichfalls eine Lohnforderung gestellt, in der ein kooperativer Arbeitsvertrag verlangt wird, der einen Einsperrlohn von 45 $\frac{1}{2}$ pro Stunde sichert.

Gau München. In **Dachau** endete die Bewegung mit einem vollen Siege der Kollegen. Nach anderthalbtägigem Streik bewilligte der Unternehmer Meiermeister, worauf auch die übrigen Unternehmer den Tarif unterzeichneten. Bewilligt sind 43 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn. In **Dachau** hat sich nun auch der Maurermeister Heißel gefügt, nachdem er einsehen mußte, daß die Kollegen Charakter genug besäßen, sich nicht als Streik- brecher herzugeben. Auch hier endete die Bewegung mit vollem Erfolg: 43 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn.

In **Landshut** dauert der Streik ununterbrochen fort. Ähnliche Bauteile rufen. Die Unternehmer gaben vorige Woche durch Frenzel in den Zeitungen und durch Einschlag an den Plakaten bekannt, daß sämtliche Streikenden für einige Zeit von dem Landshuter Großindustrie ausgeschlossen bleiben sollten, wenn sie nicht Montag, den 9. Juli, infolgeding zur Arbeit zurückkehren würden. Da diese Nachricht von unseren Kollegen allgemein mit Heiterkeit aufgenommen wurde, so versuchten die Herren Unternehmer durch ein anderes Mittel die Wieder- aufnahme der Arbeit zu bewerkstelligen. Der Streikkommission ging ein Schreiben zu, nach dem am Samstag Nachmittags vor dem Gewerbegericht eine Verhandlung stattfinden sollte behufs Beilegung der Differenzen. Die Vertreter der Unternehmer gaben die Er- klärung ab, daß am Montag die Arbeit allgemein aufgenommen werden könne — zu den alten Bedingungen. Die Kollegen Gortz und Wolf dagegen erklärten, daß dies einfach nicht ge- schehen werde. Auch der Vertreter der vier Christlichen war anwesend und erklärte, daß sie sich vollständig den Beschloßen des deutschen Maurerverbandes fügen würden. Eine halbe Stunde nach der Unterhandlung aber waren bereits Telegramme der christlichen „Landshuter Zeitung“ eingeschlagen, daß der Zentralverband weiterseits, während die Christlichen am Montag die Arbeit aufnehmen würden.

In **Arnsberg** haben am 8. Juli die Kollegen den Bauprogramm die richtige Antwort erteilt. In einer sehr gut be- suchten Versammlung wurde fast einstimmig der Streik pro- klamiert. Die Unternehmer hatten die Forderung in einem sehr prozig gehaltenen Schreiben direkt abgelehnt, so daß den Kollegen kein anderer Ausweg blieb. Auch die Arnsberger Unternehmer werden an unsere Organisation glauben müssen, so schwer es ihnen auch werden mag. Die Unternehmer haben seit 1899 nichts gelernt, unsere Kollegen dagegen sehr vieles, und haben sie sich während dieser Zeit zum Kampfe geübt.

Gau Stuttgart. Der seit Anfang Mai andauernde Streik der Maurer in **Badgingen** hat mit dem 8. Juli sein Ende erreicht. Die Arbeitszeit ist auf 10 Stunden festgelegt, vorher betrug sie 11. Der Lohn beträgt in Zukunft 45 $\frac{1}{2}$, vor der Bewegung wurden 40 $\frac{1}{2}$ im Durchschnitt bezahlt. Wie etwas weniger Empfindlichkeit sowohl auf Seiten der Badginger Maurer wie der Badginger Meister hätte dieser Streik vermieden werden können.

In **Stuttgart** ist die unserem Verbande angeschlossene Sektion der **Siffer** am 21. Juni in den Ausstand getreten. Gefordert werden 60 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn. Bis jetzt haben 21 Meister bewilligt.

Am 28. Juni sind die Maurer in **Lüdingen** in den Streik getreten. Die Forderung beträgt 45 $\frac{1}{2}$. Der Kampf steht gut.

In **Ulm**, wo schon seit dem 25. Mai ritisch gekämpft wird, stehen Unterhandlungen in Aussicht.

Gau Mannheim. Die Kollegen in **Landau** und **Lee** bei Neunkirchen beschloßen, den Unternehmern eine Lohn- forderung einzulegen. Die Einlegung „geschah“ am 1. Juli; bis zum 12. Juli war eine Antwort erbeten. Bis- her betrug die Arbeitszeit in Landau, Mannheim, Schiffweiler und Umgebung 11 $\frac{1}{2}$ bis 12 Stunden. Der Durchschnitts- lohn war derselbe wie in den Stadtteilen: 42 $\frac{1}{2}$. Diese Arbeitszeit deutete den dortigen Kollegen zu lang, und so reduzierten sie sie, bevor die Unternehmer antworteten, eigenmächtig auf elf Stunden. Dies glaubte sich der Unter- nehmer Witz nicht bieten lassen zu dürfen, darum gab er allen, die nicht die elfstündige Arbeitszeit beibehalten wollten, ihre Entlassung. Die Kollegen bewiesen nun ihre Solidarität und legten einstimmig die Arbeit nieder. Dies Resultat hätte der Unternehmer wohl nicht erwartet. Die Vertreter der beiden Organisationen baten nun Unter- handlungen an und nach zweitägiger Arbeitseinstellung wurden folgende Vereinbarungen taktisch auf drei Jahre festgelegt: Die Arbeitszeit beträgt zehn Stunden, und zwar von Morgens 6 Uhr bis Abends 6 $\frac{1}{2}$ Uhr, mit einzeihal- bständiger Mittags- und halbstündiger - Frühstück- und Vesperpause. Der Lohn beträgt für Maurer vom 7. August bis 1. Oktober 47 $\frac{1}{2}$, vom 1. Oktober 1906 bis 1. März 1907 48 $\frac{1}{2}$, vom 1. März 1907 bis 1. März 1908 50 $\frac{1}{2}$ und vom 1. März 1908 bis 31. März 1909 52 $\frac{1}{2}$. Außerdem bringt der Tarif noch eine ganze Anzahl von Verbesserungen für die dortigen Maurer. Die Kollegen können mit dem

Erreichten aufzubeden sein. Dies hat ihnen wieder aufs dräufichste gezeigt, daß nur durch enge Zusammenschluß in der Organisation dem Unternehmertum etwas abgerufen werden kann. Wären sie deshalb immer weiter an dem Ausbau unserer Organisation schafften, dann werden die Kollegen die Vorteile der Organisation in noch größerem Maßstabe verspüren. Deshalb hinein in den Verband, daß diesem ersten Schritt in dem schwärzesten Teil des Königreichs Stumm baldigst noch weitere folgen!

In Schopfheim im Bielefeld hatten unsere Kollegen Forderungen aufgestellt. Es fanden Unterhandlungen statt, die auch zur Einigung führten. Der abgeschlossene Tarif sollte von unserem Zweigvereinsvorsitzenden in Reinschrift angefertigt und dann gegenseitig unterschrieben werden. Mittlerweile hatten sich aber die Schopfheimer Unternehmer dem Arbeitgeber-Verband in Bielefeld angeschlossen. Als unser Vorsitzender nun den Tarif zur Unterschrift vorlegte, erklärten die Unternehmer, sie wollten jetzt genau dieselben Bestimmungen anerkennen, die der Bielefelder Tarif enthalte, den vorgelegten würden sie nicht unterschreiben. Da der Bielefelder jedoch bedeutend schlechtere Bestimmungen enthält, so bedeutete das Vorgehen der Unternehmer einen Vortritt. Deshalb legten die Maurer am 2. Juli die Arbeit nieder. Am 3. Juli wünschten die Unternehmer bereits Unterhandlungen. An diesem nahm auch der Bauvorstand teil. Es wurde eine Einigung erzielt. Danach beträgt die Arbeitszeit vom 16. Juli an zehn Stunden, der Lohn 46 $\frac{1}{2}$. Ebenso müssen Zuschläge für Überstunden, Nacht-, Sonntags- und Wasserarbeit gezahlt werden. Die Arbeit wurde am 4. Juli wieder aufgenommen.

Dort auch kann ebenfalls nicht zur Ruhe kommen. Im Winter fanden Unterhandlungen statt. Die Unternehmer drängten mit Gewalt darauf, daß bis zum 1. März die Einigung erfolgt sein müsse. Alle Arbeiten wurden zurückgehalten, so daß fast alle Maurer arbeitslos waren. Dieses benutzten die Unternehmer, um allseitsbestimmungen in den Tarif hineinzubringen, die unter anderen Bestimmungen nicht hineingekommen wären. Die Organisation war noch jung und schwach, deshalb erfolgte die Zustimmung zu diesem faulen Frieden. Im Mai waren die Zimmerer genötigt, wegen Wasserregulierung eine Sperre zu verhängen. Die Zimmermeister antworteten hierauf mit der Aussperrung sämtlicher Zimmerleute. Die Maurer besetzten selbstverständlich keine Zimmerarbeiten zu verrichten. Deshalb drohten die Unternehmer mit der Aussperrung sämtlicher Bauhandwerker. Die Aussperrung wurde jedoch nicht vorgenommen. Die ausgesperrten Zimmerer drängten unsere Kollegen nun noch weiter zu dem Beschluß, daß sie auch keine Wästen bemauren dürften, die von den Zimmermeistern selbst oder von den Streikbrechern gelegt seien. Dieser Beschluß bedeutete in seiner Konsequenz in wenigen Tagen den Streik über die Aussperrung. Die Unternehmer stellten das Ultimatum. Da nun die Zimmerer jedoch einen Antrag auf Erklärung des Sympathiestreiks nicht gestellt hatten, so wurde auf Veranstaltung des Kollegen Forter die betreffende Resolution zurückgezogen. Die Unternehmer hatten aber die wenigen Tage benutzt, um die ihnen unliebsamen Maurer auf die Straße zu bringen, darunter auch Mitglieder des Zweigvereinsvorsitzenden. Da die Maurer durch Zurückziehen der Resolution zeigten, daß sie Frieden halten wollten, so verlangten sie, daß die Entlassenen wieder eingestellt würden. Die Unternehmer sagten dies zu. Am anderen Morgen, als die Kollegen zur Arbeit erschienen, erklärten die Unternehmer jedoch, sie hätten sich anders besonnen, besonders der Zweigvereinsvorsitzender Frank würde nicht wieder eingestellt. Der Bauvorstand Forter war ebenfalls bei dem Vorstand des Arbeitgeberverbandes um Wiedereinstellung Franks tätig, erreichte jedoch nur die Zusage, Frank solle ab. Später wieder eingestellt werden. Der Unternehmer, bei dem Frank vorher tätig war, erklärte, er hätte sonst gegen Frank nichts einzuwenden, er sei ein tüchtiger Maurer, Frank hätte jedoch auf der Baustelle Agitation betrieben, und das wolle er nicht haben. Damit gekand der Unternehmer selber zu, daß es sich um eine Wasserregulierung handle. Mit der späteren Einstellung gaben sich die Kollegen nicht zufrieden; jetzt soll die Entscheidungskommission beschließen. Wird auch dort keine Einigung erzielt, so dürfte die Sperre über den betreffenden Unternehmer verhängt werden, was jedenfalls die Aussperrung im Gefolge haben wird.

In Colmar i. E. dürfte es in nächster Zeit zum Streik kommen. Im Frühjahr antworteten die Unternehmer auf die eingereichten Forderungen mit Maßregelungen. Da die Zeit für uns nicht günstig war, so brachten wir die Gemäßigten außerhalb in Arbeit. Dann freilich die Gipsler. Die Unternehmer verlangten von den Maurern Reparaturarbeit; wer sich weigerte, wurde entlassen. Auch wurden die Bauten sämtlich zurückgehalten und möglichst viel Italiener eingestellt. Jetzt sind die Bauten allmählich in Angriff genommen worden. Am 8. Juli findet eine Versammlung statt; jedenfalls wird der Streik beschlossen werden.

In Spenheim (an der Bergstraße) haben die Kollegen ebenfalls Forderungen eingereicht. Die Bauqualität ist sehr gut, so daß zu hoffen ist, daß ohne Streik etwas erreicht werden wird. Von Schifferstadt, Gailhof, Gränsdorf, Gewellert sowie von der chemischen Fabrik Guin in Mündenheim und dem Unternehmer Scherf in Rheingönheim ist der Zugang streng ferngehalten.

Gau Frankfurt a. M. Die Lohnbewegung in Dillenburg geht auseinander ihrem Ende entgegen, nachdem die Unternehmer eingesehen haben, daß auf einen Erfolg für die Streikenden durch Arbeitswilligkeit selbst in diesem, bisher von der Arbeiterbewegung wenig berührten Bezirk doch nicht so leicht zu denken ist. Alle ihre Bemühungen, sich ohne jeden Erfolg gehalten. Einige ganz minderwertige Arbeitskräfte haben sich zusammengefunden, jedoch bedeuteten sie eine Gefahr für die Bewegung nicht. Dies mag auch der Hauptgrund gewesen sein, daß sich in der vorigen Woche die Unternehmer zu Unterhandlungen bereit erklärten. Diese fanden auch tatsächlich am 29. und 30. Juni statt. Zu einer abschließenden Einigung kam es jedoch nicht, weil die Unternehmer durch ihre Organisation (als Zweigverband des mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes für den Distrikt) nicht die Ermächtigung erhalten hatten. Nur für dieses Jahr durften die Herren in einer Abschlusseinwilligen, aber für das nächste Jahr wollte der Arbeitgeberverband erst seine Entscheidungen treffen. Damit hing natürlich die Unterhandlung in der Luft. Wir müssen gestehen, daß die anwesenden Unternehmer ersichtlich bemerkt waren, über diese Schwierigkeiten hinwegzukommen; leider mußten diese Bemühungen scheitern. Aus diesem Beispiel ist wieder einmal ersichtlich, in welche schwierigen Situationen die Unternehmer bei Streiks häufig durch ihre eigenen Kollegen gebracht werden. Die Sache liegt in Dillenburg ungefähr so: Der Gesamtverband der Unternehmer mit circa 80 bis 40 oder mehr Mitgliedern für den Distrikt hat die Entscheidung, und unmittelbar interessiert am Dillenburg Streik sind nur fünf Unternehmer, die selbstverständlich dauernd eine Minderheit bilden. Die Verhandlungsbefähigte es mit aller Deutlichkeit. Es wurde bei der Unterhandlung in den schwierigsten Punkten eine Einigung erzielt und eigentlich verhinderte nur die formelle Bestätigung des Arbeitgeberverbandes den Abschluß. Ueber die Arbeitszeit einigte man sich ganz und in der Lohnfrage betrug die Differenz nur noch einen Pfennig. Die Standschaftigkeit der Kollegen wird auch die letzten Schwierigkeiten zu überwinden helfen.

Die Lohnbewegungen im Einzeltal: Gelnhausen und Bad Orle und Umgebung und den fruchtbarsten Bezirken der Wetterau: Rüssingen, Stöckheim, Ridda, Ortenberg und Umgebung brachte bisher nur einen unbedingten Abschluß in Gelnhausen und einigen Orten der Umgebung und in Ortenberg. In beiden Orten wurde ein Vertrag abgeschlossen und 7 bis 8 $\frac{1}{2}$ Lohn-erhöhung pro Stunde nebst Verkürzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden durchgesetzt. Dieser Erfolg dürfte in den bisher recht rückständigen Bezirken nicht ohne Einfluß sein. In Gelnhausen hatten ansehende die „Christlichen“ den Anschluß verweigert, von ihren Mitgliedern waren vier bis fünf beteiligt. Damit sie nun aber später mit dem Vertragsabschluß rechnen können, haben sie später unseren Vertrag genommen und ihn ebenfalls für die christliche Organisation von den Unternehmern unterzeichnet lassen. Gewiß ein seltsames Vergnügen, das so recht die praktische Tätigkeit der Leute illustriert.

In Rüssingen und Bad Orle sind die Unternehmer ansehend horribler. Aber dies ist nur äußerlich, auch hier würden die Unternehmer eine andere Stellung einnehmen, wenn unsere Kollegen von jeder eine größere Energie und Entschlossenheit für ihre eigenen Interessen gezeigt hätten. In allen diesen Orten würden die Kollegen eine unbedingbare Macht besitzen, wenn sie für eine andere Anschauung und anderen Geist in den eigenen Reihen sorgen würden. Das selbe gilt für die Kollegen in Ridda und Umgebung. Bei der neu gewonnenen Einigkeit in diesem Frühjahr haben die Unternehmer allgemein den Lohn um 4 bis 5 $\frac{1}{2}$ pro Stunde erhöht. Anstatt aus diesem Erfolg die richtigen Konsequenzen zu ziehen und mit einem zweiten, noch kräftigeren Vorstoß die einstündige Arbeitszeit über den Gausen zu werfen, sind sie umgefallen, und damit ist von neuem die bisherige Allgewalt der Unternehmer gestärkt. In dem ganzen Bezirk und ebenso im ganzen Vogelsberg sind noch gewaltige Vorteile für die Kollegen zu gewinnen; hoffentlich ist die „Schlafzeit“ der Kollegen bald beendet.

In der Frankfurt-umgebung sind die Bewegungen in Röhrenheim, Wilschhofheim, Dörnigheim und Sprendlingen zu erwähnen. In Röhrenheim kann die Bewegung für so gut wie abgeschlossen gelten, nachdem die größte Firma, Gwald und Brach, einen Vertrag mit uns abgeschlossen hat, wonach in diesem Jahre 50 $\frac{1}{2}$ und im nächsten Jahre 52 $\frac{1}{2}$ Lohn vereinbart worden ist. Auch hat die Firma nach langem Zögern endlich die zehnständige Arbeitszeit anerkannt. Recht günstig liegen die Verhältnisse in Wilschhofheim und Dörnigheim, schwieriger dagegen in Sprendlingen. Die Sprendlinger Unternehmer sind mit der schlechtesten Qualität von Maurern zufrieden. Gewiß eine eigenartige Erscheinung bei dem großen Angebot in Sprendlingen. Aber seitdem der Geist Weders in Sprendlingen seine Herrschaft etabliert hat, scheint bei den Speibürgern und leider auch einem Teil der Arbeiterklasse Vernunft zum Unfinn geworden zu sein, sonst wäre es doch kaum begreiflich, daß kürzlich bei einer Sperre die Kollegen, obwohl ihnen Arbeit für 50 $\frac{1}{2}$ angewiesen war, lieber wieder Streikbrecherarbeit verrichteten — für 45 $\frac{1}{2}$. Diese Dinge sind für vernünftige Leute unfassbar. Wir müssen aber verlangen, daß sich unsere Sprendlinger Kollegen in ihrer Gesamtheit aufrufen, um diesen geradezu ungeheuerlichen Zustand zu beseitigen. Die 220 organisierten Kollegen in Sprendlingen besitzen eine unbedingbare Macht, wenn sie nur einen bestimmten Willen haben, daran kann selbst der bekannte Dr. Weder nichts ändern.

Endlich, nach langen, wiederholten und verzweifelter Anstrengungen scheinen die Kollegen in Oberkeim-Zar mit dem ganz unhaltbaren Verhältnissen aufzukommen zu wollen. Die Lohn- und Streikbewegung im Saargebiet und deren schneller und vorteilhafter Abschluß scheint dort nicht ohne Einfluß geblieben zu sein. Die Forderungen sind den Unternehmern bereits eingereicht. Die Baukonjunktur ist sehr gut, so daß der Ausgang der Lohnbewegung bei festem Zusammenhalt der Kollegen nicht zweifelhaft sein kann. Hoffentlich gelingt es dieses Mal, ganze Arbeit zu machen. Gefordert wird die zehnständige Arbeitszeit und 48 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn. Bisher wurden 48 $\frac{1}{2}$ gezahlt, die Arbeitszeit regelten die Unternehmer, wie es ihnen paßte. Sie scheuten sich nicht, im Sommer zwölf Stunden und länger arbeiten zu lassen.

Die Aischaffener Kollegen haben den Unternehmern ebenfalls Forderungen eingereicht. Die Konjunktur ist auch hier gut; an 89 Baustellen sind insgesamt 200 Kollegen beschäftigt. Diese nunmehr eingeleitete Bewegung hätte eigentlich schon im vorigen Jahre kommen müssen. Leider war damals unsere Organisation zu schwach. Die Aischaffener Bauunternehmer waren die einzigen, die die getroffenen Vereinbarungen bei der Aussperrung im Rhein- und Maingau 1904 nicht durchführten. Was diese eigentümliche Stellung der Arbeitgeber schon zu Bedenken Veranlassung geben, so noch mehr ihr sonstiges Gebahren. Alle Kollegen, die während des Streiks und später an der Rettung der Organisation beteiligt waren, wurden in den letzten zwei Jahren fast ohne Ausnahme gemäßregelt. Allorbarbeit wurde eingeführt und alle sonstigen Mittel, die geeignet erschienen, die Organisation zu zerstören, wurden angewandt. Das alles nichts; nach der teilweise verlorenen Schlacht konnte vorläufig die Organisationsentwicklung gehemmt werden, aber zu vernichten war sie nicht. Ausbeutung und schlechte Entlohnung trieben die Kollegen immer von neuem zusammen; so

Gau Elm. Der Arbeitgeberverband in Dören hat auf eine Anfrage des Herrn Oberbürgermeisters jede Verhandlung abgelehnt. Die Unternehmer könnten momentan nicht mehr zahlen, sie seien an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt. Für fremde „Arbeitswillige“ können sie aber noch mehr leisten, indem sie diesen anstatt 46 $\frac{1}{2}$ 53 $\frac{1}{2}$ pro Stunde zahlen. „Also es geht doch. Auch schreiben sie uns, weitere Verhandlungen hätten keinen Zweck. Man sieht also, daß man den Frieden im Dören-Handelsgewerbe nicht will. Es bleibt uns also nur übrig, entweder weiter zu streiken oder das Angebot, das den teuren Verhältnissen und dem schon entstandenen Lohnausfall nicht entspricht, anzunehmen. Die Streikenden haben beschlossen, bei dem Angebot von 45 $\frac{1}{2}$ die Arbeit nicht aufzunehmen.“

In Düsseldorf-Mattingen legten Montag, den 9. Juli, die Kollegen bei drei Unternehmern die Arbeit nieder, nachdem alle Verträge, eine Erhöhung des Lohnes auf glücklichen Wege zu erreichen, gescheitert waren. Bei den anderen beiden Unternehmern wurde die Kündigung eingereicht. Bezug ist streng ferngehalten.

Am Montag, den 2. Juli, wurde in Gießels-Edenarmen der Streik beschlossen. Da die Verhandlungen mit den Bauvereinigungen des Wuppertals zu keinem befriedigenden Resultat führten, blieb den Wuppertaler Maurern und Hilfsarbeitern kein anderer, Weg mehr offen, als zu dem oben erwähnten Mittel zu greifen. In den Verhandlungen, die am 30. Juni mit 6 Unternehmern des „Schauberges“ für baugewerbliche Betriebe mit den Vertretern der in Betracht kommenden Arbeiter-Organisationen gepflogen wurden, machten die Unternehmer das horrendes Angebot, von 2 Pfennig Lohn-erhöhung ab 1. Dezember, aber nur für gute Maurer. Am 1. April 1907 wollte man weitere 8 Pfennig Lohnzuschlag und die 9 stündige Arbeitszeit gewähren. Für unbedeutende Maurer und Hilfsarbeiter soll sich der Lohn nach wie vor nach den Leistungen richten und der freien Vereinbarung überlassen bleiben. Von einem Mindestlohn wollten die Herren, wie Figuren zeigt, nichts wissen. Bemerkenswerter noch, daß die Gasseiler der in Betracht kommenden Verbände, trotz ihrer Unwesenheit nicht zugelassen wurden. Die Arbeitseinstellung erfolgte deshalb so einmütig. Insgesamt legten am ersten Tage 950 bis 1000 Maurer die Arbeit nieder. 140 Kollegen waren an der Arbeitsniederlegung nicht beteiligt, da sie zu Beginn des Streiks bereits zu neuen Bedingungen arbeiteten. In Betracht kommen die Kollegen am Neubau des Thalia-Theaters der Firma Bosman & Maurer, die nach 14 tägigem Kampfe unsere Forderung anerkannt hatte; außerdem kommt eine größere Anzahl Kollegen am Konjunkturlohn in Betracht, wo unsere Forderungen ohne Kampf anerkannt wurden. 300 Kollegen arbeiten zu neuen Bedingungen.

Gau Dortmund. Die Lohnbewegung der Fliesenleger kann als abgeschlossen betrachtet werden, denn auch die Sperren über die nichtorganisierten Unternehmer Schöffler-Bochum und Lohde-Duisburg sind aufgehoben, nachdem beide den Vertrag schriftlich anerkannt haben.

Auch die in Nr. 26 erwähnte Sperre über Gebr. May in Görde ist nach einigen Tagen zu unseren Gunsten beendet. Ebenso ist auch die Lohnbewegung in Sattigen durch Verhandlungen vor dem Einigungsamt am 4. d. M. beendet. Der dort abgeschlossene Vertrag erstreckt sich über folgende Orte: Gattigen, Rinden, Dahlenhausen, Niederwengen, Dumberg, Altenhof a. d. R., Niederbondsfehl, Oberbondsfehl, Nierenhof, Rangenberg, Sietel, Mankelstein, Fersche, Sprockhövel, Brodenfels, Elfringhausen, Wils, Boad, Welsch, Holtshausen, Gommershof und Stiller. Die Arbeitszeit beträgt zehn Stunden. Der Stundenlohn beträgt von 1907 an 52 $\frac{1}{2}$, vom 1. April 1907 an 53 $\frac{1}{2}$ und vom 1. Juli 1907 an 54 $\frac{1}{2}$. Im übrigen gelten auch hier, mit Ausnahme der Lohnzahlung, die wie bisher auf Samstag belassen wurde, die Bestimmungen des allgemeinen Vertrages.

Gau Braunschweig. In Nr. 26 unseres Fachblattes melbten wir, daß die Braunschweiger Lohnbewegung, trotzdem der Arbeitgeberverband nicht das geringste entgegenkommen zeigte, vorläufig ihren Abschluß gefunden habe, weil in der entbehrlichen öffentlichen Maurerversammlung die statutarisch festgesetzte Dreiviertel-Mehrheit für den Streik nicht ganz erzielt wurde. Nach diesem Beschluß schloß dem Arbeitgeberverband der Kampf mehr als je, und man versuchte Zwistigkeiten mit unserer Organisation herbeizuführen. Folgender kleine Punkt bot den Schriftmachern des Arbeitgeberverbandes Gelegenheit, den Kampf heraufzubeschwören. Die Baufirma Wente legte den bei ihr beschäftigten Maurern und Bauarbeitern 2 $\frac{1}{2}$ pro Stunde zu. Darob Mutanfälle bei den Schriftmachern. Eine Unternehmerversammlung beschloß, obige Firma habe den Lohn wieder zu reduzieren. Es dürfte niemand den Stundenlohn über 50 $\frac{1}{2}$ erhöhen, man solle lieber noch weniger zahlen. Herr Wente sagte sich diesem Beschluß und teilte den Kollegen, die bei ihm arbeiteten, mit, daß der Stundenlohn um 2 $\frac{1}{2}$ wieder reduziert würde. Darüber entstand selbstverständlich eine große Erregung bei allen Kollegen. Eine gulebte Zweigvereinsversammlung, die sich am Dienstag, den 3. Juli, mit der Angelegenheit befaßte, beschloß, die Firma Wente zu sperren. Jetzt war man darauf gefaßt, daß nun umgehend eine Aussperrung sämtlicher Bauarbeiter erfolgen würde. Aber weit gefehlt. Der Arbeitgeberverband ließ durch seinen Vorsitzenden unserem Zweigvereinsvorstand mitteilen, daß, wenn Montag, den 9. Juli, die Arbeit bei dem ausgesperrten Unternehmer nicht wieder aufgenommen sei, andere Maßnahmen ergriffen würden. Eine gulebte öffentliche Maurerversammlung beschloß sich Freitag, den 3. Juli, mit dieser Antwort der Unternehmer. Allgemein wurde von den Rednern hervorgehoben, daß der Arbeitgeberverband nur Zeit gewinnen wolle, um zunächst noch die drängendsten Arbeiten fertigstellen zu lassen. Es wurde daher beschlossen, über alle „Brennpunkte“ die Sperre zu verhängen. Dies ist geschehen. Es kommen hierbei rund 280 Kollegen in Betracht.

In Göttingen, wo der Braunschweiger Arbeitgeberverband die Aussperrung angeordnet hatte, vernahmen es die Unternehmer noch nicht mit ihrer Ehre zu vereinbaren, daß sie nachgeben, trotzdem die zum Schlichter Arbeitgeberverbande gehörenden Unternehmer aus Göttingen und Albersdorf nicht mehr mitmachen und die Aussperrten wieder einstellen. Die Situation ist für uns günstig, die Arbeit drängt immer mehr und von den Aussperrten sind nur noch soviel am Orte, damit der Streik ordnungsmäßig geleitet werden kann.

Die Unternehmer in Peine lassen auch noch nichts von sich hören. Sie glauben noch immer, die Streikenden kommen

intelligenter wieder. Jedoch haben sie diesmal die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Da die Arbeit drängt und die Kollegen den Ort verlassen, ist zu hoffen, daß die Unternehmer sich bald in Verhandlungen mit uns einlassen werden.

Im Rohngebiel Kreichen. Greene betrug der Stundenlohn für Maurer 27 1/2. Die Kollegen traten nun in letzter Zeit wiederholt mit einer Lohnforderung an die Unternehmer heran. Die Forderungen kamen jedoch bald zu der Ueberzeugung, daß ohne Organisation auf Erfolg nicht gerechnet werden könne. Eine Maurervereinigung, die am Sonntag, den 1. Juli, in Greene stattfand, beschloß sich mit den hiesigen traurigen Lohnverhältnissen. Zunächst beschloß man aber, nach einigen Ausführungen des Kollegen Obermeier-Braunschweig, sich zu organisieren. Rund 60 Kollegen schlossen sich dem Verbände an. Jetzt geht's auch hier vorwärts.

Gau Hannover. Der seit dem 17. Mai, also 7 1/2 Wochen, dauernde Kampf in Detmold ist beendet und ist am 9. Juli die Arbeit wieder aufgenommen. Der Lohn erhöhte sich mit Wiedereingabe der Arbeit von 88 auf 41 1/2 und steigt am 1. April 1907 auf 44 1/2 und am 1. Juli 1907 auf 46 1/2. Weiter wird auch nach Vereinbarungen über Arbeitszeit, Lohnzahlungen, Kündigung, Neubauen usw. getroffen worden. Alle diese Erfolge nennt der „Völsfelder Generalanzeiger“ eine Niederlage für die Arbeiter. Infolge Detmolder Kollegen glauben aber, daß sie sich mit einem solchen Erfolg nicht zu schämen brauchen. Hoffentlich ist der Ausgang des Kampfes die Grundlage für eine gesunde Organisation, nicht allein für Detmold, sondern auch für das übrige Fürstentum, denn bisher stand der Lipper Maurer gerade nicht im besten Ansehen. Mögen sie also in puncto Organisation zeigen, was sie zu leisten vermögen.

In Gildesheim ist ein Wutausbruch der Unternehmer zu verzeichnen. Nachdem man lange genug die bekannten dünnen Schmarfahler (von der Unmöglichkeit, die Forderungen zu bewilligen, dem „Terrorismus“ der Streikenden natürlich usw.) geritten, greift man jetzt zu einem der allernachsten Mittel, indem man die Streikleitung gegen ihre Kollegen ausspielt. Wir lassen die lieblichste Stelle aus dem ellenlangen, an den Bistaffäulen platzierten, in den Zeitungen annoncierten Unternehmererguß hier folgen:

„Ist Ihr noch nicht, daß die Streikleitung und das ganze Streikkomitee sich ein den hiesigen Tagelohnsatz weit übersteigendes Tagelohn zahlen läßt oder gegenständig aus der Kasse, in die Eure Gewinne fließen? Daß diesem Diktatorium der Streik nicht lange genug dauern kann, liegt auf der Hand!

Schlagt es nicht aller guten Sitten, aller Brüderlichkeit und Nächstenliebe ins Gesicht, daß dasselbe Komitee Euch bei Ausbruch des Streiks nach allen Möglichkeiten der Bindose auseinander schickt, daß es Familienväter von ihrer Familie riß und abschoß in solche Gegenden, wo sie den dortigen Berufsgegnossen Konkurrenz machen müssen? Ist Ihr noch nicht, daß das Streikkomitee nur eine Angst hat, die Angst nämlich, es könnten die aus Euren Gewinnen gefüllten Kassen durch die Unterstüßungen für Euch wieder leer werden?

Gibt Ihr es noch nicht bitter genug erfahren, daß das Streikkomitee Euch neben den spärlichen Meißergelosen noch die Warnung mit auf den Weg gibt: wenn Ihr wieder zu Eurer Familie zurückkehrt, wenn Ihr Euch nicht fremde Arbeit sucht, so geht Ihr Eurer Ansprüche an die Kasse verlustig. So erhaltet Ihr nichts! Und am Sonntag erklärte der Arbeitersekretär, nachdem der Streik schon acht Wochen dauert, die Kassen wären voll?

Fremde Arbeit müßt Ihr Euch suchen, während Ihr hier Euch um Arbeit nicht zu sorgen braucht, während Ihr hier sogar während des Winters ohne nennenswerte Unterbrechung arbeiten könnt. Unsere Lohnführer beweisen die Behauptung.

Ein Euch, an die verständigen Arbeitnehmer, welchen geordnete Verhältnisse und das Wohl ihrer Familie am Herzen liegen, wenden wir uns mit dieser letzten Aufforderung, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Sollte unsere Aufforderung abermals fruchtlos sein, so sehen wir uns zu unserem Bedauern gezwungen, fremdländische Arbeiter, welche uns zu Hunderten angeboten sind, heranzuziehen.

Die Folgen eines solchen Schrittes haben diejenigen zu tragen, welche uns dazu anwachen.“

Soweit die Herren Unternehmer. Wir entgegnen darauf:

1. Die Behauptungen, wodurch die Streikleitung verächtlich wird, an dem Streik zu „verlieren“, Tagelöhner zu bezahlen, die höher sind als der hiesige Tagelohnsatz usw. usw., sind nämlich unwahr und werden ein gerichtliches Nachspiel haben. Es wird den Herren Bauunternehmern vor Gericht Gelegenheit gegeben werden, ihre Behauptungen zu beweisen — was sie aber nicht können werden, weil sie eben das Gegenteil der Wahrheit behauptet haben.

2. Daß die Lohnkommission keine Reute hinter sich habe, ist eine faule Ausrede, womit die Herren Unternehmer ihren rücksichtslosen, jeder Verhandlung abgeneigten Machtpunkt maskieren. Es mag ja gelegentliche Reute geben, die sich die Mitglieder zu den Gildesheimer Fleischhaken anmaßen; aber das ist nicht die Lohnkommission, die aber auf jeden Fall in der Lage sein, im Falle einer Einigung die nötige Zahl Maurer usw. zu stellen.

3. Der Schreckschlag mit den Hunderten von Ausländern, die das Gildesheimer Bauunternehmertum viel lieber heranzieht, als daß sie der „nationalen Arbeit“ die gerechteste und bestbezahlte Forderung bewilligt, dieser Schreckschlag ist lächerlich und macht auf die Streikenden soviel Eindruck, wie der Straßenalldreißt eines sechsjährigen Jungen. Wer die „nationale Arbeit“ um einige Pfennige mehr auf Straßenpflaster wirft, wer nach eigenem Eingeständnis lieber Tausende verliert, als sich mit „seinen“ Arbeitern gütlich auseinanderzusetzen, der darf wirklich nicht verlangen, daß man ihm glaubt, nur aus garter Rücksichtnahme habe er bisher von dem Import arbeitswilligen fremden Fleisches Abstand genommen.

Der übige Inhalt der bauunternehmerlichen Erklärung ist zum Teil 999mal abgetane Sachen zum tausendsten Male auf, andererseits ist beispielweise der

Wahrheit zuwider von Prozessierungen Streikender die Rede — die Wahrheit ist, daß nicht gegen Streikende, sondern gegen Arbeitswillige, die sich auf den verstärkten Schutz etwas zu viel zu gute getan haben, Prozesse anhängig gemacht wurden —, weiter wird natürlich der „Volkszorn“, weil er die Arbeiterinteressen vertrete, mit den ergebnislosen Schmähungen geziert. Ob die Arbeiter das brüderliche „Du“ und „Euch“, das die Unternehmer in der Erklärung ihnen gegenüber beilegte, zurückgeben werden, hängt wohl von dem künftigen Verhalten ab, das bis jetzt wenig Brüderlichkeit zeigt. Es ist auch böse, daß dieselben Bauunternehmer-Brüder gelegentlich eines mit den Herren Politikern in vergangener Woche abgehaltenen Konventikels diesen auf das bringendste anheim gegeben, das „Ihr“ und „Euch“, das kollegialische „Du“ den „gewöhnlichen“ Arbeitern gegenüber in Zukunft zu unterlassen. Die Arbeiter können auf das „Du“ beider „Brüder“, des Politikers wie des Unternehmers, aber auch sehr gut verzichten! Um jedoch abermals den Beweis zu erbringen, daß die Arbeiter den Frieden wollen, haben die Lohnkommissionen der Streikenden in einer am Mittwoch abgehaltenen Sitzung beschloßen, die Unternehmer zu einer Verhandlung einzuladen, oder das Gewerbegericht als solches um seine Vermittlung zu ersuchen.

Der Streik in Osterode a. Harz ist am 7. Juli beendet worden. Die Gesellen bekommen von jetzt an pro Stunde 88 1/2 bis zum 1. April 1907, von da an gibt es einen Stundenlohn von 88 1/2. Es ist ein schöner Sieg, den wir errungen haben. Der Unternehmer Ritzhof will die mit dem Arbeitsgeheimnis getroffenen Vereinbarungen für sich nicht anerkennen; sein Geschäft bleibt gelber.

In Mendenburg sind die Vergleichsvorschläge des Bürgermeisters Stahn von den Unternehmern abgelehnt. Dahingegen waren sie bereit, sofort 42 1/2, vom 1. April 1907 44 1/2 und vom 1. April 1908 bis 31. März 1909 45 1/2 zu zahlen. Diese Vorschläge sind dann am Sonntag wieder seitens unserer Kollegen gegen zwei Stimmen abgelehnt. Die Zimmerer und Bauarbeiter haben die ihnen gemachten Vorschläge ebenfalls abgelehnt.

Gau Bremen. In Soltau haben unsere Kollegen 2 1/2 Lohnzuschlag pro Stunde von den Unternehmern freiwillig erhalten. Die Mehrzahl der Maurer steht dem Verbände noch fern, das ist um so wunderbarer, da es Kollegen sind, die früher alle gereist sind. Alle Anstrengungen des Gewerbestandes waren bisher erfolglos. Nur wenn keine Arbeit dort vorhanden ist und sie gezwungen sind, in Bremen zu arbeiten, dann müssen sie hinein in die Organisation.

In Gandersee (Zweigeverein Delmenhorst) haben die Kollegen einen guten Erfolg zu verzeichnen. Für den ganzen Bezirk mit neun Orten ist der Stundenlohn von 40 auf 45 1/2 erhöht, sowie auch die Arbeitszeit von 10 1/2 auf 10 1/2 Stunden reduziert. Gleichfalls ist auch in sämtlichen Orten das Logiswesen bei den Unternehmern abgekauft sowie der Lohn für Ueberstunden um 10 1/2 pro Stunde erhöht.

In Ahim ist es gleichfalls am Freitag Abend zu einem Vertragsabschlusse gekommen; damit ist die Lohnbewegung in diesem Logisgebiet beendet.

In Syle (Zweigeverein Bremen) haben die Kollegen einen Vertrag mit den Unternehmern abgeschlossen, der ihnen stoffweise eine Lohnhöhung von 85 auf 42 1/2 bringt. Gleichfalls ist auch hier die Arbeitszeit von 10 1/2 auf 10 Stunden herabgesetzt.

Gau Hamburg. In Bugte hude fand am 1. Juli eine Mitgliederversammlung statt, in der auch ein Mitglied des Gewerbestandes anwesend war. Die Versammlung beschloß sich mit der gestellten Lohnforderung und der Antwort der Unternehmer. Nach dem Bericht der Lohnkommission haben die Unternehmer die Forderung, den Stundenlohn von 40 1/2 auf 45 1/2 zu erhöhen, abgelehnt. Die Versammlung beschloß auf Vorschlag des Kollegen Meinenburg aus Hamburg, daß die Lohnkommission noch einmal mit den Unternehmern persönlich Rücksprache nehmen solle. Sollte die Forderung aber hartnäckig, wie bisher, einen ablehnenden Standpunkt einnehmen, dann soll durch Arbeits Einstellung der Forderung Nachdruck verliehen werden.

In Uelzen ist es der Direktion der Zuckerfabrik gelungen, einige Streikbrecher von auswärts heranzuziehen. Die Arbeiter an der Zuckerfabrik drängen, weil sie zu Beginn der Rübenkampagne fertig sein müssen. Die Unternehmer konnten trotz aller Anstrengung keine Reute als Ersatz für die ausgestellten Maurer bekommen und so hat sich der Direktor der Zuckerfabrik selber auf die Soden gemacht. Es ist ihm auch in Gemeinschaft mit einem früheren Kollegen von uns, der jetzt als Submeister beschäftigt ist, gelungen, aus Orlowen fünf Mann und aus Karolowen zwei Mann nach Uelzen zu schleppen, um hier als Ersatz für die streikenden Arbeiter zu fungieren. Im übrigen liegen sämtliche Arbeiten noch still, daher ist Polen noch lange nicht verloren.

Die Kollegen in Ludwigslust, die kürzlich eine Lohnforderung bei den Unternehmern einreichten und eine Erhöhung des Stundenlohnes von 5 1/2 pro Stunde forderten, haben sich mit den Unternehmern geeinigt. Die Mitglieder der Innung zahlen vom 1. Juli an statt 85 1/2 nunmehr 87 1/2 pro Stunde, die außerhalb der Innung stehenden Unternehmer zahlen 88 1/2.

In Cuxhaven hat sich die Situation seit dem letzten Bericht sehr wenig geändert. Zwei Unternehmer, die der Innung nicht angehören, haben die Forderung bewilligt. Bei diesen beiden Unternehmern arbeiten neun Kollegen. Von Bremer haben aus Ust hier eine kleine Ueberladung zu tell geworden, indem ein Stukturengelisse von dort mit drei Lehrlingen seinen Einzug gehalten hat, um hier die von den Streikenden begonnene Fassadenarbeit fertigzustellen. Die Unternehmer vernommen, damit, daß noch mehrere Stukturen kommen würden, in hier Streikarbeit zu verrichten. Wahrscheinlich wird dies aber nur ein frommer Wunsch der Unternehmer bleiben. Es denkt von den Streikenden niemand am Ernst daran, daß eine größere Zahl Stukturen aufzutreiben ist, um hier als Ersatz für die geringe Zahl in Arbeit, trotz der von den Unternehmern her ausgehenden schwarzen Listen. Wie überall, so sind auch hier in Cuxhaven die Unternehmer in der frechen Weise bemüht, die Streikenden nach jeder Richtung zu schädigen. Man begnügt sich nicht damit, in dem Begleiterscheit an der schwarzen Liste alles mögliche zusammen zu fügen, von der bekannten Machfrage der Arbeiter zu schwärzen, die Behauptung aufzustellen, die Maurer streifen ohne jeden Grund, nur aus Vergnügen — ohne natürlich hierbei zu bemerken, daß die Unternehmer jeden

Versuch zur gütlichen Vereinbarung scharf abgewiesen haben und daß die überlieferten Briefe, die die Wünsche der Arbeiter enthielten, mißachtend an die Arbeiter zurückgeschickt wurden, nein, die Herren versuchen auch überall, wo die Streikenden Arbeit gefunden haben, deren Entlassung zu bewirken, und gebrauchen hierbei die verwerflichsten Mittel. Viel Glück haben sie bei diesem schamlosen Geschäft nur allerdings noch nicht gehabt. Die Unternehmer in der Umgegend von Cuxhaven wünschen sogar, daß der Streik recht lange dauern möge, damit die Streikenden ihnen die in reichem Maße übernommenen Arbeiten fertigstellen. In der schwarzen Liste stehen Leute, die schon vor Ausbruch des Streiks bei keinem Unternehmer von Cuxhaven in Arbeit standen, trotzdem versuchen die Unternehmer diese Leute überall brotlos zu machen und keine Behörde hindert sie daran. Die paar Fachvereiner, die hier noch immer begehen, spielen eine recht eigentümliche Rolle, indem sie mit den Unternehmern gemeinsam die Streikenden bekämpfen. Es ist nur eine Handvoll Leute, aber doch glauben sie, sich uns mit Erfolg in den Weg stellen zu können. Die Zukunft wird lehren, daß wir über diese sonderbaren „Kollegen“ hinweg unser Ziel erreichen werden.

Der Streik in Melbork ist beendet. Alle Maurer, die am Streik beteiligt waren, stehen arbeitslos in Arbeit. Ueber die Unternehmer, die den erforderlichen Stundenlohn von 45 1/2 nicht bezahlten, ist die Sperre verhängt. Die hierin betroffenen Unternehmer versuchen es nun mit einem Dankschreiben, den sie über jeden Verhängen, der nicht mit ihnen durch die Hand geht. Die Dankschreiben lauten:

P. P. Melbork, im Juni 1906.

Nach Beschluß der hier bestehenden selbständigen Bauhandwerker sind in Anbetracht des Maurerstreiks weder Waren, Einrichtungen wie Arbeiten von solchen Lieferanten zu beziehen oder auszuführen, die hiesige streikende Maurergesellen beschäftigen. Im allgemeinen Interesse und damit sich diese unangenehmen Sachen nicht jährlich wiederholen, richten wir die Bitte an unsere hiesigen Geschäftsfreunde, uns dadurch zu unterstützen, daß sie sich unserem Beschluß anschließen.

Die selbständigen Zimmerer, Maurer, Maler, Tischler, Klempner und Dachdecker Melborks.

Wer die Ursachen des Streiks kennt und weiß, daß die Unternehmer in recht unglücklicher Weise den Arbeitsmarkt verschlechtern wollten, wird in der obigen Aufforderung eine ganz besondere Unterform der Unternehmer sehen.

In Vergeborf haben am 30. Juni Verhandlungen zwischen der Innung „Bauteile“ zu Vergeborf, dem Arbeitgeberverband von Vergeborf-Gande und den Vorständen der Maurer, Bauarbeiter und Zimmerer in Vergeborf stattgefunden. Es wurde ein neuer Lohn- und Arbeitszeit vereinbart. Nach diesem neuen Tarif wird bei der Arbeitszeit von täglich neun Stunden (bisher 8 1/2 Stunden) für Maurer und Zimmerer ein Stundenlohn von 70 1/2 bezahlt (bisher 65 1/2); Zungegeben im ersten Jahre nach beendeter Bezeit erhalten pro Stunde 50 1/2. Bauarbeiter erhalten beim Bau, Steine- und Konkretearbeiten 65 1/2 pro Stunde (bisher 60 1/2); für alle übrigen Arbeiten erhalten die Hilfsarbeiter 45 1/2 (bisher 42 1/2). Ferner sind noch Lohnsätze für Nacht-, Sonntag-, Ueberstunden, Mann- und Walfahrt vorgesehn, sowie Bestimmungen über die Auflösung des Arbeitsverhältnisses.

In Hamburg ist unser Kollege durch den Streik der Bauarbeiter stark in Mitleidenhaft gezogen. Die bisher partiell geführte Lohnbewegung der Bauarbeiter hat nun einen allgemeinen Charakter angenommen, so daß jetzt in steigendem Maße mit umfangreichen Entlassungen von Maurern zu rechnen ist. Wir fordern daher die Kollegen auf, der Forderung des Zuganges nach Hamburg größere Beachtung zu schenken, als es bisher gewesen ist. Bis zur Erzielung der Lohnbewegung der Bauarbeiter darf kein Maurer nach Hamburg kommen.

Aus der Schweiz.

In Zürich tagte am 30. Juni im „Belobrom“ eine Maurer- und Sanblangerversammlung, die von circa 8000 Mann besucht war. Der Zweck der Versammlung war, darüber zu beraten, ob man sich mit dem Kraftausbruch der Unternehmer: „Auf keinen Fall gibt es eine Reduzierung der Arbeitszeit unter zehn Stunden“ zufrieden geben oder den Unternehmern in diesem Jahre noch einmal zum Tanz ausspielen wolle. Die Anwesenden beschloßen fast einstimmig das letztere. Sie wählten eine Lohnkommission, die am Mittwoch, den 3. Juli, mit den Unternehmern verhandelte. Die Hauptforderung der Arbeiter war der neunfünfundzwanzig und 70 Centimes Minimallohn für Maurer. Diese Forderung ist für Zürich sehr geringfügig, denn wie die Lohnkommission kennt, der wagh. das Wohnungsmiete und Lebensmittelpreise in keinem anderen Orte so riesig hoch sind, als gerade in Zürich. Auch die Unternehmervertreter konnten sich dem nicht verschließen, trotzdem war das einzige, was die Herren zur Antwort gaben: „Es wird nichts bewilligt.“

Die Vertreter der Arbeiter gingen mit ihrer Forderung soweit zurück, daß schließlich für dieses Jahr die neunfünfundzwanzig Arbeitszeit beibehalten, für nächstes Jahr die neunfünfundzwanzig, stündige und für 1908 die neunfünfundzwanzig eingeführt werden sollte, jedoch alles unsonst. Auf eine Anfrage, wann endlich von Seiten der Unternehmer eine Verkürzung der Arbeitszeit auf dem Wege der Verhandlungen bewilligt würde, gaben sie zur Antwort, daß sie gutwillig nichts gewähren. Auch die Frage, ob eventuell dann, wenn die Unternehmer noch einmal in ihrer Versammlung die Frage diskutierten, Mühsal auf einen gütlichen Ausgleich sei, beantwortete der Vorsitzende der Lohnkommission mit einem kühlen Nein! Also nichts, nur das Verlangen der bedingungslosen Unterwerfung unter den Willen der Unternehmer war das Resultat der Verhandlungen. Für den Abend war eine Versammlung im „Belobrom“ eingeplant. Schon lange vor ihrem Beginn war der große Saal überfüllt, und die Schätzung ist nicht zu hoch gegriffen, wenn man annimmt, daß circa 4500 Menschen aufgenommener und murend den Bericht der Lohnkommission entgegenzunehmen. Eingehend wurde den Anwesenden dann erklärt, wie vorsichtig sie mit ihren Beschüssen sein müssen, denn kaum 500 der in Zürich tätigen Maurer- und Sanblanger seien organisiert, Geldmittel zur Unterstützung der Streikenden fehlen vollständig. Wenn der Streik beschloßen würde, müßte jeder einzelne große Opfer bringen, vor allem Dingen müßten sämtliche Streikenden Zürich verlassen, ohne Reisegeld und ohne Unterstützung zu bekommen. Weiter wurde

der für tariflich erklärten Mitglieder nicht legitimiert ist. Gemäß einer sehr sonderbaren Begründung. Wenn die Schlichtungskommissionenmitglieder in der Sitzung am 21. Juni, wo die „Verurteilung“ erfolgte, legitimiert waren, mußten sie doch auch wohl zur Einlegung der Berufung gegen dieses „Urteil“ — wenigstens nach Ansicht jedes Unbefangenen — legitimiert sein. In der Sitzung am 28. Juni handelte es sich hauptsächlich darum, festzustellen, ob bei der Firma Schmalfeld & Below im Afford gearbeitet wird und ob nicht doch die Arbeitseinstellung der „Christlichen“ wegen erfolgt sei. Bei der Entscheidung über die erste Frage erzielten sich die Arbeitervertreter der Abstimmung, weil nicht festgestellt werden konnte, ob die Firma nicht die Arbeiten an den Reger Frick als sogenannten „Subunternehmer“ vergeben hatte, was für die Arbeiter ebenfalls nur Affordarbeit bedeutet. Der Reger Frick, welcher zur Sitzung geladen war, war nicht erschienen. Auf seine frühere Aussage hin war die Vergütung der Sperte erfolgt. Zur Erleuchtung der zweiten Frage waren die Mitglieder der Vereinigung, die bei Schmalfeld & Below die Arbeit eingestellt hatten, geladen und teilweise auch erschienen. Durch die Ausführungen der geladenen Arbeiter, wovon einige fünf und viele Jahre bei der Firma gearbeitet haben, wurde erwieken, daß Mitglieder bei der Arbeitseinstellung ausdrücklich festgestellt. Ein scharfer Vorwand zur Sperte wurde hierdurch der „Germania“ und gesinnungsverschiedenen Blättern genommen. — Die Versammlung erklärte sich mit dem Verhalten der Schlichtungskommissionenmitglieder einverstanden. Dann beriet die Versammlung noch, wie dem sich jetzt breitmachenden Subunternehmer, wovon nur Affordarbeiter steden, am besten entgegengetroffen werden könne. Eine Kommission, bestehend aus Mitgliedern der beteiligten Organisationsverbände, wurde beauftragt, der demnächst stattfindenden Versammlung bestimmte Vor schläge zu unterbreiten. Ruffisch forderte noch auf, alle Vor kommenisse dem Bureau, Dragonerstraße 15, Amt III 5028, zu melden. Dann wurde noch beschlossen, über die Firma Schmalz & Lehmann, Birkenstraße, i. B., „Subunternehmer“ Welter, die Sperte zu verhängen.

Die Section der Reger hielt am 4. Juli cr. ihre Mitgliederversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde eine Angelegenheit erledigt, die erfreulicherweise innerhalb der Organisation selten vorkommt, hier aber um so mehr zu bedauern ist, da es sich um ein altes und langjähriges Mitglied handelt. Kollege Fritz Wölke, ein fähiger Mann in der Obmannschaft am 10. Mai cr., in der er sich über Anschuldigungen gegen den Vorstandsmitgliedern, durch die Ausführungen des Kollegen Rehmisch be liegt, obgleich von sämtlichen Anwesenden niemand eine Beledigung aus den Ausführungen herausgehört hat. Anstatt sich nun innerhalb der Organisation sein Recht zu suchen, ging Wölke zum Recht, und Rehmisch mußte, um weitere Unannehmlichkeiten zu vermeiden, da auch religiöse Sachen zur Sprache gekommen waren, Wölke eine Ehrenentlassung im „Vorwärts“ geben. Die heutige Versammlung sprach ihre schärfste Entschiedenheit gegen Wölke aus und erteilte ihm, gegen eine Stimme, für sein Verhalten eine ernsthafte Abge. Es wurde dann folgendes Resultat der Vorkontrollen vom 28. Mai cr. bekannt gegeben: Kontrolliert wurden 376 Bauten; auf diesen arbeiteten 8744 Arbeiter, davon 1771 außen und 1973 innen. Organisiert waren davon: In der Section der Reger 2847 Kollegen, in auswärtigen Zweigvereinen 773, im Unter stützungsbereich (Hornlos) 251, im „Freien Vereinigungsbereich“ (Mauern) 120, im christlichen Verband 76, im Sozialdemokratischen 24, nicht organisiert (also wild) 165 Kollegen. Im Tagelohn arbeiteten Arbeiter wurden 20 angestellt; leider ist nicht festgestellt worden, welchen Lohn sie erhalten. Von den 376 Bauten wird die Arbeit auf 301, ohne auf 19 mit dem Träger im Afford ausgeführt, auf 13 Bauten arbeiten entweder die Innenputzer mit und die Außenputzer ohne Träger im Afford oder umgekehrt. In den meisten Fällen trifft das erstere zu. Auf 43 Kontrollzetteln fehlt die Angabe. Es ist aber durch Vergleich mit der Vertragsliste festgestellt, daß sie ohne Träger im Afford arbeiten. Die Frage, ob eine vorchriftsmäßige Baue vorhanden ist, wurde 282 mal mit ja, 50 mal mit nein und in 3 Fällen geteilt beantwortet, während auf 71 Kontrollzetteln die Angabe fehlt. Die Frage, ob die Mauerwerk vorchriftsmäßig abgedeckt war, wurde auf 208 Fragebogen mit ja, auf 12 mit nein beantwortet; auf 156 folgte jede Angabe; diese Zahl erklärt sich wohl daraus, daß auf vielen Bauten nur ein Arbeiter arbeitete. Die Frage, ob ein Verbandskasten mit Inhalt auf dem Bau anwesend war, wurde 216 mal mit ja und 66 mal mit nein beantwortet; auf 94 Kontrollzetteln fehlte die Angabe. Die Befragung über die vorchriftsmäßige Konjunktur hat sich in den letzten sechs Wochen als richtig erwiesen, da bis jetzt noch sämtliche Kollegen in Arbeit waren, was in nächster Zukunft wohl nicht zu erwarten ist. Von einzelnen Bauern wurde zwar hervorgehoben, daß noch immer sehr viel Mithandeln bestünde. Dieses läßt sich zwar nicht weg legen, aber es ist doch schon eine Besserung zu verzeichnen; denn die Zahl der Kollegen, die augensichtlich in unserem Beruf beschäftigt sind, ist gegen ein paar Jahre vorher gestiegen. Die Mithandeln sind aber prozentual bedeutend ge ringer geworden. Arbeitersekretär Adolf Ritter befragte dann die gewerkschaftlichen Kämpfe der Gegenwart. Er berichtete dabei die Taktik der Arbeitgeberverbände und die Taktik, die die Arbeiter jetzt und in Zukunft einzuschlagen haben werden. Im besondern betraf die Rede die gegenwärtigen Ausperrungen der Bildhauer, Buchbinder und Glaser. Nachdem noch von den Buchbinder Genossen für die Glaser und den Gang der Ausperrung der Buchbinder gesprochen wurde, drückte die Ver sammlung den Wunsch aus, die volle Sympathie aus. Um den Genossen den ferneren Kampf zu erleichtern, beschloß die Versammlung: den Bildhauern und Buchbindern je 1000 durch die Gewerkschaftskommission zu überweisen, ferner im Bedarfsfalle der Gewerkschaftskommission 10.000 zur Ver fügung zu stellen. Es wurde dann der Beschluß der Obmann schaft vom 14. Juni, wonach Gustav Albrecht aus dem Verband ausgeschlossen ist, einstimmig angenommen. Albrecht hatte einem Demolier Unternehmen unorganisierte Arbeiter zur Streik brecherarbeit vermittelt. Er hat also in der schärfsten Weise unsere Organisation verraten.

Bruck i. M. München. Der hiesige Zweigverein kann bereits auf sehr schöne Erfolge zurückblicken. Nachdem die Lohnbewegung durch einen vierstägigen Streik, der mit einem vollen Erfolge endete, zum Abschluß gebracht war, wollten

auch unsere Kollegen in der Baufirma Olching einen Tarifvertrag haben. Unsere Lohnkommission arbeitete einen solchen aus und schickte ihn mit einem entsprechenden Be gleitschreiben an die Unternehmer ab. Nach Ablauf der Bedenkzeit erschien ein Unternehmer in einer von uns ab gehaltenen Versammlung und erklärte, er werde den Tarif unterzeichnen, doch müsse er erst seine Konkurrenten unterzeichnen. Die Lohnkommission wurde nun bei dem anderen Unter nehmer (Wiedermeier) vorstellend, um Unterhandlungen an zu bahnen, doch die Versuche scheiterten an der Halsstarrigkeit dieses Unternehmers. Auch der Gauborfsche konnte den Unternehmer nicht bewegen, den Tarif zu unterzeichnen. Wiederholte Unterhandlungsversuche wurden von diesem Unternehmer mit einer Ausperrung beantwortet. Doch schon am anderen Tage, als ihn seine Auftraggeber drängten und mit der Arbeitslosigkeit drohten, besann er sich eines Besseren und suchte bei uns um Unterhandlungen nach, die nach feststehender Dauer mit der vollen An er kennung des eingereichten Tarifes endigten. Es wurden erreicht 48 1/2 Stundenlohn (früher durchschnittlich 38 1/2). Aufschlage für Lebenslöhne, Nacht-, Sonntags-, Wasser-, Feuerungs- und Ueberlandarbeit. An Samstagen ist um 5 Uhr Arbeitslohn ohne Lohnabzug. Auch der 1. Mai wurde freigegeben. Der zweite Unternehmer unterzeichnete unseren Tarif nun auslandlos. Wir mußten nun auch bei dem dritten zur Zeit in Olching Arbeit ausführenden Bau meister (Niedel von Landsberg) vorstellend werden, um auch ihn zur Anerkennung des für Olching festgesetzten Tarifes zu bewegen. Nach vierstündigen Unterhandlungen fand auch er sich nach langem Strauben hierzu bereit. Es ist nun die Pflicht der dortigen Kollegen, die Organisation nach innen wie nach außen gehörig auszubauen, um das Erreichte auch hochhalten zu können. Mögen sie auch durch fleißige Agitation dafür sorgen, daß auch die noch wenigen un be zogenen Kollegen der Organisation zugeführt werden zum Wohle der modernen Arbeiterbewegung.

Düsseldorf. Sonntag, den 8. Juli, hielt der hiesige Zweigverein seine Generalversammlung ab. Erreicht wurde können wir konstatieren, daß wir auch in diesem Quartal einen Fortschritt zu verzeichnen haben. Die Mitgliederzahl stieg auf 1078. Für die Hauptkassette wurde eine Einnahme von M. 4935,55 erzielt. Die Kassa hatte eine Einnahme von M. 8935,47 und eine Ausgabe von M. 2112,50. Dieses Quartal brachte innerhalb unseres Zweigvereins eine ganze Reihe von Lohnbewegungen. Zunächst war es unsere Aufgabe, in der Stadt die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu regeln. Im Monat März reichten wir auf Veranlassung des Arbeitgeberverbandes bereits unsere Forderungen: 60 1/2 Stundenlohn und 9 1/2 Stundenlohn für Maurer, 62 1/2 Stundenlohn für Einrichter und 65 1/2 Stundenlohn für Zementierer, ein. Das erste Angebot des Arbeitgeberverbandes war derartig gehalten (siehe oben 55 1/2 Stundenlohn für Maurer, 60 1/2 für einen gelehrten Zimmermann als Einrichter und 55 1/2 für einen gelehrten Zementierer), daß es schien, als wenn es in diesem Jahre zu einem heißen Kampfe kommen würde. Nachdem die Unternehmer durch starke Versammlungen und einer heftigen Agitation auf ihr höhn volles Angebot die richtige Antwort erhalten hatten, be sahen sich die Herren, die bis dahin die Organisation ignoriert und nur mit dem Gesellenausfluß unterhandelt hatten, eines Besseren und machten ein anderes Angebot. Nach langwierigen Unterhandlungen, die sich besonders wegen der ominösen Bestimmungen über Ueberstunden und Nacharbeit in die Länge zogen (die Unternehmer wollten für freiwillige Ueberstunden keinen Zuschlag zahlen), gelang es schließlich, einen Vertrag mit dem Arbeitgeberverband abzuschließen, wonach der Stundenlohn für Maurer bis zum 1. April 1907 67 1/2 beträgt und vom 1. April 1907 bis 31. März 1908 60 1/2; für Zementierer und Einrichter beträgt der Stundenlohn bis zum 1. April 1907 60 1/2 und vom 1. April 1907 bis 31. März 1908 62 1/2; ferner wurde die Arbeitszeit auf 9 1/2 Stunden festgelegt. Die Bezahlung für die Lebenslöhne, Nacht- und Sonntagsarbeit wurde ebenfalls nach sehr heftiger Debatte in zufriedenstellender Weise geregelt; der Vertrag wurde nach heftiger Debatte schließlich gegen eine starke Minorität von den Kollegen an genommen. Mehrere Sperren werden jedoch noch nötig sein, um dem Vertrage in allen Geschäften, besonders im Zementgewerbe, Geltung zu verschaffen, da hier wirklich anarische Zustände bestehen. Es werden Löhne von 50 bis 60 1/2 pro Stunde bezahlt. In Rath wurde der Lohn durch Vertrag von 52 1/2 auf 55 1/2 pro Stunde erhöht. — Nach öftentlichem Verdruss gelang es endlich, durch eine nachhaltige Agitation in diesem Jahre in Ne uß die Kollegen zu organisieren. Die Arbeit in diesem Orte war vollständig von Erfolg gekrönt. Im Monat Mai reichten wir eine Forderung auf 52 1/2 Stundenlohn und die zehnständige Arbeitszeit ein. Die Unternehmer, die be züglich ihres sonst so geüblichen Murrens nicht erwartet hatten, erklärten sich, nachdem einer wegen Mithandlung gesperrt war, zu Unterhandlungen bereit, und es gelang hier, durch einen Arbeitsvertrag die Lohn- und Arbeitsbedingungen er heblich zu verbessern. Der Lohn schwankte bis dahin zwischen 40 und 48 1/2 pro Stunde und betrug im Durchschnitt 44 1/2, die Arbeitszeit war elfstündig. Laut Vertrag beträgt der Stundenlohn vom 1. Juli 45 1/2, vom 1. August 50 1/2 und vom 1. März 1907 bis 1. März 1908 55 1/2 pro Stunde. Die Arbeitszeit wurde auf 10 Stunden festgelegt. Gleichfalls wurde die Lebenslöhne, Nacht- und Sonntagsarbeit durch Vertrag geregelt. Mit diesem Erfolg, der die Erhöhung des Stundenlohnes von 11 1/2 in einem Jahre bringt, und den wir ohne unsere „christlichen Brüder“ errungen haben, können wir voll auf zufrieden sein. Städt. der Vertrag doch gewaltig von den Beträgern ab, den unsere „christlichen Brüder“, ohne uns zu fragen, in M. Gladbach, Witten und Aachen abgeschlossen haben. — In Ratingen haben wir mit den Christlichen gemeinsam eine Forderung auf 52 1/2 Stundenlohn und zehnständige Arbeitszeit eingereicht. Bisher beträgt der Lohn 40–45 1/2 pro Stunde und die Arbeitszeit 10 bis 11 Stunden. — Außer diesen Bewegungen wurden noch drei Sperren geführt, wovon zwei mit vollem und eine mit teil weisem Erfolg endete. Unsere Aufgabe wird es sein, die Organisation nach innen und außen zu stärken, daß sie zu jeder Zeit den Stärken, die da kommen werden, gewachsen ist. Juristische Kollegen ersuchen wir, bevor sie Arbeit annehmen, sich nach den bestehenden Sperren im Bureau zu erkundigen.

Elfrich. Mit der Abschaffung der Afford- und Aufsch arbeit nach Feterabend und des Sonntags beschäftigte sich eine am 7. d. Mts. hier tagende Mitgliederversammlung. In einer

sehr lebhaften Debatte gingen die Meinungen der Kollegen zum Teil recht weit auseinander. Einige Kollegen wollten wohl die Affordarbeit abschaffen, meinten aber, daß das selbständige Aus führen von Arbeiten an Sonn- und Feiertagen und nach Feterabend nicht verboten werden dürfe, da man mit dem hier geübten Stundenlohn nicht auskomme und eine Familie nicht ernähren könne. Andere Kollegen dagegen meinten, wenn man auch die sogenannte Aufscharbeit abschaffe, habe man eher die Berechtigung, von den Unternehmern die Erhöhung des Stundenlohnes fordern zu können. Wieder andere Kollegen waren der Ansicht, daß ein Verbot der Afford- und Aufscharbeit nicht durchzuführen sei. Würde ein derartiger Beschluß gefaßt, so würden die Kollegen auseinanderlaufen und die Organisation würde zerstört sein. — Die Ausführungen wurden jedoch entgegengesetzt, daß gerade der gegenwärtige Zustand Punkt und Uebersicht unter den Kollegen hervorruft. Die Versammlung beschloß schließlich, die Afford- und Aufscharbeit aus der Welt zu schaffen, sogenannte Aufscharbeit auszuführen, weder Afford noch sogenannte Aufscharbeit auszuführen. Wer dies dennoch tut, hat sich die Folgen selber zuzurechnen. Zum Schluß der Versammlung legten die beiden Vorstände ihr Amt nieder. Die Kollegen werden deshalb ersucht, die nächste Versammlung recht zahlreich zu besuchen, damit wir wieder eine tüchtige Leitung bekommen.

Gau Ernst. An den letzten drei Sonntagen haben auf den Walddörfern Unterweissbach, Mankenbach, Girsdorf sowie in Königsee Besprechungen mit den dort wohnhaften Kollegen betreffs Anschlusses an die Organisation stattgefunden. Der Erfolg war, daß die Mitgliederzahl auf 50 stieg. Diese Zahl muß jedoch ver doppelt, ja verdreifacht werden, ehe an eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gedacht werden kann. Löhne von 28 bis 32 1/2 und die elfstündige Arbeitszeit bei Wegen von ein bis zwei Stunden sind vorzuschreiben. An den Kollegen wird es liegen, daß bald alle Maurer für die Organisation gewonnen sind. Deshalb rufen wir heute den bis jetzt organisierten Kollegen von Unter- und Ober weissbach, Mankenbach, Girsdorf, Wellenbach, Kreuzbach sowie Königsee und um gegeben zu: agitiert kräftig, damit es möglich wird, auch in dieser Ecke vorwärts zu kommen!

Mittelsch. Im vorigen Jahre beschloß eine Mitglieder versammlung des hiesigen Zweigvereins, vom 1. Juli an pro Mitglied und Monat einen Sozialzuschlagbeitrag von 10 1/2 zu erheben. In diesem Jahre sträubten sich nun mehrere Kollegen, diesen Beitrag zu zahlen, indem sie behaupteten, der Beschluß habe nur für das vergangene Jahr Gültigkeit gehabt. Die Zweigvereinsleitung hatte sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt und beschlossen, bei der Zweigvereinsversammlung zu beantragen, daß der Sozialzuschlag auch ferner erhoben werde, und zwar in der Weise, daß vom 1. Juli d. J. an Einzelstellen auf 35 1/2 zur Ausgabe gelangen, während der im vorigen Jahre beschlossene Sozialzuschlag von 10 1/2 pro Monat und Mitglied bis zum 30. Juni d. J. zu zahlen ist. Mit diesem Antrage hatte sich eine Zweigvereinsversammlung, die am 1. Juli in Riegelshausen tagte, zu beschäftigen. Nach längerer Diskussion wurde im Sinne des Vorstandsantrages beschlossen.

München. Freitag, 29. Juni, tagte in den „Zentral sallen“ eine außerordentliche Mitgliederversammlung, um über die Anstellung einer Hilfskraft endgültig Beschluß zu fassen. Es hatten sich 14 Kollegen um diesen Posten be worben. Aus der Wahl ging Kollege Rich. Kefager mit ge ringer Stimmenmehrheit hervor. Leider hatten die meisten Kollegen das Interesse für diese Angelegenheit verloren, denn es wurden im ganzen nur 885 Stimmen abgegeben. — Kollege Schäfer berichtete hierauf, daß die Firma Heilmann & Wittmann drei Fassadenputzer entlassen hat, weil sie sich nicht durch Unterschrift verpflichteten, für 67 1/2 Stundenlohn zu arbeiten. Gegen derartige Maßnahmen müsse energig Stellung genommen werden. Darauf wurde die Wiederaufnahme von drei Kollegen (Lutz, Simbald und Schöpperl) in den Verband beschlossen und der Antrag eines Kollegen, den ausgesperrten Mitgliedern des Ge selzenverbandes aus der Kassa 100 1/2 zu bewilligen, gegen eine Stimme angenommen. Am 24. Uhr wurde die Ver sammlung geschlossen. Die Kollegen wünschen werden er sucht, mehr Interesse für so wichtige Verbandsangelegen heiten zu zeigen und die Versammlungen besser zu be suchen.

Oberhausen. Hier hier nördlich, jetzt oder heft, wird einfach an die Luft gesetzt! Bekanntlich ist der Oberste der Unternehmern von der zentral und christlich organisierten Maurer- und Bauführerarbeiterschaft eine Lohnforderung zu gegangen. Als die festgesetzte Zeit abgelaufen war und sich verschiedene Unternehmer noch nicht geäußert hatten, wurden die beiden Vertrauensmänner der Organisationen bei den einzelnen Unternehmern zwecks Unterhandlung vorstellend. Ueber der Tür des Bureaus des Unternehmers Kleinbrodoff lagen die beiden verhandlungsunfähigen herrlichen Bauführer eines unwürdigen Unternehmers. Dort wurde den Vertretern der Organisationen mitgeteilt, sie hätten sich Mittags in der Privatwohnung des Herrn einzufinden. Dies geschah auch. Kurz darauf fand sich auch der Unternehmer mit sehr liebens würdiger Mente ein. Diese hielt auch so lange vor, bis der eine der Vertrauensmänner mit seiner Vorstellung aus das Wort „Organisation“ erwähnte. Der Umhang in der Kasse des Herrn war fürchterlich. Nachdem er einen Entschuldigungsanfall überwinden hatte, drückte er nur das eine Wort: „Na, raus!“ Die beiden erklärten ihn in zügigem Tone, daß sie seinen Wunsch sofort nachkämen. Als er endlich die Sprache etwas mehr wieder erlangt hatte, läte er sich im Schimpfen, so daß er nach seinem Bauführer sich selbst an die frische Luft hätte befördern müssen. Doch er fand zufällig einen Hilfs absetzer. Als die beiden Vertreter die Tür erreicht hatten, einer schon außerhalb derselben war, schloß dieser Gemütskrank den Unternehmer die Tür mit aller Kraft zu, so daß er dem zwischen der Tür stehenden christlichen Vertrauensmann die Beine stemmte, so daß dieser Autobiographien und Belegungen am Arme davontrug. Der christliche Kollege wurde unter allen Umständen Mitleid gegen diesen Unternehmerröhrer antretend, um dessen Willen einen Dämpfer aufzusetzen. Wir sehen hier, daß die Organisation nicht allein erfolgreich auf ihre Mit glieder wirken muß, sondern daß sie auch berufen ist, den Unternehmern Einstand beizubringen. Gehörten sämtliche Arbeiter dieser Firma dem Verband an, wäre es leicht, dem Manne den übergeschappten Gerrenbüchel auszureißen. Notwendig

wird es sein, daß die Kollegen mehr als bisher sich um ihre Organisation kümmern, damit auch in Mersfeld andere Zustände geschaffen werden.

Regensburg. Am 24. Juni tagte im Saale des „Thomasstellers“ eine Versammlung der streikenden Maurer, in der Kollege Döllinger, Vorsitzender vom hiesigen Zweigverein des Verbandes der Maurer, über die wirtschaftlichen Verhältnisse innerhalb unseres Berufes und über das soziale Verhältnis der Unternehmer referierte. Der Referent führte in seinem sehr trefflichen Vortrage aus, wie tieftraurig die Lage der hiesigen Maurer ist und zeigte, daß, trotzdem die Unternehmer sagen, wir hätten anständige Löhne und es sei kein Grund vorhanden, höhere Löhne zu verlangen, uns müßte sogar, wenn wir nicht so viel kaufen täten, etwas übrig bleiben; aber da wir nicht wirtschaften könnten, so stellten wir an die Unternehmer solche unerschöpfliche Forderungen, damit wir noch mehr kaufen könnten, diese Behauptungen der Unternehmer bei den hiesigen Maurern nicht zutreffen, werde jedem recht denkenden Menschen einleuchten müssen, wenn er in die Verhältnisse der Maurer hineinschaue, unter denen sie zu kämpfen haben, als da sind: die lange Arbeitslosigkeit im Winter, die schlechte Ernährung, die verschiedenen Krankheiten ihrer Frauen und Kinder und obenreißt die Befürchtung, daß sie bei der Arbeit beständig bedroht werden. Und bei all diesem kümmern sich die Unternehmer gar nicht um das Wohlergehen ihrer Arbeiter, sondern sie trachten sogar danach, uns die Organisationen zu zerstören, um uns noch das letzte Hilfsmittel zu rauben. Das beweisen uns am besten die vielen Ausperrungen, die die Unternehmer inszenieren, und auch unser Streik, den die Unternehmer ebenfalls zu einer Machtpose gekuppelt haben. Aber alldem dürfen wir nicht gleichgültig gegenüberstehen, sondern mehr als bisher mühen wir uns zusammenzuschließen und den Unternehmern Trost bieten; denn wenn wir jetzt von der Organisation abfallen und den Streik brechen würden, wie die fünf ehemaligen Kollegen, die da abgefallen sind, weil ihnen die Unterstützung zu niedrig war, so würden uns die Unternehmer nicht mehr respektieren, sondern sie würden uns verachten, und uns würde die Möglichkeit genommen, wieder an sie mit einer Lohnforderung heranzutreten. Die Unternehmer würden uns noch mehr ausbeuten, als dies bisher der Fall war. Deswegen möge sich kein Kollege dazu verleiten lassen, weder durch Zureden seiner Frau, noch durch Drohung der Unternehmer mit Maßregelung, an die Arbeit zurückzukehren und den Profit der Unternehmer noch mehr zu mehren. Denn wie tollschallig groß der Profit der Unternehmer sein muß, zeigt uns das Ergebnis der Subvention zur Erbauung von zehn Wohnhäusern hier in Regensburg für die Bauhelferschaft des Eisenbahnarbeiterverbandes, zu der laut Unterscheidung nur Generalunternehmer zugelassen wurden, und zu der auch der Verband der Zimmern und Gewerbetreibenden der Oberpfalz als Generalunternehmer ein Angebot eingereicht hat. Die Angebote lauten wie folgt: Firma Gartmann & Kaufmann-Regensburg A 271 003,11, Firma Hingger-Regensburg A 274 270,62, Firma Denst-Straubing A 281 859,84, Firma Wildanger-Regensburg A 284 012,14, Verband der Zimmern und Gewerbetreibenden der Oberpfalz und Regensburg A 289 661,62, Firma Schröder & Franz-Regensburg A 293 102,79, Firma Moll-München A 368 693,48. Also zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Angebot besteht eine Differenz von A 97 035,37. Demnach hat die Regensburger Firma Gartmann & Kaufmann die Arbeiten erhalten. Die Summe, welche sie weniger erhält als die anderen Unternehmer verlangen, will sie aus den Knochen der Arbeiter herauszschinden, indem sie die geringe Forderung der Maurer nicht bewilligt. Ferner gebe ich der Referent sehr scharf das Verhalten der hiesigen modern organisierten Eulkauteure und der Polizei, die jetzt eine solche lästige Rolle spielen, indem sie Streikbrechern verrichten, die die Maurer liegen lassen. Aber auch diese schönen Taten dürfen keinen von den Streikenden veranlassen, an die Arbeit zurückzukehren, sondern jeder von uns müsse soviel Energie besitzen, im Kampfe auszuharren, um sich niemals brauchen nachsagen zu lassen, daß er jemals Streikbrecher gewesen ist. Es sei vielmehr Pflicht eines jeden Arbeiters, danach zu trachten, daß er das Joch der Lohnsklaverei abschüttelt, um mehr Zeit für sich zur Ausbildung durch Lesen und zur besseren Erziehung seiner Kinder zu gewinnen. Wenn wir alle von diesen Gedanken durchdrungen seien, so würden wir auch den Unternehmern zeigen, daß sie nicht allein Herren im Hause sind. Hierauf schloß der Referent seinen Vortrag, der mit großem Beifall aufgenommen wurde. In der Diskussion ermahnte der Kollege Mayda die Kollegen, soviel wie möglich das Streikgebiet zu verlassen.

Meyerdt. (Zwei christliche Gauerstüde.) Am 15. Juni wurde hier von uns in Verbindung mit dem christlichen Verband über die Baufirma Fischer die Sperre verhängt. Grund: Maßregelung eines christlichen Bauhelfers. Wir hatten im Laufe der Woche circa 15 Neuaufnahmen zu verzeichnen. Die Sache stand Samstag, den 23. Juni, gut. Da erklärte der Lokalbeamte des christlichen Verbandes seinen gläubigen Schafen: „Der Zentralverband ist in Meyerdt pleite, die Genossen nehmen die Arbeit wieder auf, also ist für uns kein Grund vorhanden, für diese rote Notte die Kassen aus dem Feuer zu holen.“ Montag, den 25. Juni, nahmen die Christlichen die Arbeit auf dem Bau in Meyerdt wieder auf, hier nicht, weil sie sahen, daß sie belogen worden waren. Dann hatten wir einen Tarif mit der Firma Herrmann hierher auf 48 3 resp. 88 3 abgeschlossen. Was ist dieser Lokalbeamte? Er geht zu Herrmann, bietet daselbst einen von ihm ausgearbeiteten Tarif an, dessen Hauptpunkte folgende sind: Lohn 46 3 resp. 80 3 für Handlanger. Wer Schnaps trinkt während der Arbeitszeit, wird entlassen. Wer blau macht, wird entlassen. Wer Vorstoß haben will, wird entlassen. Nun sagte Herrmann zu uns, wenn wir auf Grund des christlichen Tarifs arbeiten wollten, wäre es ihm recht, wenn nicht, dann würde er nur christliche Maurer beschäftigen. Daraufhin verhängten wir die Sperre über Herrmanns Bauten. Die Sache steht gut. Sämtliche bisher beschäftigten Maurer A. d. bei uns organisiert, und die christlichen Kollegen stehen auf unserer Seite; sie schämen sich ihres Beamten. Dieser faulere, christliche, seinen Nächsten wie sich selbst liebende Mensch heißt Klingel.

Am 2. Juli hatten wir mit der Firma Fischer vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts Xanten. Der Unternehmer hatte sämtliche Arbeiter auf Schadenersatz verklagt. Er verlangte die bescheidene Summe von A 25 000. Schallens des Gelächers durchbrach den Saal. Einer unserer Kollegen sagte zu diesem spöttischen Herrn Fischer, er wolle die Arbeit nicht nur unsere Knochen, sondern auch noch, wenn wir weg wären, Unterstützung resp. Almosen. Nun haben wir den Spieß umgedreht und haben diesen Unterstützungs-Fischer wegen Schadenersatz verklagt.

Waldenburg. Am 29. Juni tagte unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung, die gut besucht war. Zunächst gab der Vorsitzende Kollege Brüdgen einen kleinen Bericht über die Zahl der Unorganisierten; wie aus dem Bericht hervorgeht, ist die Zahl der Unorganisierten noch ziemlich groß. Hierüber wurde beschlossen, eine Kommission zu wählen, die die Situation zu betreiben hat. Hiermit wurde der Vorstand beauftragt. Sodann erstattete Kollege Biele Bericht von der hiesigen Aufnahme. Unternehmer waren 33 vorhanden; diese hatten zusammen 61 Neubauten, 25 Durchbauten und einen Reparaturbau auszuführen. Bei diesem Unternehmer sind beschäftigt 285 Maurer und 60 Lehrlinge. An Lohn erhielten 1 Maurer 60 3, 4 55 3, 19 52 3, 26 51 3, 1 42 3, 2 40 3, 288 50 3. Hierauf gab Kollege Biele den Bericht vom Gewerbegerichtsamt. Es wurden noch einige Fragen an die Kartellbevollmächtigten gestellt, die von dem Kollegen Biele beantwortet wurden. Der vorgedruckte Zeit wegen mußten die anderen Punkte zurückgestellt werden.

Waldenburg. Mittwoch, den 4. Juli, tagte hier eine gut besuchte Mitglieder-Versammlung. Kollege Müller aus Breslau sprach über das Thema: „Was lernen uns die diesjährigen Lohnkämpfe?“ Er wies auf die große Zahl der diesjährigen Lohnkämpfe hin, von denen besonders im Gau Breslau eine große Anzahl zu unseren Gunsten durchgeführt worden sind. Weiter ermahnte die Kollegen, fest zur Organisation zu stehen, und dafür zu sorgen, daß die uns noch fernstehenden Maurer dem Verbande beigefügt werden. Dann wurde es uns möglich sein, den Kampf, der uns 1905 bevorsteht und den uns die Meister schon prophezeit haben, siegreich durchzuführen. Danach gab Kollege Fürle die Mitteilung für das zweite Quartal bekannt, wonach sich der Markenumsatz gegen das gleiche Quartal im Vorjahre bedeutend gehoben hat. Es wurden über 200 Einheitsmarken und 7246 Vertragsmarken in diesem Quartale verkauft. An Stelle des Kollegen Domiat wurde Kollege Franz Seibel zum Kolporteur von Ober-Altvoß und Neu-Waldenburg gewählt. Kollege Fürle gab noch bekannt, daß jeden Dienstag bei Döhl in Waldenburg und jeden Donnerstag in Altmasser im „Stern“ Beitzabend abgehalten wird, und daß diejenigen Kollegen, die einen Verbandsfalter für das Jahr 1907 wünschen, ihn bald bestellen möchten. Mit einem Hoch auf unser Verbandsorgan, das die Auflage von 200 000 überschritten hat, schloß Kollege Fürle die Versammlung.

In Groß-Münheim, Randsberg am See und Schönwalde haben Versammlungen stattgefunden, wobei Vorträge gehalten wurden; wichtige Beschlüsse wurden nicht gefaßt, so daß sich eine Veröffentlichung der eingeleiteten Verträge erübrigt.

Einigungsamt für das Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten.

Auszug aus dem Protokoll der Sitzung vom 23. Juni 1906 zu Essen a. d. Ruhr.

Anwesend sind: Beigeordneter Dr. Wiebelsfeld als Vorsitzender sowie 8 Unternehmer und 5 Gewerkschaftler der am Vertrage beteiligten Verbände. Nach der Verhandlung begibt sich: Zu Punkt 1. Der nach § 6 des abgeschlossenen Arbeitsvertrages vom 31. August 1905 den Arbeitern an den zwischen den Lohnperioden liegenden Freitagen in Höhe von 80 p. St. zu zahlende Abschlag ist für sechs Arbeitstage — d. i. für die Arbeitstage vom Donnerstag einer Woche bis einschl. Mittwoch der folgenden Woche — zu gewähren.

Zu Punkt 2. Die Auskünfte des Vorsitzenden der Schlichtungskommission Serne vom 4. Mai 1906, wonach im Lohngebiet Serne von sämtlichen Unternehmern der festgesetzte Lohn gezahlt wird, wurde zur Kenntnis mitgeteilt. Die Angelegenheit wird als erledigt betrachtet.

Zu Punkt 3. Der Antrag, den Schlichtungskommissionen Protokolle der Sitzungen zu überlassen, wird abgelehnt mit Rücksicht darauf, daß die Protokolle über die Sitzungen des Einigungsamtes in den Beifolgschriften der am Vertrag beteiligten Organisationen regelmäßig veröffentlicht werden. Die Zuführung der Protokolle an sämtliche Mitglieder der Schlichtungskommissionen würde außerdem eine nicht unerhebliche Arbeitslast zu dem sich ständig steigernden Schriftwechsel des Einigungsamtes mit sich bringen.

Zu Punkt 4. Betrifft eine Beschwerde des Obmanns der Schlichtungskommission der Maurer in Essen gegen den Vorsitzenden dieser Kommission. Herr Kahl erklärt vor Eintritt in die Verhandlung, daß der Beschwerdeführer seine angebrachte Beschwerde als erledigt betrachtet. Herr Fritz gibt über die fragliche Angelegenheit eingehende Auskunft, wonach keine schuldhaftige Verzögerung stattgefunden hat. Die Angelegenheit wird als erledigt betrachtet.

Zu Punkt 5. Betrifft Beschwerde des Obmanns gegen den Vorsitzenden der Schlichtungskommission Stolpenberg. Die Beschwerde wird zurückgewiesen an die Schlichtungskommission Stolpenberg. Der beschwerdeführende Arbeiter (Anrufer seines Obmannes) wie der Vorsitzende der Schlichtungskommission (Anrufer seiner eigenen Sitzung wegen einer auf unrichtigem Wege angebrachten Beschwerde ohne Vernehmen mit dem Obmann) haben gegen die Bestimmungen der Geschäftsordnung der Schlichtungskommission verstoßen.

Zu Punkt 7. Von der Mitteilung des Vorsitzenden der Schlichtungskommission Linna, wonach in der Sitzung der Schlichtungskommission am 18. Mai 1906 eine einstündige Kündigungsfrist für das Lohngebiet Linna beschlossen ist, wurde Kenntnis gegeben. Herr Kahl erklärte, in derselben Sitzung dieser Kommission sei die normale Arbeitszeit vom 18. März 1907 auf 10½ und vom 18. März 1908 auf 10 Stunden festgesetzt worden. Das Einigungsamt hat gegen diese Änderung keine Bedenken.

Zu Punkt 8. Betrifft Antrag des Obmanns der Schlichtungskommission Xanten, die Löhne der Bauhandwerker in Xanten mit denen der für Sagen und Südenfeld

festgesetzten gleichzustellen. Der Antrag soll zunächst der Schlichtungskommission Xanten zur Beschlußfassung überwiesen und mit diesem Beschlusse dem Einigungsamt zur endgültigen Entscheidung wieder vorgelegt werden.

Zu Punkt 9. Die Bestimmungen des Arbeitsvertrages vom 31. August 1905 sind im § 4 Abs. 1 dahin zu verstehen, daß jeder beim Bau beschäftigte Arbeiter den Lohn als Bauhelfer erhalten muß, falls er nicht beim Eintritt in das Arbeitsverhältnis ausdrücklich als Ausschlagsarbeiter z. m. mit niedrigerem Lohnsatz angenommen worden ist.

Zu Punkt 10. Herr Hufemann (Unternehmer) überreichte das Sitzungsprotokoll der Schlichtungskommission Linna vom 22. Juni 1906; danach soll der Stundenlohn für Maurer und Zimmerer in Wrambauer vom 1. Juli 1906 an 49 3, vom 1. April 1907 an 51 3 und vom 1. Juni 1907 an 52 3 betragen.

Die Walthorper Unternehmer und Arbeiter erkennen den Arbeitsvertrag vom 31. August 1905 an und eruchen um Aufnahme in das Vertragsgebiet. Der Stundenlohn soll dort 52 3 bei einer zehnstündigen Arbeitszeit betragen. Das Einigungsamt beschloß, diesen Vereinbarungen beizutreten und Walthorpe aufzunehmen. Von der Bildung einer besonderen Schlichtungskommission für Walthorpe soll abgesehen, Walthorpe vielmehr der Schlichtungskommission Linna überwiesen werden.

Zu Punkt 11. Betrifft Befolgung des abgeschlossenen Vertrages, auf Baustellen, wo bei einem organisierten Unternehmer nur unorganisierte oder unorganisierte und organisierte Arbeiter, oder bei einem unorganisierten Unternehmer nur organisierte oder organisierte und unorganisierte Arbeiter beschäftigt sind. Nach längerer Erörterung wurde auf Antrag des Herrn Fritz dieser Punkt nochmals vertagt, um einen möglichst einstimmigen Beschluß des Einigungsamtes zu erzielen. Es soll in vierzehn Tagen eine neue Sitzung des Einigungsamtes stattfinden zur endgültigen Entscheidung.

Zu Punkt 12. Betrifft Berufung gegen die von der Schlichtungskommission Neßlinghausen getroffene Entscheidung in Sachen Kupka gegen Hieslein. Das Einigungsamt beschloß, die Berufung des Beklagten gegen die Entscheidung der Schlichtungskommission Neßlinghausen vom 4. Mai 1906 zu betreiben.

Zu Punkt 16. Die zwischen den einzelnen Ortsgruppen des Arbeitgeberverbandes und denen der Arbeiterorganisationen abgeschlossenen Verträge für Rheine, Neufkirchen, Altmünche, Vorchdorf, Wörten i. W., Gemen, Ramsdorf, Welen, Wefede, Seiden, Rassel, Galttern Stadt und Galttern Amt werden bestätigt und die neuen Bezirke in das Vertragsgebiet aufgenommen mit folgenden Lohnsätzen und Arbeitszeiten:

Lohngebiet	Der Stundenlohn beträgt			Die Arbeitszeit dauert in Stunden
	1	2	3	
Stadt Rheine, Neufkirchen, Altmünche	42 b. 15. 6. 1906	43 b. 1. 9. 1906	46 b. 1. 4. 1907	10 b. 3. 0. 1907
Vorchdorf	42 b. 15. 6. 1906	43 b. 1. 4. 1907	44 b. 1. 8. 1907	10 b. 15. 6. 1908
Stadt Wörten i. W., Gemen, Ramsdorf, Welen, Wefede, Seiden und Rassel	40 b. 1. 4. 1906	42 b. 1. 6. 8. 1907	44 b. 1. 10. 1907	10 b. 16. 8. 1907
Stadt und Amt Galttern	44 b. 1. 7. 1906	46 b. 1. 4. 1907	47 b. 1. 8. 1907	10 b. 1. 7. 1908

Zu Punkt 17. Betrifft Lohnverhältnisse der Bauhelfer in Wattenfeld. Die Herren Franke, Gersch, Werner und Hrens sollen zunächst am Montag, den 25. Juni 1906, feststellen, welcher Lohn den Bauhelferarbeitern in Wattenfeld vor Ausbruch des Streiks im Jahre 1905 im Durchschnitt gezahlt worden ist. Nach dem Ausfall dieser Feststellung soll entweder der Lohn in der durch den Vertrag festgesetzten Höhe beibehalten oder entsprechend den Friedensbedingungen erhöht werden. Der Schlichtungskommission Wattenfeld soll das Material von der gewählten Kommission direkt zur Beschlußfassung überwiesen werden. Die Schlichtungskommission soll hierüber bis Mittwoch Abend Beschluß fassen.

Zu Punkt 18. Betrifft Anfrage des Obmanns der Schlichtungskommission Xanten, betreffend die Lohnverhältnisse in Xanten. Die Anfrage wird der Schlichtungskommission Xanten überwiesen mit dem Vermerken, daß das Einigungsamt die Aufnahme des genannten Ortes in den Vertragsbezirk Xanten für angezeigt erachtet.

Centralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einheit.)

In der Woche vom 1. bis 7. Juli sind folgende Beträge eingegangen: Von der dritten Verwaltung in Bremen A. 600, Hildorf 500, Neu-Huppen 800, Bernau i. d. Mark 800, Rauen 250, Melschenbach 250, Wiesfeld 800, Wittenburg i. d. Mark 200, Stieglitz 200, Bergeborf 160, Stodelsdorf 150, Wittenwalde 150, Bredow in der Mark 150, Ragsburg 150, 75, Götlin 150, Reglin i. d. Mark 140, Wiesbaden 130, Döhlen 125, Krennstadt 100, Neubietendorf 100, Geseke 90, Schwarzwald 80, 87, Münster, Oberlahnstein 78, 21, Wregenheim 74, 45, Göttingen 72, 85, Wörlin i. Lauenburg 70, Biersfeld 60, Wittenberge 58, 75, Eilenburg 86, 25, Priester 21, 65, Summa A. 4938, 28.

Zufüsse erhielten: Belsch A. 250, Wagsburg 150, Groß-Wodern 150, Dulsburg 60, Ober-Schönweide 45, Summa A. 655.

Aktiona, den 7. Juli 1906.

Karl Reif, Kassapflichter, Wilhelmstr. 57.

Dom Bau.

Anfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc.

Borghorst i. B. Sonnabend, den 20. Juni, führte der Arbeiter-Tragmann von hier am Bau des Unternehmens Rud. Embdtennerstraße, von einem 8 in hohen Gerüst ab in den Keller. Unterwegs schlug er mit dem Kopf auf die Widerlager des Kellergewölbes, so daß ihm die halbe Kopfhaut abgetrennt und der Schädel bloßgelegt wurde. Glücklicherweise nicht genug, wäre er auch beinahe noch dem Tode des Ertrinkens geweiht gewesen. Wenn seine Kollegen ihn nicht gerettet hätten, wäre er in den jetzt 60 cm hoch mit Grundwasser angefüllten Keller gefallen und dort ertrunken. Nachdem dem Verunglückten ein Notverband angelegt worden war, wurde er in seine Wohnung geschafft. In diesem Bau herrschen traurige Zustände; die Gerüste spalten aller Beschreibung, im Zuge selbst kann man vom Keller bis zum Dach frei hinaufsteigen; Abdeckung: Regierbild. Und dies alles wird in Borghorst von der bürgerlichen Polizei nicht gesehen. Es ist aber auch nicht zu verwundern, denn der Unternehmer ist Vorsitzender des Ortsverbandes B. des Rheinisch-westfälischen Arbeitgeberbundes, und der am Bau beschäftigte Arbeiter ist Vorsitzender des christlichen Bauarbeiterverbandes. Kollegen von Borghorst, tut Eure Pflicht, daß diese Verhältnisse abgeändert werden.

Wormberg. Am 20. Juni führte der Kollege Gustav Kollmann beim Mithrasbau am Neubau in der Hauptstraße in den Keller und schlug dabei auf einen eisernen Träger auf. Er erlitt einen Bruch des rechten Oberarmes und fand Aufnahme im Krankenhaus, wo er am 23. Juni an Herzschwäche starb.

Essen. Am 27. Juni verunglückte am Oekonomiengebäude in H. Weiler-Katholikheim beim Unternehmer Schöneberg der Hilfsarbeiter Wilh. Zimmermann aus Kreuzberg dadurch, daß das Gerüst brach und er aus einer Höhe von circa 3/4 m herunterfiel. Außer anderen Verletzungen zog er sich eine schwere Kopfverletzung zu. Herr Schöneberg, 1. Vertrauensmann der Berufs-gesellschaft, scheint aber deren Vorschriften nicht einzuhalten; denn wäre die Baustelle an dem betreffenden Bau abgedeckt gewesen, so hätte der Unfall nicht eine derartige schwere Verletzung nach sich ziehen können. Herr Schöneberg ist auch derjenige, welcher bei dem H. Weiler Streik als Oberhauptsmacher galt und dadurch seine Kollegen zu bestimmten Versuchen, den Forderungen unserer Kollegen kein Gehör zu schenken.

Hamburg. 3. Juli. Heute Nachmittag zwischen 8 und 8 Uhr waren auf einem Leitergerüst an der Giebelwand des aus Schieferterre und drei Etagen bestehenden Hauses Osterstraße 22 drei Malergesellen beschäftigt, als plötzlich das Gerüst wackelte und samt den drei Malern in die Tiefe stürzte. Ein Mann erlitt einen schweren Schädelbruch und wurde in sehr bedenklichem Zustande ins Krankenhaus gebracht, die anderen beiden kamen glücklicherweise mit leichten Verletzungen davon. Das Gerüst war von der Leitergerüstgesellschaft der Malerinnung nach dem System Ahrens aufgestellt worden. Wie man uns mitteilt, ist der Zusammenbruch des Gerüsts dadurch herbeigeführt worden, daß die Verankerung fehlte und die nur mit ganz dünnen Eisen (nicht Stahl-) Drahtseilen am Hause vorgenommen Befestigung des Gerüsts völlig ungenügend war. — Anschließend hieran mag die für unsere moderne Sozialreform bezeichnende Tatsache erwähnt werden, daß in Hamburg keine Behörde für die Beaufsichtigung und Prüfung von Malergerüsten zuständig sein will.

Schritz. Donnerstag, den 28. Juni, verunglückte der Kollege Clemens Koper beim Richten des Fabrikhauses der Firma May & Co. dadurch, daß ein Balken in einer Länge von 8 m beim Aufziehen an der Winde in einer Höhe von circa 14 m durchrutschte und den Kollegen am Kopf und Rücken stark verletzete. Der Verletzte wurde ins städtische Krankenhaus überführt.

Über die Geschäftsfrage im Baugewerbe schreibt die Zeitschrift „Der Arbeiter“ in Nr. 19:

Unter allen wichtigsten Gewerben ist das Baugewerbe gegenüberwärtig das einzige, das immerhin das allgemeine Aufschwung eine gewisse Mäßigkeit zeigt. Wohl gibt es auch im Baugewerbe eine ganze Reihe Orte, in denen jeder, blickt sogar sehr lebhaft gebaut wird, im Gegensatz zu den meisten anderen Gewerbezweigen aber, die durchweg eine Besserung gegenüber den Vorjahren erkennen lassen, ist die Bauwirtschaft bisher noch immer geringer als 1905 und teilweise sogar als 1904. Das ist doch Anfang Juni noch eine Menge größerer Orte, in denen die Bauwirtschaft als mit zu bezeichnen war. Auch aus der Preisbewegung der Baumaterialien ist auf eine geringere Nachfrage zu schließen. Mit ganz wenigen Ausnahmen stehen nämlich die Preise der wichtigsten Baumaterialien gegenüber den Jahren der Vorjahre. Besonders erheblich ist der Preisrückgang bei Klinkern, Sandstrichsteinen zu Mauersteinen, Malchinesteinen, Kerksteinen und endlich bei Kalksandsteinen. Pro 1000 Stück wurden in der ersten Hälfte des Juni in Berlin gezahlt:

	1905.	1906
Klinker	35 bis 38	33 bis 36
Mauerwerk Sandstrichsteine	40 „ 48	38 „ 42
„ Malchinesteine	48 „ 55	46 „ 50
Schamottesteine	100 „ 180	100 „ 180
Weiße Kerksteine, Mauersteine	50 „ 75	50 „ 70
Berliner Kalksandsteine	27	24

Auf eine allzu lebhaft Nachfrage läßt diese flauere Tendenz keineswegs schließen. Ein weiterer unangünstiger Moment ist die Trägheit, die im Geschäft mit Bauholz in letzter Zeit Platz gegriffen hat. Im Osten-Rheinland sind sogar einige große Baumfabriken nicht mehr voll beschäftigt, da nur wenige Bestellungen in Auftrag genommen werden; auch im Wuppertal sammeln sich größere Vorräte an, da die Bauwirtschaft geringer ist als im Vorjahre. In der Zementindustrie leiden die Werke in einigen Gegenden ebenfalls etwas unter der geringen Nachfrage. Der Beschäftigungsgrad ist zwar noch wie vor lebhaft, da die Werke noch viele Aufträge auszuführen haben; jedoch gehen neue Bestellungen vom Baugewerbe nur in kleinem Um-

fang ein. Merkwürdigerweise kommt die geringere Bauwirtschaft in der Arbeitslosenstatistik des Zimmererverbandes nicht zum Ausdruck, nach der im Mai 1906 die Arbeitslosigkeit niedriger war als in irgend einem Mai seit 1902.

Von Städten, in denen die Bauwirtschaft zu wünschen übrig läßt, sind besonders Braunschweig, München, Köln, Gießen, Frankfurt a. M. und Mannheim zu nennen. In Braunschweig wird so wenig gebaut, daß die Bauleute für 1906 eine Erzeugungsbeschränkung von 50 pzt. beschließen haben gegen 40 pzt. im Vorjahre. Auch in München ist die Unternehmungskluft im Baugewerbe noch immer ganz geringfügig. Wie ungünstig die nun seit zwei Jahren dauernde Krise im Münchener Baugewerbe auf die Arbeitsverhältnisse eingewirkt hat, zeigt ein Vergleich zwischen Berliner und Münchener Verhältnissen. Danach betrug der Wochenverdienst sowie die Arbeitszeit der Bauarbeiter:

	Wochenverdienst in Mark	Arbeitszeit in Stunden
	Berlin	München
Hochbauarbeiter	31,20	36,45
Maschinenbauarbeiter	34,50	44,55
Kanalbauarbeiter	42 „	48 „
Plasterer	33 „	41,40
Bauhilfsarbeiter	28,76	45,90

Maier als im Vorjahre wird in Köln und Gießen gebaut, auch die Ausschläge für die Weiterentwicklung der Bauwirtschaft im laufenden Jahre sind nicht vielversprechend. In Frankfurt a. M. ist vornehmlich die Zahl der Privatbauten wesentlich zurückgegangen. Nicht unerwähnt liegen die Verhältnisse im Baugewerbe Mannheims, da die Bauwirtschaft nur durch Spekulationsbauten verursacht wird, hinter denen keine kapitaltragenden Bauten stehen. Unter den nachteiligen Folgen einer überhöhten Bauwirtschaft hat Bromberg gegenwärtig zu leiden. Im Gegensatz zu den Orten, in denen die Bauwirtschaft noch zu wünschen übrig läßt, gibt es relativ nur wenige, in denen sie als sehr rege zu bezeichnen ist. Unter diesen steht Berlin an erster Stelle; es folgen Danzig, Graudenz, Bielefeld, Rottbus, Lübeck, dann Gumburg a. d. Elbe und Jann i. B. Es will uns scheinen, als sei dieses Urteil über die gegenwärtige Konjunktur nicht ganz zutreffend. Was z. B. Braunschweig anbetrifft, so hat sich dort die Bauwirtschaft gegenüber dem Vorjahre entschieden gehoben. Im allgemeinen halten wir die Konjunktur für nicht schlechter, als die des vorigen Jahres. Einzelne Orte haben allerdings nachgelassen, dafür haben jedoch wieder andere einen erheblichen Aufschwung genommen, so z. B. in Schleswig-Holstein und im Osten.

Aus anderen Berufen.

An die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands!

Seit dem 1. Mai d. J. befinden sich die organisierten Buchbinder in einem hartnäckigen Kampfe. Die Tatsache, daß die Berliner Arbeiterschaft dieses Berufes den 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert, hat das organisierte Unternehmertum benutzt, um erstens die Arbeiter auszusperrten und zu erklären, daß dieselben Tarifbruch begangen hätten, und zum anderen zum Vorwand genommen, um die vom Verband der Buchbinder eingeleiteten Verhandlungen zum Abschluß eines neuen Tarifs geradezu illusorisch bezu. den Versuch zu machen, der Arbeiterschaft des Buchbinder-gewerbes einen Tarif aufzubringen, den diese absolut nicht annehmen kann. Die organisierten Unternehmer verlangen nicht mehr und nicht weniger, als daß die Arbeiterschaft des Buchbinder-gewerbes den bisherigen Tarif auf weitere fünf Jahre — ohne die geringfügige Verbesserung anerkennen soll!

Der Kampf hat dann weitere Dimensionen angenommen, indem auch in Leipzig und Stuttgart die Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt wurden, zum Teil, weil dieselben sich weigerten, Streikarbeiten zu verrichten. Die Zahl der Ausgesperrten beläuft sich auf circa 3600.

Der Kampf hat aber inzwischen noch eine weitere Verschärfung erfahren, indem die Schachtmacher in der Unternehmernorganisation eine Parole ausgegeben haben, die auf nichts Geringeres als die vollständige Vernichtung des Buchbinderverbandes hinauskommt. Der Vorstand des Buchbindervereinsverbandes hat rund heraus erklärt:

„Wir erkennen den Buchbinderverband nicht mehr an. — Unsere Mitglieder geben Mitgliedern ihres (des Buchbinder-) Verbandes keine Stellung in ihren Betrieben.“

Damit hat nun die Unternehmernorganisation ihren höchsten, zugleich aber auch ihren letzten Trumpf ausgespielt. Denn nur eilige Wochen noch — und die Saison im Buchbinder-gewerbe beginnt wieder, und damit tritt dann auch die Zeit ein, wo die organisierten Arbeiter ihren Forderungen und vor allem ihrem Widerstande erhöhten Nachdruck zu geben vermögen. Bis dahin muß aber der Verband der Buchbinder den Kampf führen können, wenn nicht die Absichten der Schachtmacher, wenigstens auf wirtschaftlichem Gebiete, sich betätigen sollen. Daß es denselben gelingt, die Buchbinderorganisation selbst im Falle einer wirtschaftlichen Niederlage niederzuringen, ist ja selbstverständlich ausgeschlossen.

Am den Kampf nun aber zu Ende führen zu können, bedürfen die organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen des Buchbinder-gewerbes — und die letzteren kommen ja in ganz beträchtlicher Anzahl in Frage — der Unterstützung der organisierten Arbeiterschaft. Bis jetzt hat der Verband die für den Kampf erforderlichen namhaften Mittel aus eigener Kraft aufgebracht — da aber, wie schon gesagt, der Kampf

nach mehrere Wochen, eventuell bis in den August hinein, durchgeführt werden muß, so appelliert die organisierte Arbeiterschaft des Buchbinder-gewerbes an das allgemeine Solidaritätsgefühl, wie diese auch ihrerseits stets die Pflichten der Solidarität erfüllt hat, wenn es galt, anderen im Kampfe stehenden Arbeitern zu helfen.

Aus diesen Gründen sieht sich die Generalkommission veranlaßt, gemäß den Beschlüssen des Essener Gewerkschafts-kongresses, eine allgemeine Sammlung zu Gunsten der im Kampfe stehenden Arbeiterschaft des Buchbinder-gewerbes auszuschreiben.

An die Gewerkschaftsvorstände und Gewerkschaftsstellvertreter wir das Ersuchen, auch für diese Sammlung sofort die nötigen Vorkehrungen zu treffen. Und von der organisierten Arbeiterschaft Deutschlands erwarten wir, daß sie die hart um ihre vitalsten Rechte und Interessen ringenden Arbeiter und Arbeiterinnen des Buchbinder-gewerbes in der genügenden Weise unterstützt.

Die Unterstützungsbeträge sind gemäß den in Köln getroffenen Bestimmungen nicht an die im Kampfe befindliche Organisation, sondern an die Generalkommission zu senden, und bitten wir, für die Sendung folgende Adresse zu benutzen: H. Rube, Engel-Platz 15, Berlin SO 10.

Über die eingehenden Beträge wird im „Correspondenzblatt“ quittiert. Besondere Quittungen werden den Einsendern nicht zugestellt. Mit Gruß

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

E. Legien.

Berlin, 2. Juli 1906.

NB. Sammelstellen werden von der Generalkommission nicht ausgeben, sondern müssen von den Gewerkschaften und Kartellen selber beschafft und herausgegeben werden.

Anschließend an diesen Aufruf der Generalkommission möchten wir unser Bestreben über die Richtigkeit aussprechen, womit bisher die Sammlungen für die Bibliotheken betrieben wurden. Es ist, nachdem die Sammlungen aufgeschrieben sind, eine Ehrensache der Arbeiterschaft, daß die Erträge reichlich genug sind, um ihren Zweck erfüllen zu können. Besonders darf die so oft bewährte Solidarität der Arbeiter diesmal nicht versagen.

Parum mit Ernst aus Werk!

Der Zentralverband deutscher Kaufmännereine beschloß auf seiner im Juni abgehaltenen Generalversammlung in Stuttgart, zur Regelung der Arbeitsverhältnisse der in ihm angeschlossenen Genossenschaften beschäftigten Arbeiter ein Tarifamt einzusetzen. Des weiteren fand ein Tarifvertrag Zustimmung, den der Zentralverband mit dem Verband der Handels- und Transportarbeiter abgeschlossen hat.

Generalversammlungen.

Der Verband der Eisenbahner Deutschlands hielt vor einiger Zeit seinen 6. Verbandstag ab. Um der Maßregelungen geschäftig zu sein, hat man Zeit und Ort der Tagung geheim gehalten. Eine Vorricht, die leider durchaus am Platze ist. Dem Bericht des „Correspondenzblattes“ entnehmen wir folgendes über diese Tagung:

Eine stattliche Anzahl von Delegierten aus Nord und Süd war erschienen; von Niederlagen wegen der vielen Maßregelungen konnten wir weder bei den Delegierten selbst, noch auch bei den anwesenden aktiven Eisenbahnern das geringste merken. Im Gegenteil herrschte eine stimmungsvolle Stimmung unter den Delegierten, die nach allem Gehörten auch durchaus berechtigt erscheint. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung war: Ausbau der Organisation, eventuell Reorganisation und Kartellvertrag. Zu diesem Punkte wurde beschlossen, die Vereinigung der Verbände der süddeutschen Eisenbahner mit dem Verband der Eisenbahner Deutschlands, sowie die Verschmelzung der beiden Verbandorgane tunlichst zu beschleunigen. Auch wurde dem süddeutschen Verband das Recht eingeräumt, sein Agitationsgebiet auf Hessen auszuweiten. Begeistert wurde das Programm aufgenommen, die Vereinigung aller dem Verbanden dienenden Organisationen, wie Eisenbahner, Seelente, Hafenarbeiter und Transportarbeiter, in eine gewaltige Organisation herbeizuführen. Um diesem Ziele möglichst ungehindert durch eiferfühlige Grenzfreigebungen auftreten zu können, wurde zunächst der mit dem Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter abgeschlossene Kartellvertrag durch den Verbandstag gutgeheißen. Sodann wurde eine Resolution angenommen, die im Prinzip anerkennt, daß die Eisenbahner ihren Berufsorganisationen zuzuführen sind, daß aber der Zeitpunkt hierfür noch nicht gekommen ist, daß jedoch der Verband der Eisenbahner den Wunsch hat, insofern wie mit dem Verband der Handels- und Transportarbeiter, so auch mit den übrigen in Betracht kommenden Verbänden Kartellverträge abzuschließen. Der Beitrag wurde von 25 auf 30 A. wöchentlich erhöht. Die Maßregelungsunterstützung wurde auf 12 A. festgelegt.

Der **Schachtmacherverband** hielt vom 11. bis 18. Juni seine Generalversammlung in Nürnberg. Einschneidende Statutenänderungen wurden nicht vorgenommen. Erwähnenswert ist die Einführung einer größeren Abkühlung der Unterstufungslage der der Unterstufungslage. Sie liegt für die Mitglieder in der zweiten und dritten Klasse von A. 10 bis 30, in der ersten Klasse von A. 6 bis 40. Reisende Mitglieder erhalten künftig in den größeren Städten, wenn sie dort zum Zweck des Umhängens Aufenthalt nehmen, eine Aufenthaltunterstützung, die je nach der Größe der Städte von A. 1 bis 3 reicht. Beschlossen wurde die Anstellung eines zweiten Kassierers und einiger besoldeter Sachverwalter. Bezüglich der Mitglieder verpflichtend, eine angenommene Resolution die Mitglieder in den Betrieben, in denen Dreiviertel der Beschäftigten organisiert sind, mindestens vier Wochen vor dem 1. Mai zur Arbeitsruhe Stellung zu nehmen. Wird dieselbe mit Zweidrittelmehrheit beschlossen, so ist dieser Beschluß bindend und treten bei event. Aussperrung oder Maßregelung die Bestimmungen des Streik-

reglements in Kraft. Für die künftigen Generalversammlungen wird für je 500 Mitglieder ein Delegierter gewählt, mit der Befugnis, daß keine Zahlstelle mehr als fünf Delegierte entsenden darf. Die Diäten der Delegierten werden auf M. 8 pro Tag bemessen, außerdem wird eine Arbeitsverdienstentschädigung von M. 4 und eine Feuerungszulage von M. 2 pro Tag gewährt.

Polizei und Gerichte.

*** Zur Naturgeschichte des Terrorismus.** Einer der gemeinsten Schiffe, die sich gewissermaßen ein Gewerbe daraus machen, ehrlichen Arbeitern die haarsträubendsten Terrorismustaten anzubilden, um sich mit der Märtyrerkrone des gefeierten und drangsalirten „treuen Arbeiters“ zu schmücken, ist kürzlich gründlich abgeblüht. In Köln legte man, einmal auf einer gemischten Fabrik die Arbeit nieder, weil sich der Unternehmer weigerte, die Klassenlinie abzugeben. Ein Maurer blieb dort als Streikbrecher stehen. Nachdem die Differenzen geschlichtet, kamen die Streikenden wieder an ihre Arbeit und natürlich auch mit ihrem arbeitswilligen „Kollegen“ zusammen. Er wurde nicht beachtet, man ließ ihn, wie man so sagt, links liegen. Etwa drei Wochen nach der Wiederaufnahme der Arbeit entdeckte der Arbeitswille plötzlich, daß in seinem Kasse ein starkes Quantum Salzsäure enthalten sei. Zwei Tassen hatte er von dem Gebrauch schon getrunken. Der Kasse wurde nun sofort von den Chefs der Fabrik untersucht, und diese stellten fest, daß der Kasse eine solche Menge Salzsäure enthalte, daß sein Genuß den sicheren Tod herbeiführen mußte.

Gegen einen Kollegen, der neben dem Raume arbeitete, der zur Aufbewahrung der Kassetten usw. diente, ward nun eine Untersuchung wegen Giftmordversuchs eingeleitet. Kürzlich ist nun das Gericht zu der Überzeugung gekommen, daß der ganze Schicksal ein recht breiter Schwindel zu grunde liege, und hat die Untersuchung eingestellt. Mith der Erkenntnis eines Beweises konnte für die Schuld des betreffenden Kollegen erbracht werden. Dieser will nun gegen den Arbeitswillingen Strafantrag wegen vorsätzlich falscher Anschuldigung stellen; denn er ist (wohl ebenso wie das Gericht) davon überzeugt, daß dieser, nachdem er von dem Kasse schon getrunken hatte, die Salzsäure selber in die Flasche gegossen hat, um sich als „Opfer des Terrors“ materielle Vorteile zu ergattern und die Gewerkschaftler, die seine Gefährlichkeit mißachteten, in einen schweren Verstand und, wenn möglich, auch ins Irrenhaus zu bringen. Der saubere Plan ist nun nicht gescheit, und es war doch so schön gewesen!

Eingegangene Schriften.

Die „**Neue Zeit**“ (Stuttgart, Paul Singer), Heft 41 des 24. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Geben! — Prinzipielles zur Taktik gegenüber den gewerkschaftlichen Konkurrenzorganisationen. Von J. Meerfeld. — Aus deutschen Fleischereien. Von Wilhelm Schröder. — Notizen: Ein Rembrandt-Album.

Die „**Neue Zeit**“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Portoreure zum Preise von M. 3,25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 ¢.

Die „**Neue Gesellschaft**“, Heft 28. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Gassen: Rein Massenstreik. — Maurer: Arbeiter: Aufgepaßt. Der Preis des Heftes beträgt 10 ¢. Probenummern versendet auf Wunsch der Verlag, Berlin W 16, Meindorfstraße 5.

Protokoll über die Verhandlungen der Konferenz der sozialdemokratischen Stadtbewohner und Gemeindevorsteher **Groß-Berlins**, abgehalten zu Berlin am 6. Mai 1906. Verlag des „Vorwärts“. Auf der Tagesordnung der Konferenz wurden verhandelt: 1. Die Verkehrspolitik Groß-Berlins; 2. Armenkassenpflege; 3. die Notwendigkeit von Zweigvereinen. Das Protokoll ist in allen Parteibuchhandlungen erhältlich. Der Preis beträgt M. 1. Für sozialdemokratische Gemeindevorsteher, wenn in Partien bezogen, 50 ¢.

„**In Freien Stunden**“. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Heft 27 mit dem Anfang des Romans „Der Arbeiter“ von Buchanau. Preis pro Heft 10 ¢. Probehefte gibt jede Parteibuchhandlung gratis.

Der „**Wahre Jacob**“, Nr. 14 des 28. Jahrgangs. Aus dem Inhalt derselben erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Das national-liberale Ungeheuer im unterirdischen Deutschland“ und „Matuschka Rossija“. Der Preis der 14 Seiten starken Nummer ist 10 ¢.

Der „**Schöne Deutsche Postillon**“ eröffnet mit Nr. 14 das dritte Quartal seines 25. Jahrgangs. Eine überraschende Entdeckung in der Porzellanmanufaktur nennt sich das mehrfarbige Titelbild. Max Engert, der verdienstvolle Künstler des „Schönen Deutschen Postillon“, schildert in lebhaften Indianerfarben den Stolz-Jäger „Mote Wolfe“ und sein Opfer, den bayerischen Reichsminister. Den Meistern des Stils stehen aber die des Wortes ebenbürtig zur Seite. Viel Wit und Kleinram schließt die Nummer, die nur 10 ¢ kostet.

Briefkasten.

Berlin, O. S. Es war bisher nicht üblich, Berichte über Vorstandssitzungen zu veröffentlichen. Wir müssen an dieser Gelegenheit auch für die fernere Zeit festhalten, da der Raum unseres Blattes sonst sehr bald derartig von Berichten in Anspruch genommen würde, daß für andere Sachen nur sehr wenig Raum übrig bliebe. Wenn die Abmachungen später in den Versammlungen sanktioniert werden, so können sie zusammen mit einem Bericht von der Versammlung veröffentlicht werden; früher ist dies jedoch nicht möglich.

Bauzettel. Versammlungsanzeige kam einen halben Tag zu spät.

Mitteilungen. Ohne in das Statut der Kasse Einsicht genommen zu haben, können wir Ihnen keine Auskunft geben.

Fürstenwalde, O. W. Die Versammlungsanzeige kam einen halben Tag zu spät.

* Anzeigen. *

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichte wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Liste ist Nr. 4.)

Amberg. Am 22. Juni starb unser Mitglied **Ludwig Fleischmann** im Alter von 83 Jahren an Lungentuberkulose.

Berlin. Am 19. Juni starb im Alter von 73 Jahren unser Kollege **Paul Bredlow** an Lungentuberkulose. — Am 2. Juli starb unser Kollege **Karl Albrecht**, 52 Jahre alt, an Lungentuberkulose.

Seiban. Am 6. Juli starb unser treues Mitglied **Karl Winkler** nach längerem Krankenleiden an Herzschlag.

Bromberg. Am 28. Juni starb unser Kollege **Gustav Kollmann** im Alter von 38 Jahren an Herzschwäche.

Cöln. Dienstag, den 2. Juli, starb der Kollege **Adolf Becker** im Alter von 81 Jahren infolge eines Schädelbruchs, den er sich Montag, den 1. Juli, beim Nachhausegehen auf der Straße zugezogen hatte. — Samstag, den 7. Juli, starb an Lungentuberkulose das Mitglied **Johann Schumacher** im Alter von 56 Jahren.

Coffebau. Es starb unser Kollege **Gustav Adam** im Alter von 27 Jahren an Rheumatismus.

Dresden. Am 27. Juni starb unser Mitglied, der Kollege **Gustav Adam** aus Coffebau, im Alter von 37 Jahren im Stadtfrankenhaus zu Dresden an Leukämie.

Effen-Rothhausen. Am 28. Juni starb nach langem Herz- und Nierenleiden unser treuer Verbandskollege **Wilh. Siepmann** im Alter von 22 Jahren.

Glogau. Am 2. Juli starb nach langem Leiden unser Kollege **August Liersch**.

Gotha. Am 28. Juni starb unser treuer Kollege **Julius Schädel** im Alter von 20 Jahren an Lungentuberkulose.

Hintersee. Am 2. Juli starb nach langem Leiden unser treuer Kollege **Karl Lutzenberger** im Alter von 24 Jahren an der Brustkrankheit.

Kiel. Nach achtstündiger Krankheit starb am 1. Juli im Alter von 26 Jahren an Gehirnarterienanomalie unser Kollege **Fischer**.

Laugen (Hessen). Am 2. Juli starb unser Kollege **Sebastian Anthes** im Alter von 58 Jahren an Lungentuberkulose.

Märkische. Am 1. Juli starb unser Kollege **Philipp Geiss** im Alter von 23 Jahren.

Nürnberg. Am 27. Juni starb der Kollege **Karl Fischer** im Alter von 33 Jahren. — Am 2. Juli starb der Kollege **Johann Schieber** im Alter von 42 Jahren an der Prostataerkrankung.

Ostern. Am 30. Juni starb unser Verbandskollege **August Kirschnick** im 27. Lebensjahre an Lungenschwund.

Trebnitz. Am 29. Juni starb unser Kollege **Karl Zöllner** infolge Magenleidens und Schlaganfalls im Alter von 42 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Die Adressen des Vorstandes von Pankow ist: **Emil Köhler, Pankow, Dorfstr. 10.** [60 ¢]

Waldheim.

Die Adresse des Vertrauensmannes ist jetzt: **Wilhelm Meding in Massane bei Waldheim, Nr. 47.**

Bernau.

Der Vorsitzende **Hermann Leitzke** wohnt Weinbergstr. 24. [M. 1,20] Der Vorstand.

Hamburg.

[M. 2,10] Der Kollege **Meissner**, der am Bau des Unternehmens **F. Mess** in der Zorresstraße gearbeitet und den letzten Wochenlohn nicht erhalten hat, wird gebeten, an Unterzeichneten seine Adresse zwecks Uebermittlung des Geldes mitzuteilen. **F. Hartwig, Hamburg, Gänsemarkt 55, 1. Et.**

Der Kollege **Robert Legrath**, Verb.-Nr. 122 857, Mitglied der Zahlstelle Dresden, wohnhaft in Mühlern, wird ersucht, seinen Verfallungen der Zahlstelle Chemnitz gegenüber sofort nachzukommen.

Der Vertrauensmann von Chemnitz und Umgegend. [M. 1,80] **R. O. S. G. C. H.**

Pankow b. Berlin.

Donnerstag, den 21. Juli:

Vierzehntes Stiftungsfest

im Lokale des Herrn Roszoki, Kreuzstr. 3/4.

Sämtliche Mitglieder sind hiermit freundlichst eingeladen. [M. 3,60] Der Festausschuß.

Kremmen.

Unser Zweigverein feiert am Donnerstag, den 21. Juli, sein

Achtes Stiftungsfest.

Hierzu sind sämtliche Verbandskollegen von Kremmen und Umgegend eingeladen. [M. 2,40]

[M. 3,80]

Trebnitz.

Donnerstag, den 21. Juli, Abends 8 Uhr:
Erstes Stiftungsfest
verbunden mit Konzert und nachfolgendem Tanz im „Gelben Säulen“.
Sämtliche Kollegen von Trebnitz und Umgegend werden hierzu freundlichst eingeladen. Der Vorstand.

[M. 3,80]

Zehdenick.

Donnerstag, den 21. Juli, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Buchholz:

Sechstes Stiftungsfest

bestehend in Tanz und Vorträgen.
Alle Kollegen von Zehdenick und Umgegend sind mit ihren Familien hierzu freundlichst eingeladen. Das Komitee.

[M. 3,60]

Delitzsch.

Samstag, den 22. Juli, Nachm. 3 Uhr, im Vereinslokal:

Beihnähriges Stiftungsfest

bestehend in Konzert und Ball sowie Preisfesten und Preisfesten.

Bei glänzender Witterung Abends 8 Uhr Brillantenwerk
Sämtliche Kollegen sowie die umliegenden Zweigvereine sind hierzu freundlichst eingeladen. Das Festkomitee.

Nakel.

Samstag, den 15. Juli, Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Schulz:

Erstes Stiftungsfest

verbunden mit Konzert und Tanz. Das Komitee.

[M. 3]

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Donnerstag, den 14. Juli.

Elmshorn. Abends 8 1/2 Uhr bei Meier.

Donnerstag, den 15. Juli.

Delitzsch. Nachmittags 10 Uhr im „Eichenhof“.

Driesen. Nachm. 2 Uhr im Vereinslokal.

Granssee. Nachm. 8 Uhr im Frankenhof.

Hamm. Nachm. 3 Uhr. Vortrag. Referent zur Stelle.

Jessen. Nachm. 3 Uhr. Vortragsung in der Wohnung des Kollegen Wilhelm Krog.

Dienstag, den 17. Juli.

Altenburg. Im „Möder“.

Liegnitz. Abends 8 1/2 Uhr.

Donnerstag, den 19. Juli.

Grünberg i. Schl. In der Wirtschaft der Frau Ham.

Donnerstag, den 21. Juli.

Aken. Abends 8 1/2 Uhr in der Herberge zur Heimat.

Neuhaldensleben. Abends 8 Uhr bei Herzog. Bänkliches Frühstück notwendig.

Schleitz. Abends 8 Uhr im Gewerkschaftslokal.

Samstag, den 22. Juli.

Berlin. Gruppe Zementierer. Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftslokal.

Berlin. Gruppe Zementierer. Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftslokal.

Berlin. Gruppe Zementierer. Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftslokal.

Berlin. Gruppe Zementierer. Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftslokal.

Berlin. Gruppe Zementierer. Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftslokal.

Berlin. Gruppe Zementierer. Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftslokal.

Berlin. Gruppe Zementierer. Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftslokal.

Berlin. Gruppe Zementierer. Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftslokal.

Berlin. Gruppe Zementierer. Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftslokal.

Berlin. Gruppe Zementierer. Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftslokal.

Berlin. Gruppe Zementierer. Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftslokal.

Berlin. Gruppe Zementierer. Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftslokal.

Berlin. Gruppe Zementierer. Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftslokal.

Berlin. Gruppe Zementierer. Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftslokal.

Berlin. Gruppe Zementierer. Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftslokal.

Berlin. Gruppe Zementierer. Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftslokal.

Berlin. Gruppe Zementierer. Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftslokal.

Berlin. Gruppe Zementierer. Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftslokal.

Berlin. Gruppe Zementierer. Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftslokal.

Berlin. Gruppe Zementierer. Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftslokal.

Berlin. Gruppe Zementierer. Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftslokal.

Berlin. Gruppe Zementierer. Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftslokal.

Berlin. Gruppe Zementierer. Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftslokal.

Berlin. Gruppe Zementierer. Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftslokal.

Berlin. Gruppe Zementierer. Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftslokal.

Berlin. Gruppe Zementierer. Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftslokal.

Berlin. Gruppe Zementierer. Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftslokal.

Berlin. Gruppe Zementierer. Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftslokal.

Berlin. Gruppe Zementierer. Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftslokal.

Berlin. Gruppe Zementierer. Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftslokal.

Berlin. Gruppe Zementierer. Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftslokal.

Berlin. Gruppe Zementierer. Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftslokal.

Berlin. Gruppe Zementierer. Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftslokal.